

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin

Ausgabe April 2007

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Rüstung/Rüstungsausgaben

<i>Lübr Henken</i>	
Deutsche Rüstungsausgaben 2007-2010	3
<i>Claudia Haydt</i>	
Milliardengeschenke für die Rüstungsindustrie	5
<i>Martin Hantke</i>	
Ohne Kontrolle: Europäische Rüstungskonzerne wollen 8 in Zukunft stärker von den neuen Kriegen profitieren	8

Sozialabbau und Militarisierung

<i>Heiko Humburg</i>	
PR-Strategien der Bundeswehr in Zeiten von Jugendarbeitslosigkeit und „Hartz IV“	11
<i>Bundeswehr Wegtreten</i>	
Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen	18

Münchner Sicherheitskonferenz

<i>Tobias Pflüger</i>	
Neuer Kalter Krieg?	20

Kriegseinsätze

<i>André Bank und Christoph Marischka</i>	
Libanon: Die Konfessionalisierung sozialer Konflikte	21
<i>Jürgen Wagner</i>	
Deutschlands Tornadoseinsatz in Afghanistan	23
<i>Christoph Marischka</i>	
Congo nach den Wahlen: Aufstandsbekämpfung	25
<i>Thomas Mitsch</i>	
AFRICOM: Stuttgart wichtigste US-Basis im Wettlauf um Afrikas Öl	27
<i>Christoph Marischka</i>	
AU wird mobilisiert	29

EU-Verfassung

<i>Martin Hantke und Tobias Pflüger</i>	
Merkel und ihre Sherpas	30
antimilitaristische rundschaue	32

Editorial:

Am Anfang mal eine kleine Frage: „Das Weißbuch der Bundesregierung heißt Weißbuch, weil ...

a) ... die Farbe weiß für den Frieden steht.

b) ... es einen weißen Umschlag hat.

c) ... darin viele Weisheiten niedergeschrieben sind.“ Na, noch am nachdenken?

Dieser Unsinn stammt aus Unterrichtsmaterialien, mit denen Jugendoffiziere und Lehrer an Schulen ab der 8.Klasse „unterrichten“ sollen, um den Schülerinnen und Schülern die Bundeswehr als zukünftigen attraktiven Arbeitgeber zu verkaufen. Die Fragen sind aber nicht alle so verharmlosend plump. Im Arbeitsblatt „Gefahr durch neue Atomkräfte“ werden politische Tatsachen zurechtgelogen. Dort lernen die Achtklässler wahrheitswidrig, dass die Internationale Atomenergiebehörde bewiesen habe, dass

der Iran den Atomwaffensperrvertrag „in vielfältiger Hinsicht missachtet“.

Diese beiden Beispiele aus der Propagandamaschinerie des „Verteidigungsministeriums“ illustrieren, wie wichtig die Schwerpunkte der aktuellen April-Ausgabe des AUSDRUCKs, „Sozialabbau und Militarisierung“ sowie „Rüstung/Rüstungsausgaben“ sind.

Der erste Teil der neuen Ausgabe des AUSDRUCKs widmet sich der grotesken Praxis der Herrschenden, einerseits in die Rüstungsindustrie Unsummen an öffentlichen Geldern zu stecken, um Deutschland kriegsführungsfähig zu machen, während auf der anderen Seite die Etats, die der Unterstützung der hier lebenden Menschen dienen, radikal zusammengestrichen werden.

Im Bereich Gesellschaft geht es einerseits darum, wie das Militär gezielt und mit einer subtilen Strategie unter den heutigen Jugendlichen Nachwuchswerbung für Kriegseinsätze betreibt und das gesellschaftliche Meinungsbild zu militärischen Interventionen manipuliert. Dabei werden die Existenzängste der jungen Menschen angesichts von Sozialabbau und Harz IV skrupellos für die Erreichung dieser Ziele eingesetzt.

Darüber hinaus haben wir eher überblicksartig Informationen über aktuelle und künftige Kriegseinsätze der EU, der NATO sowie der Afrikanischen Union zusammengetragen und informieren über die Einrichtung eines US-Regionalkommandos für den gesamten afrikanischen Kontinent in Stuttgart. Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Martin Hantke, Ohne Kontrolle, gekürzt in: Junge Welt 28.12.2006; Δ Tobias Pflüger, Neuer kalter Krieg, in: Schwäbisches Tagblatt, 16.2.2007; Δ Heiko Humburg, überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem Friedensratschlag 2006; Δ Tobias Pflü-

ger, Martin Hantke, Merkel und ihre Sherpas, in: Letzebuenger Vollek, 27.1.2007.

Bildnachweise: S. 11 bis 19 von „Bundeswehr Wegtreten“.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Martin Hantke, André Bank, Lühr Henken und Thomas Mitsch sind IMI-Beiräte. Tobias Pflüger, Claudia Haydt, Jürgen Wagner und Christoph Marischka sind IMI-Vorstandsmitglieder.

Heiko Humburg ist in der Friedensbewegung aktiv, studierte Geschichte und Biologie und war bis Ende 2006 Jugendbildungsreferent bei der DGB-Jugend in Hamburg. „Bundeswehr Wegtreten“ ist eine Initiative aus Köln (www.bundeswehrwegtreten.tk).

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Steigerung mit Ansage

Deutsche Rüstungsausgaben 2007-2010

von Lühr Henken

Eine „Armee im Einsatz“ ist das allseits verkündete Selbstverständnis derer, die die martialische Aufrüstung der Bundeswehr für den weltweiten Interventionismus betreiben. Für diesen Zweck sind seit Beginn der 90er Jahre kostspielige Rüstungsaufträge erteilt worden, die zunehmend zu Buche schlagen. Vor allem handelt es sich dabei um Hightech-Ausrüstungen für die 35.000 Bundeswehrsoldaten der so genannten Eingreifkräfte, die für die Schnellen Eingreiftruppen der NATO und EU vorgesehen sind. Das neue Weißbuch der Bundeswehr, das vom Bundeskabinett am 25. Oktober 2006 verabschiedet wurde, sieht darüber hinaus den Aufbau der neuen Kategorien „Stabilisierungskräfte“ und „Unterstützungskräfte“ vor. Die 70.000 Mann umfassenden „Stabilisierungskräfte“ sollen für längerfristige Einsätze wie in Afghanistan (ISAF), im Kosovo (KFOR) usw. zur Verfügung stehen, wobei 14.000 gleichzeitig an fünf Orten einsetzbar sein sollen. Zur Zeit (Ende 2006) sind es etwa 7500, woraus ersichtlich wird, dass auf eine Ausweitung der Einsätze abgezielt wird.

Kanzlerin Merkel hat sich erstmals im September 2006 öffentlich für einen signifikanten Anstieg der Rüstungsausgaben ausgesprochen. Vor dem Bundeswehrverband erklärte sie, „auf Dauer sei der bisherige Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt für die neuen Aufgaben der Bundeswehr zu gering. „Ein Anteil von nur 1,4 Prozent auf mittlere und lange Sicht wird nicht ausreichen, um die politische Dimension der Verantwortung Deutschlands mit den militärischen Notwendigkeiten zusammenzubringen.“¹

Dabei denkt die Kanzlerin nicht nur an die nächsten vier, fünf Jahre, sondern weit darüber hinaus. Aber schon die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung für den Einzelplan 14 (Verteidigungshaushalt) bis 2010² sieht Steigerungen vor:

Tabelle 1: Verteidigungshaushalt (EP 14) 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
EP 14 in Mrd. €	23,9	27,87	28,39	28,7	29,1	29,5
Veränderung gegenüber Vorjahr		-0,1 % ³	+1,9 %	+1,1 %	+1,4 %	+1,4 %

Im Zeitraum 2006 bis 2010 soll demnach der Verteidigungshaushalt insgesamt um 5,8 % steigen. Das Verteidigungsministerium verfügt darüber hinaus allerdings noch über eine zweite Einnahmequelle: „Ergänzt wird die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr dadurch, dass der Verteidigungshaushalt durch Erlöse aus der Veräußerung von nicht mehr benötigtem beweglichen und unbeweglichen Vermögen bis zu einer Höhe von rd. 520 Mio. Euro verstärkt werden kann.“⁴ Dafür sind im Bundeshaushalt für 2006 150 Mio. und für 2007 56 Mio. Euro eingesetzt.

Der gesamte Bundeshaushalt soll im selben Zeitraum lediglich um 2,8 % steigen. Somit würde der Anteil des Verteidigungshaushalts am Gesamthaushalt von 10,65 % auf 10,97 % steigen.

Tabelle 2: Bundeshaushalt 2006 bis 2010⁵

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
in Mrd. €	259,8	261,6	261,1	266,7	267,1	268,9
Veränderung gegenüber Vorjahr		+0,7 %	-0,2 %	+2,1 %	+0,2 %	+0,7 %

Der im Einzelplan 14 ausgewiesene Betrag ist allerdings nicht alles, was im Bundeshaushalt für Rüstungsausgaben vorgesehen ist. So rechnet die Bundesregierung nach NATO-Definitionen⁶, in die auch Posten einfließen, die nicht über den EP 14 abgerechnet werden, folgende Militärausgaben offiziell ab: 2005: 30,6 Mrd. Euro, für 2006 werden vorläufig 30,22 Mrd. Euro angegeben. Jedoch sind auch damit noch nicht alle militärbedingten Ausgaben des Bundeshaushalts abgedeckt. Zumindest kommen noch Kosten für den Zivildienst, die nicht entständen, wenn es keine Wehrpflicht gebe, ebenso hinzu, wie auch die militärbedingten Anteile an den Zinszahlungen der Bundesschuld. Auch in Forschungsaufträgen anderer Haushalte, insbesondere für die Luft- und Raumfahrt, dürften Militäranteile versteckt sein, die sich dem Bürger aber verschließen.

Nach 2010 soll der Einzelplan 14 nicht eingefroren werden, sondern die Planung des Generalinspektors Schneiderhahn geht davon aus, dass danach der Haushalt um jährlich 300 Mio. Euro steigt.⁷ Allerdings macht General Schneiderhahn deutlich, dass diese Steigerungen nicht ausreichen werden, um die Kostenflut zu bewältigen. Im Zeitraum 2007 bis 2014 würde sich – laut Schneiderhahn – eine Lücke von 8,4 Mrd. Euro summieren, selbst wenn der Plafond für militärische Beschaffungen bei durchgängig 6,27 Mrd. Euro liegen würde.⁸ Er liegt aber noch bedeutend darunter. Im Vergleich zu den Zahlen in Tabelle 3 fehlen weitere 6,7 Mrd. Euro. Somit summiert sich rechnerisch die Unterdeckung auf 15 Milliarden Euro bis 2014. Im Einzelnen plant der Generalinspekteur für militärische Beschaffungen folgende Ansätze:

Tabelle 3: Militärische Beschaffungen 2007 bis 2011⁹

	2007	2008	2009	2010	2011
in Mrd. €	4,27	4,69	5,10	5,53	6,06
Veränderung gegenüber Vorjahr	+ 5,4 %	+ 9,8 %	+ 8,7 %	+ 8,4 %	+ 9,6 %

Von allen Posten im Einzelplan 14 steigen die Ausgaben für militärische Beschaffungen am stärksten. Der Anstieg von 4,27 auf 6,06

Mrd. Euro binnen fünf Jahren beträgt 41,9 %, somit durchschnittlich über 8 Prozent im Jahr. Der Bundeshaushalt 2007 weicht bezüglich der militärischen Beschaffungen 2007 geringfügig vom Bundeswehrplan des Generalinspektors ab:

Tabelle 4: Militärische Beschaffungen des Bundeshaushalts 2007¹⁰ (Beträge in Mio. Euro)

	Soll 2007	Soll 2006	Ist 2005
Auslandseinsätze	143	131	151
Sanitätswesen	60	59	47
Verpflegung	5	2	1
Bekleidung	34	15	3
Fernmeldewesen	361	245	185
Feldzeugwesen	1051	893	777
Darunter			
- Fahrzeuge	145	90	65
- Kampffahrzeuge	226	200	144
- Munition	410	360	353
- Feldzeugmaterial	270	243	215
Quartiermeisterwesen	43	41	43
Schiffe + Marinegerät	355	470	600
Flugzeuge, Flugkörper	2203	2120	2038
Darunter			
- Waffensystem für Tiger	400	380	250
- NH-90	442	300	315
- EF 2000	911	977	1090
- A 400 M	25	13	18
- Sonstiges	425	450	365
Summe	4256	3976	3845

Bei der Bewertung der Tabelle fällt vor allem der jeweils hohe Anteil für fliegendes Gerät auf. Er liegt jeweils über 50 Prozent. Die Kosten für die Airbus A 400 M treten erst ab 2011 auf den Plan. Allerdings gibt es keinerlei aktuelle Veröffentlichungen über die jährliche Kostenaufteilung über das Jahr 2007 hinaus. Was jedoch auch von Interesse ist, sind die Gesamtkosten (also die Summe für Beschaffung + Forschung, Entwicklung und Erprobung, FEE) der wesentlichen Waffensysteme und Ausrüstungen. Sie lassen sich aus dem Bundeswehrplan 2007 zusammen mit dem Einführungsjahr und den geplanten Anzahlen zu bestimmten Zeiten entnehmen.

Tabelle 5: Planung von Waffensystemen und Ausrüstungen (Auswahl)

Projekt	Einführung seit/ab	Anzahl 2007	Anzahl 2011	Anzahl insgesamt	Beschaffung + FEE, BwPl07 in Mio. €
Satellitenkommunikation Satcom Bw	2006				716
Alliance Ground Surveillance (AGS)	2012				500
Operative signalerfassende Aufklärung (UAV HALE SIGINT)	2010				650
UAV MALE	2009				250
SAR Lupe	2007	1 Sys/ 2Sat	1 Sys/ 5Sat	1 Sys/ 5Sat	733
Transporthubschrauber NH 90 (1. Los) ¹¹	2006	36	112	134	3790
Transporthubschrauber MH 90	2009	0	5	30	1503
Führungsinformationssystem Heer	2006				1159
Kleinfluggerät Zielortung KZO	2005	6	6	6	286
Gepanzertes Transport Kfz GTK Boxer	2008	0	152	272 ¹²	1438
Kampfhubschrauber Tiger	2005	30	80	80	4419

Projekt	Jahr	Anzahl	Stückpreis	Stückpreis	Stückpreis
Tiger-Bewaffnung PARS 3 LR	2008			680 ¹³	817
Schützenpanzer Puma	2009	5	49	410	3846
Eurofighter 2000	2003	42	103	180	21139
Bewaffnung EF2000 Meteor	2012				765
Bewaffnung EF2000 Iris T	2005				633
Bewaffnung EF2000 Marschflugkörper Taurus	2005		600	600	610
Takt. Luftverteidigungssystem MEADS	2012				3942
Airbus A 400	2010	0	10	60	8607
Fregatten F 125	2012	0	0	4	2160
Korvetten K 130	2007	2	5	5	1211
U-212 (2. Los)	2012	0	0	2	824
Einsatzgruppenversorger EGV (2. Los)	2015			1	198

Eine Gegenüberstellung der projektierten Gesamtkosten (Beschaffungskosten + FEE) des Bundeswehrplans 2007 mit dem Bundeswehrplan 1997 macht deutlich, wie sehr sich die Stückpreise in den vergangenen zehn Jahren nach oben entwickelt haben.

Tabelle 6: Stückpreise von Waffensystemen¹⁴ und Ausrüstungen – Vergleich BwPl 1997¹⁵ / BwPl 2007 (Auswahl / jeweilige Anzahl in Klammern)

Projekt	Beschaffung + FEE BwPl 1997 in Mio. €	Beschaffung + FEE BwPl 2007 in Mio. €	Stückpreis BwPl 1997 in Mio. €	Stückpreis BwPl 2007 in Mio. €	Vielfaches des Stückpreises aus BwPl 1997
Alliance Ground Surveillance (AGS)	328	500	328	500	1,52
Operative signalerfassende Aufklärung (UAV HALE SIGINT)	177	650	177	650	3,67
Transporthubschrauber NH/MH 90	6143 (für 243)	5293 (für 164)	25,28	32,27	1,28
Kampfhubschrauber Tiger	6917 (für 212)	4419 (für 80)	32,63	55,24	1,69
Eurofighter 2000	14120 (für 180)	21139 (für 180)	78,44	117,44	1,50
Takt. Luftverteidigungssystem MEADS	3178	3942	3178	3942	1,24
Airbus A 400	2364 (für 75)	8607 (für 60)	31,52	143,45	4,55
Korvetten K 130	2687 (für 15)	1211 (für 5)	179,13	242,2	1,35
U-212 (2. Los)	1492 (für 4)	824 (für 2)	373	412	1,10
Einsatzgruppenversorger	298 (für 4)	198 (für 1)	74,5	198	2,66

Aus dem Jahr 2000 ist eine offizielle Aussage über Preissteigerungen bei Waffensystemen und Ausrüstungen überliefert. Der damalige Generalinspekteur Kirchbach ging von Preissteigerungen von 2 bis 6 Prozent jährlich aus.¹⁶ Das würde nach 10 Jahren zu Stückpreisen zwischen dem 1,22 und 1,79fachen führen. Ein Blick auf die rechte Spalte der obigen Tabelle zeigt, dass diese Aussage im Wesentlichen zutrifft, wenngleich ein Exemplar des Military-Airbus wesentlich teurer wird und überdeutlich aus dem Rahmen fällt und die Einzelpreissteigerungen der zwei anderen Großprojekte Eurofighter und Kampfhubschrauber Tiger sehr stark zu Buche schlagen. Beim Tiger ist man dem so begegnet, dass von der hohen Stückzahl (212) abgegangen (80) wurde; beim Eurofighter steht der Bundestagsbeschluss über die dritte Tranche über 75 Maschinen noch an. Den Beschluss über die zweite Tranche verband der Haushaltsausschuss 2004 mit der Auflage, wonach „in den Verträgen Regelungen zu vermeiden (sein), die eine Vor-

entscheidung zur Tranche 3 bedeuten könnten.¹⁷ Es besteht also durchaus die Chance, wenigstens die dritte Tranche zu verhindern. Die Verhandlungen über die Vertragsunterzeichnung dürften im Jahr 2008 anstehen. Ein weiterer notwendiger Untersuchungsgegenstand sind die zusätzlichen Ausgaben, die durch die Beteiligung deutscher Soldaten an Auslandseinsätzen entstehen.

Tabelle 7: Zusatzkosten durch Auslandseinsätze mit Beteiligung deutscher Soldaten (Bundeshaushalt 2007¹⁸)

Bezeichnung	Beträge in 1000 €
EUFOR Bosnien-Herzegowina	73965
KFOR Kosovo	168855
Enduring Freedom	83470
ISAF Afghanistan	314336
Sonstiges	1503
	642129

Allerdings wird der Gesamtbetrag 2007 aller Voraussicht nach wesentlich höher liegen als die bewilligte Gesamtsumme von 642 Mio. Euro. Das ergibt sich aus folgender Übersicht:

Tabelle 8: Voraussichtliche tatsächliche Zusatzkosten der Bw-Auslandseinsätze

Name	Gebiet	Führung	Bundeswehr ¹⁹ (Stand 19.12.06) ²⁰	Bundestags-Mandat bis	Zusätzl. Kosten in Mio. €	Monatl. Kosten in Mio. €
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
ISAF	Afghanistan Usbekistan	NATO	2905	13.10.07	460	38,3
KFOR	Kosovo	NATO	2300	31.05.07	190	15,8
EUFOR	Bosnien- Herzegowina	EU	888	15.12.07	74	6,2
UNMIS	Süd-Sudan	UNO	35	8.4.07	0,7	0,1
AMIS	Sudan/ Darfur	AU	0	2.06.07	0,8	0,13
UNIFIL	Libanon	UNO	1001	31.08.07	193	16,1
Active Endeavour	Mittelmeer	NATO	78	15.11.07	0	0
UNOMIG	Georgien	UNO	12	8.2.07	0	0
UNMEE	Äthiopien/ Eritrea	UNO	2	31.1.07	0	0
Enduring Freedom	Horn von Afrika	USA	259	15.11.07	74	6,2
EUFOR RD Congo			277	30.11.06		
			7794			82,83

Zur Erläuterung: Die Beträge in der Spalte (6) sind den jeweiligen Anträgen der Bundesregierung entnommen. Der Bundestag hat den Anträgen jeweils zugestimmt. Spalte (7) enthält die Beträge der Spalte (6) auf den Monat umgerechnet.

Zur Bewertung: Vorausgesetzt die Mandate werden mindestens bis zum 31.12.2007 verlängert, ergibt die Multiplikation der monatlichen Kosten mit Zwölf eine Jahressumme für 2007 von 993,96 Mio. Euro. Diese liegt um rund 350 Mio. Euro über dem Bundestagsansatz.

Angaben über die jährlichen Gesamtkosten der Auslandseinsätze der Bundeswehr waren im Mai 2006 einer Randnotiz in der FAZ zu entnehmen²¹ (Angaben in Euro): 1998: 182,6 Mio., 2000: 1.076,1 Mio., 2002: 1.502,1 Mio., 2004: 1.025,3 Mio., 2005: 884,3 Mio..

Fazit: Die Ansage der Kanzlerin, den deutschen Rüstungshaushalt mittel- und langfristig erhöhen zu wollen, um die Aufrüstung der Bundeswehr zum weltweiten Militärinterventionismus finanzieren

zu können, war letztlich ein Impuls, neue Unterschriftensammlungen zu initiieren. „Spart endlich an der Rüstung“ des Bundesausschuss Friedensratschlag und „Stoppt die Auslandseinsätze der Bundeswehr! Keine deutsche Kriegsunterstützung!“ der Informationsstelle Militarisation sind konkrete Angebote, um den Vorhaben der Regierung entgegenzuwirken.

Anmerkungen

- ¹ Die Welt, 20.9.2006, Merkel: Mehr Geld für die Bundeswehr.
- ² Website des Bundesfinanzministerium, Bundeshaushalt 2007, Punkt 8. Verteidigung http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_04/nn_4514/DE/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt_2007/node.html_nnn=true
- ³ Der prozentuale Abfall erklärt sich daraus, dass erstmals im Jahr 2006 die Ausgaben für die Versorgung von ehemaligen Beamten und Soldaten, die bis 2005 aus dem Einzelplan 33 bedient wurden, in den Einzelplan 14 überführt wurden. Das sind 3,99 Milliarden Euro, die 2006 herausgerechnet wurden, um 2005 und 2006 vergleichbar zu machen.
- ⁴ Siehe Fußnote 2
- ⁵ Der Finanzplan des Bundes 2006 bis 2010, bereinigte Ausgaben http://www.bundesfinanzministerium.de/lang_de/DE/Aktuelles/Pressemitteilungen/2006/07/20060507__PM0085__1Anlage1,templateId=raw,property=publicationFile.pdf
- ⁶ NATO-Russia Compendium of Financial and Economic Data relating to Defence, 18. Dezember 2006, 10 Seiten, Tabelle 1, Seite 5, <http://www.nato.int/docu/pr/2006/p06-159.pdf>
- ⁷ Generalinspekteur Schneiderhan, Bundeswehrplan 2007, erlassen am 31. März 2006, 62 Seiten, S. 4, http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/doc_ger/doc_ger.html#BwPlan2007Dok, im weiteren Bundeswehrplan 2007
- ⁸ Bundeswehrplan 2007, S.21f.
- ⁹ Bundeswehrplan 2007, S.46
- ¹⁰ Deutscher Bundestag, Haushaltsgesetz 2007, Entwurf vom 11.8.2006, Drucksache 16/2300 <http://dip.bundestag.de/btd/16/023/1602300.pdf>, 2928 Seiten, Einzelplan 14, S. 2113 bis 2302, im weiteren: Bundeshaushalt 2007
- ¹¹ Das 1. Los über 134 NH-90 ist unter Vertrag. Insgesamt besteht die Absicht 219 NH-90 zu beschaffen, Strategie und Technik, Dezember 2006, S. 46
- ¹² Strategie und Technik, Dezember 2006, S. 21
- ¹³ Strategie und Technik, Dezember 2006, S. 46
- ¹⁴ Die Preise für die in der Tabelle aufgeführten Waffensysteme (Tiger, Eurofighter, Korvette, U-212) verstehen sich ohne Bewaffnung
- ¹⁵ Die Angaben des Bundeswehrplans 1997 sind entnommen: Tobias Pflüger, Die neue Bundeswehr, Köln 1997, 119 Seiten
- ¹⁶ Generalinspekteur Kirchbach; in: Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte, 23.5.2000, 56 Seiten, S. 45
- ¹⁷ Strategie und Technik, Januar 2005, S. 6
- ¹⁸ Bundeshaushalt 2007, S. 2148
- ¹⁹ Dazu müssen noch 42 Soldaten addiert werden, die für Evakuierungsnotfälle in Deutschland in Bereitschaft stehen.
- ²⁰ http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPyky0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd4w39bQESUGYpvqRaGKGbn4IsSB9b31f_zcVP0A_YLc0IhyR0dFALNCmzY!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQV8xUIA!yw_contentURL=/C1256EF4002AED30/W264VFT2439INFODE/content.jsp
- ²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ 27.5.2006



Milliardengeschenke für die Rüstungsindustrie

von *Claudia Haydt*

In Zeiten angeblich knapper Kassen ist es bemerkenswert, wenn in einer einzigen Sitzung Entscheidungen über Ausgaben in Höhe von mehreren Milliarden getroffen werden. Leider ging es am 31.1.2007 im Verteidigungsausschuss nicht um Investitionen in Schulen, Krankenhäuser oder Entwicklungshilfe, sondern um die Ausstattung der Bundeswehr mit neuem Kriegsgerät. Die Parlamentarier der Regierungskoalition, teilweise unterstützt von Grünen und FDP, gaben grünes Licht für vier umfangreiche Rüstungsprojekte.

Innerhalb einer Sitzungswoche wurden so Rüstungsausgaben von über 1,3 Milliarden Euro beschlossen und Schachzwänge für weitere Investitionen geschaffen. Damit fiel schlussendlich die politische Entscheidung für die Verschleuderung von 2,2 Milliarden Euro im Laufe der nächsten Jahre.

Die Bundeswehr will mit der Entwicklung der Überwachungsdrohne EURO-HAWK ins Zeitalter elektronischer Kriege durchstarten. Allein für die Entwicklung dieses Gerätes werden circa 460 Mio. Euro veranschlagt. Der Bau von weiteren Systemen – nach erfolgreich abgeschlossener Entwicklung - wird zusätzlich 400 Mio. Euro kosten. Ebenfalls neu entwickelt werden soll ein Flugabwehrsystem, das allerdings aufgrund seiner hohen Feuerkraft prinzipiell auch für Angriffe tauglich ist. Die Entwicklung des so genannten Rolling Airframe Missile Block (kurz: RAM Block2) wird ca. 170 Mio. Euro kosten. Und auch hier ist nach Beendigung der Entwicklung die entsprechende Serienproduktion des Raketensystems geplant. Dafür werden dann 440 Mio Euro fällig.

Das dritte Millionenprojekt klingt fast schon ökologisch korrekt: hier wird nicht neu gebaut, sondern bereits vorhandene Hubschrauber (MTH, Mittlere Transport Hubschrauber) werden für „nur“ 566 Mio Euro aufgerüstet. Für „nur“ 14 Mio. Euro pro Stück werden insgesamt 40 Hubschrauber für zukünftige Kriege tauglich gemacht. Das letzte Rüstungsprojekt verdankt seine Entstehung dem Rüstungswahnsinn des Kalten Krieges und leistet kaum mehr als ein Sponsoring von Rüstungsfirmen. Für den „billigen“ Lenkflugkörper IRIS-T SL werden knapp 150 Mio Euro fällig.

Die hier aufgeführten Rüstungsprojekte stellen nur einen kleinen Teil der gesamten Rüstungsplanung dar, sie machen aber die Strukturen deutscher Rüstungsplanung deutlich.

Kriegs- und Eskalationsgefahr

Allen Rüstungsprojekten liegen Szenarien für einen möglichen Einsatz der Waffen zugrunde. Die meisten deutschen Soldaten sind zurzeit in Regionen tätig, in denen Bedrohungen meist asymmetrischer Natur sind. Improvisierte Sprengfallen, Selbstmordattentate oder Angriffe mit leichten Waffen, das sind etwa in Afghanistan die typischen Risiken. Dennoch soll mit Waffen wie dem Raketensystem Rolling Airframe Missile Block (kurz: RAM Block2) ein fiktiver hochtechnisierter Gegner militärisch beherrschbar gemacht werden. Als mögliche Gegner, die „moderne hochagile Seezielflugkörper“ besitzen, gegen die RAM Block2 dann erfolgreich eingesetzt werden könnte, kommen zurzeit eigentlich nur Staaten wie Iran und Nordkorea in Frage. In beiden Fällen kann eine Lösung jedoch nur auf diplomatischem und nicht auf militärischem Wege erfolgen.

Die Drohne EURO HAWKS unterscheidet sich von ihrem us-amerikanischen Schwesterprojekt Global Hawk unter anderem dadurch, dass sie eine doppelt so hohe Nutzlast transportieren kann. Dadurch wird es mittelfristig möglich, auf solchen unbemannten Flugkörper mehr als „nur“ Aufklärungselektronik zu transportieren. Drohnen können dann mit Paketen für die elektronische Kriegsführung, u.a. zur Blockierung von Handykommunikation der Gegner, bestückt werden. Auch eine leichte Bewaffnung der Drohnen mit Angriffswaffen ist denkbar.

Hightech-Waffensysteme suggerieren militärische Allmacht, lassen Kriege ohne eigene Verluste führbar und gewinnbar erscheinen und blenden die Gefahr der regionalen und globalen Eskalation aus.

Globale Intervention

Keines der geplanten Rüstungsprojekte dient der Territorialverteidigung. Gegen wen sollte die Bundeswehr auch in einem Umkreis von 20 km kämpfen (das ist die

Reichweite von MEADS/IRIS)? Die Aufklärung mit unbemannten Flugzeugen in großer Höhe ist nur über feindlichem Territorium eine immanent logische Option. In der Nachbarschaft der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine entsprechende Bedrohung nicht. Militärische Auslandseinsätze in Afghanistan oder am Horn von Afrika kämen wohl als mögliche Einsatzgebiete für den EURO HAWK in Frage. Solche Auslandseinsätze dienen jedoch nicht den erklärten Zielen wie dem „Kampf gegen den Terror“, „Demokratieexport“ oder dem „Schutz von Menschenrechten“. Verteidigt werden Interessen wie Ressourcen und freie Handelsrouten, wie unter anderem im Weißbuch der Bundeswehr nachgelesen werden kann.

Militäreinsätze produzieren häufig Widerstand und tragen nicht zur Verbesserung der Situationen der betroffenen Menschen bei. Krieg ist kein taugliches Mittel zum Demokratieexport und somit (sicherheits-)politisch falsch und kontraproduktiv. Wenn Einsätze jedoch einmal begonnen haben, dann erzeugen sie auch rüstungspolitische Eigendynamiken. Es erscheint dann nötig, Panzer (z.B. GTK Boxer) zu bauen, die einen besseren Schutz für Soldaten versprechen, Hubschrauber, die schnellere Evakuierung ermöglichen (MTH) oder die Aufklärungsmöglichkeiten (EUROHAWK) zu verbessern, um Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Keine dieser Maßnahmen löst das Problem, wie im Irak deutlich zu sehen ist, aber eine hohe Zahl von toten Soldaten macht es für die Rüstungslobbyisten leichter, den „nötigen Schutz“ für Soldaten an die politischen Entscheidungsträger zu verkaufen.

Deutsch-amerikanische Rüstungskoope- ration

Viele der beschlossenen Projekte stärken die deutsch-amerikanische Rüstungskoope-
ration. Die Überwachungsdrohne wird von der Firma EURO HAWK (Sitz in Immenstaad) entwickelt und gebaut an der je zur Hälfte EADS und Northrop Grumman (USA) beteiligt sind. Die transatlantische Freundschaft kennt aber auch Grenzen. Es existiert bereits die US-amerikanische Drohne Global Hawk. Die USA sind jedoch nicht bereit, ihre Überwachungstechnologie mit ihren deutschen Verbündeten zu teilen. Deswegen wird nun von EADS der Sensorik-Bereich neu entwickelt. Lediglich der Flugzeugrumpf wird vom GlobalHawk übernommen. Ob die von EADS neu zu entwickelnde Spionagetechnik dann wirklich problemlos in die Trägerplattform integriert werden kann, ist keineswegs klar. Es kann also sein, dass hunderte von Mil-

lionen ausgegeben werden und am Ende bleibt ein Haufen teurer Schrott übrig. Und EADS und Northrop werden dennoch für ihre Bemühungen bezahlt. Wahrscheinlich wird in so einem Fall dann ein weiterer Vertrag für einen weiteren Versuch der Systemintegration abgeschlossen werden – da ja bereits so viel investiert wurde. Wie bei anderen Großprojekten ist auch hier mit einer unkontrollierbaren Kostenexplosion zu rechnen.

Beim Raketensystem RAM Block2 wird der Vertrag mit der Firma RAMSYS (in Ottobrunn) und den USA abgeschlossen. Die deutsche Seite bezahlt eine Hälfte der Entwicklung von RAM 2, die andere Hälfte wird von den USA bezahlt. Subunternehmer ist unter anderem EADS. Washingtons Gelder gehen überwiegend an die Firma Raytheon in den USA. Jede Seite sponsert also ihre Rüstungsunternehmen. Auch die Aufrüstung des MTH Hubschraubers ist

ein transatlantisches Kooperationsprojekt. Der Auftrag geht an die Firma Eurocopter in Donauwörth. Unterauftragsnehmer sind u.a. Rockwell Collins, EADS, CAE und Diehl.

Rüstungssponsoring - deutsche Standortpolitik

Bei einem Teil von Rüstungsprojekten handelt es sich um ganz offensichtliche Geldverschwendung. Auch aus militärischer Sicht ist das Projekt IRIS-T SL ein weit gehend sinnloses Unterfangen. Das Projekt ist Teil des taktischen Luftverteidigungssystems MEADS, das nur in einem Radius von höchstens 20 km funktioniert. Es könnte theoretisch auch zum Schutz deutscher Truppen (oder der Truppen von Verbündeten) im Auslandseinsatz eingesetzt werden. Die Verlegemöglichkeiten von MEADS sind allerdings sehr schwerfällig. Wer vier Module in ein Einsatzge-

biet transportieren will, braucht dafür 24 Airbus400M Großraumtransporter. Zu dem funktioniert MEADS nur dann gut, wenn vorher klar ist, aus welcher Richtung Angriffe zu erwarten sind. Eine rundum Abwehr ist mit dem System nicht möglich.

Bei solchen Projekten geht es also in erster Linie um „nationale Industrieförderung“. Offensichtlich soll das deutsche Rüstungsunternehmen Diehl gestützt werden. Gerne wird in diesem Kontext auch damit argumentiert, dass durch Rüstungsprojekte Arbeitsplätze gesichert werden. Es handelt sich hierbei jedoch um sehr unproduktive und teure Arbeitsplätze. Bei der Aufrüstung der MTH Hubschrauber kostet ein Arbeitsplatz ca. 300.000 Euro pro Jahr. Bei der Herstellung des Ende 2006 beschlossenen GTK Boxer kostet jeder Arbeitsplatz „nur“ 180.000 Euro. Mit solchen Summen lassen sich mehr und sinnvollere Arbeitsplätze zum Beispiel im Bereich von Bildung oder im Gesundheitswesen schaffen.

Rüstungsprojekte bergen die Gefahr ihres Einsatzes und möglicher Eskalation in sich, sie ermöglichen globale Interventionen und verschleudern Steuergelder. Statt Milliardeneschenke für die Rüstungsindustrie benötigen wir Investitionen in den Kampf gegen Armut – national und international.

Tabelle: Beschlossene Rüstungsinvestitionen KW 5

Projekt	Kosten	Folgekosten	Gesamtkosten/€
IRIS-T SL	150.000.000		150.000.000
MTH-Aufrüstung	566.000.000		566.000.000
RAM Block 2	169.000.000	440.000.000	609.000.000
EURO-HAWK	460.000.000	400.000.000	860.000.000
Gesamtkosten/€	1.345.000.000	840.000.000	2.185.000.000

Märklin macht mobil

Der Göppinger Spielwarenhersteller produziert erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder Kriegsspielzeug - mit einer perfiden Begründung

Ganz genau scheint sich die Göppinger Spielwarenfirma Märklin die offiziellen Begründungen der deutschen Kriegspolitik abgeschaut zu haben: „Wir führen in Afghanistan keinen Krieg, sondern wir sind von der afghanischen Regierung eingeladen worden“, betonte der CDU-Abgeordnete Ruprecht Polenz während der Bundestags-Debatte am 19. Januar in völliger Verkennerung der Realitäten vor Ort. Sein Bundestagskollege Ole Schröder, ebenfalls CDU, ging noch weiter: „Missionen wie zum Beispiel in Nordafghanistan und im Kongo sind eindeutig Entwick-

lungshilfe.“ Da es sich hierbei schließlich um rein humanitäre Kriege handele, sollten diese gefälligst auch aus dem Entwicklungshilfe-Etat bezahlt werden, hierdurch wäre zudem - wie geschickt - der Rüstungshaushalt „in Millionenhöhe entlastet.“

Derartig inspiriert kündigte das Traditionsunternehmen auf der Nürnberger Spielwarenmesse die neue Produktlinie „Metal Military Mission by Märklin“ an, womit erstmals seit 1945 wieder Kriegsspielzeug in die Produktpalette aufgenommen wurde, u.a. der Kampfpanzer Leopard 2. Die Firma wurde im Mai 2006 von einer britischen Beteiligungsgesellschaft aufgekauft, die offensichtlich (noch) weniger Sensibilitäten gegenüber der Vergangenheit deutscher Kriegspolitik an den Tag

legt, als die einheimische Wirtschaft. Dies legt zumindest die perfide Begründung des neuen Geschäftsführers Ulrich Dietz nahe: „Die Bundeswehr steht für humanitäre Einsätze.“ Da sich Deutschland ausschließlich im Sinne der Menschenwürde betätige, stehe dem Verkauf deutscher (Spielzeug)Panzer schließlich nichts mehr im Wege (siehe Südwestpresse, 3.2.2007).

Märklin liegt damit voll im Trend. In gekonntem orwellischen Neusprech lautet das Motto der am kommenden Wochenende stattfindenden Münchner Sicherheitskonferenz, auf der die nächsten „humanitären“ Kriege eingetütet werden, „Frieden durch Dialog“. Die dort alljährlich verliehene „Friedensmedaille“ wird ausgerechnet der EU-Außenbeauftragte Javier Solana erhalten, einer der maßgeblichen Architekten der Militarisierung der Europäischen Union. Dass der NATO-Befehlshaber in Afghanistan David Richards, dem auch die deutschen Truppen unterstellt sind, den dortigen Einsatz als „aggressive Aufstandsbekämpfungsoperation“ bezeichnet, zeigt allerdings deutlich die Kluft zwischen der Realität des Profits und der der Menschen.

Jürgen Wagner



Ohne Kontrolle

Wie die europäischen Konzerne von den neuen Kriegen profitieren wollen

von Martin Hantke

„Die Fragen der Konsolidierung in der Rüstungsindustrie betreffen ja nicht nur Unternehmen. Sie braucht Unterstützung auch aus dem Militär und der Politik. Wir können die richtigen Leute zusammenbringen.“ (Nick Witney, Leiter der Europäischen Rüstungsagentur)

Die europäischen Rüstungskonzerne wollen in Zukunft stärker von den neuen Kriegen profitieren. Die EU bereitet ihnen politisch den Weg dazu und finanziert diesen Wirtschaftssektor hinter dem Rücken der Öffentlichkeit.

Der europäische Rüstungsmarkt gerät in Bewegung. „Europäische Konzerne sehen gute Chancen auf dem US-Markt“, titelte das Handelsblatt am 19. September 2006. Geradezu enthusiastisch wird betont, dass sich die US-Regierung dieser expansiven Strategie nicht mehr in den Weg stelle. Nun sei nicht mehr „nur von europäischer Kooperation, sondern genauso selbstverständlich von transatlantischer Rüstungskooperation die Rede.“² Dies eröffne ungeahnte Perspektiven für europäische „Konzerne wie BAE Systems, Thales oder EADS die ‚Festung‘ USA erobern zu können. Bisher hatten europäische Rüstungsgüter dort praktisch keine Chance.“³ Außer Rand und Band gerät man, wenn man sich vor Augen führt, wie viel Geld hier zu machen ist: „Eine wirkliche Sensation würde es bedeuten, wenn EADS beim Milliardenauftrag zur Erneuerung der US-Tanker-Luftflotte zum Zuge kommen sollte. Auch ohne diesen Auftrag wächst das Unternehmen jedoch schon auf dem US-Markt, genau wie die Thales-Gruppe zum Beispiel, die ihren Umsatz in den USA seit 2002 jährlich um fast 25% steigern konnte.“⁴

Thales ist mit 8,5 Mrd. Dollar Umsatz 2005 die Nummer 9 der Rüstungskonzerne weltweit, der deutsch-französisch dominierte EADS-Konzern und die britische BAE Systems nehmen mit jeweils 9,1 Mrd. und 20,9 Mrd. Umsatz Platz 7 und 4 in der Rangliste der weltgrößten Waffenschmieden ein. Der britische Rüstungsproduzent will „seinen Umsatzanteil in Nordamerika mit eigener Kraft auf bis zu 80 Prozent binnen drei Jahren vergrößern“⁵. Bei EADS setzt man als Ausweg aus der Airbus-Krise verstärkt auf Rüstungsproduktion. Co-Vorstandschef Tom Enders gibt die Auf-

rüstungswegmarken vor: „Durch neues Geschäft in Großbritannien und Nordamerika soll sich bei der EADS der Umsatz der Militärsparte von heute 7,7 Mrd. Euro auf mindestens 10 Mrd. bis Ende 2007 vergrößern.“⁶

Die drei größten europäischen Rüstungskonzerne wollen sich vom Kuchen des aufgeblähten US-Rüstungsmarktes einen Gutteil abschneiden, der Kampf um die Rüstungsbudgets in den EU-Mitgliedstaaten reicht ihnen nicht mehr. Insofern hat ein Kurswechsel in Richtung Pentagon eingesetzt. Denn allein „mit einem Jahresbudget von 439 Milliarden Dollar (342 Milliarden Euro) ist Nordamerika der mit Abstand größte Rüstungsmarkt der Welt.“⁷, notiert die FAZ. Davon fallen allein 120 Mrd. Dollar als „Sonderlasten“ für die Kriege in Irak und Afghanistan an. Dagegen nimmt sich selbst der 193 Mrd. Euro schwere Rüstungshaushalt aller 25 EU-Mitgliedstaaten⁸ mit Ausnahme Dänemarks, das nicht an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilnimmt, geradezu bescheiden aus.

Schaut man sich die Entwicklung des Militärisch-Industriellen-Komplexes seit der Einführung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als würde die 1961 in seiner Abschiedsrede ausgestoßene Warnung von US-Präsident Dwight D. Eisenhower vor einer „neuartigen Verbindung eines immensen Militärestablishments und einer riesigen Rüstungsindustrie“ jetzt innerhalb der EU prototypisch umgesetzt. Symptome einer komplexhaften Verbindung von Kapital, Militär und Teilen des Staatsapparates, zudem auffällige Konzentrationerscheinungen in rüstungsrelevanten Wirtschaftszweigen und nicht zuletzt ein intensiver Personalaustausch zwischen den entsprechenden Eliten sowie ein forschungs- und technologiepolitisches Schwergewicht auf der Entwicklung neuartiger Waffensysteme sind die Charakteristika, die seit 1999/2000 mit neuer Qualität und europäischer transnationaler Dimension zum Vorschein kommen. Auf dem Kölner EU-Gipfel vom 3./4. Juni 1999 wurde unter der deutschen Ratspräsidentschaft die ESVP aus der Taufe

gehoben. Zuvor hatten 1998 Großbritannien und Frankreich mit ihrer Erklärung von St. Malo den Weg dazu frei gemacht. Dies war das Startzeichen für einen bis heute andauernden Prozess der Transnationalisierung und Monopolisierung in der europäischen Rüstungsindustrie. Im Jahr 2000 fusionierten die Firmen Aerospaciale Matra (Frankreich), die CASA (Spanien) und die DASA (Deutschland) zur European Aeronautic Defence and Space Company (EADS). Dabei werden 30% der Aktien an den Börsen ausgegeben, je 30% halten die Lagardère-Gruppe zusammen mit dem französischen Staat und Daimler Chrysler. Die spanische SEPI hält 5,5%. Der Rest der Anteil liegt bei Kleinaktionären (Streubesitz). In Frankreich war der Rüstungskonzern Thompson CSF 1998 als neues Unternehmen aus den Rüstungsparten von Alcatel, Dassault Electronique und Thompson CSF entstanden. Nach der Übernahme der englischen Radical Electronics im Jahr 2000 benannte man sich Ende 2000 in Thales um. Der britische Konzern BAE Systems entstand 1999 durch die Fusion von British Aerospace und Marconi Electronic Systems und stieg zum siebtgrößten Lieferanten des Pentagon auf.

EU-Politik bahnt den Weg

Insbesondere Deutsche und Franzosen hatten sich für eine Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie eingesetzt. Am prägnantesten ist der Einsatz von Dominique de Villepin und Joschka Fischer in ihrem Papier „Gemeinsame deutsch-französische Vorschläge für den Europäischen Konvent zum Bereich Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“⁹ vom 22.11.2002 dokumentiert. Für den EU-Verfassungsvertrag schlugen Fischer und de Villepin vor, „dem Vertrag im Anhang ein Protokoll beizufügen, in dem sich die Staaten, die dies wünschen, verpflichten, die erforderlichen Anstrengungen zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu unternehmen und neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, insbesondere durch Harmonisierung der militärischen Bedarfsplanung, Bündelung von Fähigkeiten und Ressourcen sowie Aufgabenteilung.“ Zudem solle eine „europäische Rüstungspolitik“ entwickelt werden. Dazu konzipierten die beiden Außenminister „die schrittweise Schaffung eines europäischen Rüstungsmarkts“ und „die Gründung einer Europäischen Rüstungsagentur“.

Ende dieses Jahres können die EU-Institutionen Vollzug melden. Auch wenn der EU-Verfassungsvertrag mit der Aufrüstungsverpflichtung der EU-Mitgliedstaaten vorerst gescheitert ist, wurde am

12.07.2004 die Europäische Rüstungsagentur gegründet, aus sprachkosmetischen Gründen umbenannt in Europäische Verteidigungsagentur, und am 01.07.2006 einigten sich 22 der 24 im Vorstand der Rüstungsagentur vertretenen EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Ungarn und Spanien, auf die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkts. Den großen europäischen Rüstungsunternehmen wäre die verfassungsvertragliche Absicherung dieser rüstungspolitischen Unternehmungen lieber. Deshalb warben sie auch vor den Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 massiv für die Annahme des EU-Verfassungsvertrags.

Die deutsche Industrie wünscht sich eine noch stärkere deutsche Gestaltung dieses Prozesses und eine weitere Verzahnung von Rüstungs- und Militärpolitik. In ihrem „Positionspapier der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zur Europäischen Verteidigungsagentur heißt es: „Auf dem Weg in die Europäisierung braucht die wehrtechnische Industrie eindeutige Orientierung, eine verlässliche politische Basis, d.h. auch ein klares Bekenntnis der deutschen Politik zu ihrer sicherheitspolitischen Rolle in künftigen europäischen Strukturen. Politik und Industrie müssen gemeinsam die strategische Positionierung der deutschen Wehrtechnik im künftigen Europa festlegen.“¹⁰ Oder kurz: Die Militarisierung der EU soll unumkehrbar gemacht werden, und die deutsche Rüstungsindustrie muss ihre Europäisierungsgewinne voll ausschöpfen.

Diese Position trifft bei der Bundesregierung auf vollstes Verständnis, sodass man in der ab Januar beginnenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft von einer sehr engen strategischen Abstimmung von Militär, Politik und Wirtschaft ausgehen darf. Im ersten Halbjahr 2007 strebt die Bundesregierung „weitere Schritte der militärischen Zusammenarbeit in der langfristigen Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigung an.“¹¹ Dabei wird betont, dass „Europas Wohlstand und politisches Gewicht in der Welt ... entscheidend auf den Erfolgen europäischer Unternehmen auf den Weltmärkten“ fußen. Die europäische Rüstungsindustrie ist dabei offensichtlich immer mitgedacht. Deshalb wird auch herausgestellt: „Die Fähigkeit der EU, zivile und militärische Instrumente zur Krisenvorbeugung und –bewältigung einzusetzen, soll u.a. im Rahmen der Planzielprozesse (Streitkräfteplanziel 2010, Ziviles Planziel 2008) gestärkt werden.“ Dabei soll besonderes Augenmerk „den schnell verlegbaren, europäischen Gefechtsverbänden (insgesamt sind 19 so genannte EU-Battle-

Groups geplant, MH), die vom 1. Januar 2007 an für Einsätze in Krisengebieten zur Verfügung stehen:“ gelten. Zudem soll ab 2007 der Kern eines EU-Generalstabs, die so genannte zivil-militärische Zelle einsatzbereit sein. Dabei will man sowohl die „autonome Handlungsfähigkeit der ESVP“ verbessern, als auch „die strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO durch die Intensivierung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit in den Bereichen Einsatz und Fähigkeiten“¹² ausbauen.

Mehr Geld für Rüstung

Für diese Art der Rüstungs- und Militärzusammenarbeit braucht es selbstverständlich Geld. Ein Weg ist es, die Militärhaushalte der EU-Mitgliedstaaten zu erhöhen, bis auf die von der NATO geforderten 2% des Bruttosozialprodukts für neue Mitglieder. Für Deutschland würde dies eine Erhöhung des Militärhaushalts von 23,9 Mrd. Euro auf 44 Mrd. bedeuten.¹³ Einstweilen muss man sich allerdings mit einer Erhöhung von nur 500 Mio. Euro in diesem Jahr zufriedengeben. Jedoch ist man nun darauf verfallen, den EU-Haushalt als Steinbruch für die Anlegung klandestiner Militärhaushalte zu benutzen. Die finanzielle Vorausschau für den EU-Haushalt von 2007 – 2013 weist einen Auswuchs der Mittel für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik von 29% auf insgesamt nahezu 50 Mrd. Euro auf¹⁴, darunter etliche Maßnahmen mit militärischen Bezügen, wie Galileo, GMES, Agenturen der ESVP, ESVP-Operationen.¹⁵ Aber auch in bisher zivil ausgerichteten Haushaltstiteln wie dem EU-Forschungshaushalt sind bis 2013 neu insgesamt etwa 1,6 Mrd. Euro zusätzlich zu den Mitteln der Mitgliedstaaten für EU-Sicherheits- und Rüstungsforschung, wie auch für die militarisiertere Weltraumforschung bereitgestellt. Dies darf auch als Erfolg einer Pressure Group des MİK gewertet werden, der so genannten „Group of Personalities“. Diese Gruppe von „27 europäischen Topmanagern und Spitzenpolitikern“¹⁶ legte dem



Dwight D. Eisenhower

damaligen EU-Kommissionspräsident Romano Prodi am 15. März 2004 einen Bericht mit der Forderung vor, in Zukunft seitens der EU mindestens eine Milliarde Euro im Bereich der Sicherheits- und Rüstungsforschung auszugeben. Zu dieser Gruppe gehörten neben EU-Kommissaren und Mitgliedern des Europäischen Parlaments wie Karl von Wogau (CDU), der heutige Vorsitzende des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung, die Vorstandsvorsitzenden und Vertreter von Rüstungsunternehmen wie EADS, Finmeccanica, Diehl, Thales, BAE Systems sowie. Die Vorschläge der „Group of Personalities“ setzen sich in der Folge in EU-Rat, EU-Kommission und EU-Parlament durch, auch wenn das Budget etwas abgespeckt werden musste. Es mag auch deshalb keine Überraschung sein, dass die Pilotprojekte im Sicherheits- und Rüstungsforschungsbereich, die von der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurden, nahezu sämtlich an alte Bekannte, wie BAE Systems, EADS und Thales gingen.¹⁷ Ob dabei auch Männer wie der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses Klaus Naumann, laut eines Berichts des Sterns mittlerweile Berater bei Thales, mithelfen sollen, neue Projekte an Land zu ziehen, ist nicht bekannt. Wichtiger ist vielleicht denn auch zur Erzeugung verstärkter Nachfrage nach Rüstungsgütern die enge Abstimmung zwischen den Spitzen von Militär, Politik und Wirtschaft. Der europäische militärisch-industriellen Komplex hat dafür eine neue Bühne gefunden, bei der auch hinter den Kulissen und in den Theatergräben weiter kooperiert werden kann.

Einheit: Militär, Industrie, Politik

Seit 2004 hat sich neben der NATO-Sicherheitskonferenz in München folgende Veranstaltung des europäischen militärisch-industriellen Komplexes etabliert: die „Handelsblatt Konferenz Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie“¹⁸

2006 fand die dritte Veranstaltung dieser Reihe statt, Veranstaltungsort war Berlin. Im edlen Ambiente des Hotels Adlon, unter den Linden, gegenüber vom Bundestag, traf sich nahezu alles, was im europäischen Rüstungs- und Militärbereich Rang und Namen hat. Aus der Industrie waren vertreten Aegis Defence Services, ASG Luftfahrttechnik und Sensorik GmbH, DB Systems GmbH und DB Telematik GmbH, Deutsche Bank AG, EADS, Eurocopter Deutschland GmbH, Freshfields Bruckhaus Deringer, g.e.e.b. Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH, Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, Lockheed Martin

Global, PricewaterhouseCoopers LLP, RENK Aktiengesellschaft und Thales. Stolz vermerkte der Veranstalter zudem, wer „aus den verantwortlichen Staatsorganen, Institutionen und Verbänden“ vertreten war: Neben der deutschen Botschaft in Peking die Bundesämter für Wehrtechnik und Beschaffung sowie für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Bundeskanzleramt, Bundesinnen- und Bundesverteidigungsministerium, der Bundesverband der deutschen Industrie, EU-Kommission, EU-Rüstungsagentur, NATO, das US-Außenministerium, das International Institute for Strategic Studies IISS, die spanische Nationalpolizei und das türkische Verteidigungsministerium. Wie bereits in den vergangenen Jahren führten neben Handelsblatt-Chefredakteur Bernd Ziesmer auch diesmal ZEIT-Herausgeber Dr. Theo Sommer durch die Konferenz. Sommer betonte denn auch explizit „die Brücke zwischen sicherheitspolitischen, militärstrategischen und industriellen Entwicklungen und Erwartungen“, die die Konferenz schlage. BDI-Präsident Jürgen Thumann hob hervor, dass der Staat bei der Bewältigung seiner Sicherheitsaufgaben „auf eine leistungsfähige heimische wehrtechnische Industrie angewiesen“ sei: „Die deutsche Sicherheits- und Rüstungsindustrie fühlt sich der Sicherheitsvorsorge verpflichtet und unterstützt die Bundesregierung, EU und NATO.“ Um den Dialog zwischen Industrie und Politik zu erleichtern, gab es anstelle des Teilnahmebeitrags von 1799 Euro plus MwSt pro Person mit 399 Euro auch direkt einen „Sonderpreis für Vertreter des Militärs, der Ministerien, der Politik und des diplomatischen Dienstes“. Neben dem Konferenz-Hauptsponsor, Pricewaterhouse, Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft, laut Selbstdarstellung mit Zugriff „auf die Ressourcen von insgesamt 130.000 Mitarbeitern in 148 Ländern“ nutzten insbesondere Rüstungs- und Logistikunternehmen die Konferenz als exzellente Gelegenheit, sich ihrer Zielgruppe zu präsentieren, u.a.: EADS, Lockheed Martin, g.e.e.b, ISN – International Relations and Security Network, Krauss-Maffei Wegmann, LISTA, msg systems ag, sowie Thales. Neben Rüstungsindustriellen, Militärs, Abgeordneten, Bankenrepräsentanten, privaten Sicherheitsfirmen, Vertretern von so genannten Beratungsfirmen konnte auch noch der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung als „Keynote Speaker“ gewonnen werden. Mit der Rede zu Afghanistan von Jamie Shea, politischem Planungsdirektor im Büro des NATO-Generalsekretärs und den Auslassungen Oberstleutnants Tim Spicers

Die größten Rüstungsunternehmen der Welt

(Rüstungsumsatz in Mrd. Dollar 2005)

1	Lockheed Martin (USA)	36,5 Mrd.
2	Boeing (USA)	30,8 Mrd.
3	Northrop Grumman (USA)	23,3 Mrd.
4	BAE Systems (GB)	20,9 Mrd.
6	EADS (D/F)	9,1 Mrd.
8	Thales (F)	8,5 Mrd.
10	Finmeccanica (I)	7,1 Mrd.

Quelle FAZ 20.11.2006

von AGS zum Thema „Privatisierung der Sicherheit am Beispiel Irak“, standen auch die aktuellen Kriege auf der Tagesordnung.

Fazit

Der europäische Militärisch-Industrielle Komplex setzt sowohl auf „Europäisierung“ als auch auf „Transatlantisierung“. Die europäischen Rüstungskonzerne wollen in Zukunft stärker von den neuen Kriegen profitieren. Dabei gibt es aber weiterhin Probleme der Abstimmung denn „nur kleine Teile der europäischen Streitkräfte sind in der Lage mit amerikanischen Streitkräften zusammen zu agieren.“¹⁹ Die Protagonisten einer weltweiten Steigerung der Rüstungsausgaben beklagen die mangelnde transatlantische Abstimmung: „Bisher fehlte in den meisten Konflikten nach dem Kalten Krieg eine gemeinsame europäische Position. Mit der für die Europäische Union bitteren und entlarvenden Folge, dass die USA zum Beispiel mit ihrer Koalition der Willigen im Irak-Krieg 2003 eindrucksvoll demonstrierten, dass es den ‚Partner Europa‘ (noch) nicht gibt.“²⁰ Kriegen- und Militäreinsätze sind dabei das Schmieröl der europäischen Rüstungsindustrie. Einzelne Kommentatoren reklamieren sogar schon die Führung für Europa im weltweiten Militäreinsatz des Westens als Transmissionsriemen für eine gemeinsame EU-Militärpolitik: „Nun ergibt sich mit dem Libanon-Konflikt jedoch eine historische Chance für Europa. Die europäische Führungsrolle könnte der entscheidende Schritt in Richtung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik werden.“²¹

Ohne jede öffentliche Diskussion wird mehr und mehr Geld in den Rüstungssektor gepumpt. Wie dreist dabei mittlerweile vorgegangen wird, zeigte die EADS-Tochter Astrium ST. Sie benötigt „30 bis 40 Millionen Euro jährlich, um ihre Kompetenzen zu bewahren“, sagte Astrium Chef Alain Charmeau der Pariser Finanzzeitung „La Tribune“.²² Astrium hatte 2006 einen Umsatz von 1,6 Mrd. Euro, 1 Mrd. Euro davon im Rüstungsbereich. Von diesem Rüstungsumsatz „entfallen je 600 Millio-

nen auf die Ariane und auf die französischen Atomraketen M45 und M51. Zum Jahresende erwartet die Firma einen Auftrag zur Weiterentwicklung der M51 im Wert von 300 Millionen Euro.“²³

Das bedeutet nichts weiter, als dass sich die europäische Rüstungsindustrie jetzt auch noch die Entwicklung von Atomraketen aus dem EU-Haushalt quersubventionieren lassen möchte. Allein dies zeigt, wie weit der Vorstoß des MİK inzwischen geht, ohne auf Widerstand zu stoßen. Europa ist dabei für die Rüstungskonzerne ein ideales schwarzes Loch, in dem alles verschwindet. Geld aus dem Bundeshaushalt für Atomraketen locker zu machen, würde dagegen auf ungleich größere öffentliche Aufmerksamkeit stoßen.

Anmerkungen

¹ Handelsblatt News am Abend, 19.09.2006

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ FAZ, 20.11.2006

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. Europäische Rüstungsagentur, www.eda.europa.eu

⁹ CONV 422/02 CONTRIB 150

¹⁰ BDI, Positionspapier der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zur Europäischen Verteidigungsagentur, Juni 2006

¹¹ BT-Drucksache 16/3680, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Präsidentschaftsprogramm 1. Januar bis 30 Juni 2007 – Europa gelingt gemeinsam

¹² Ebd.

¹³ Vgl. Handelsblatt, 19.09.2006

¹⁴ Vgl. SWP-Aktuell 31, Wein predigen und Wasser ausschenken, Die Finanzierung der EU-Außenpolitik, Juli 2006

¹⁵ Vgl. European Parliament, Subcommittee on Security and Defence – Secretariat. Notice to the Members. Expenditure in specific security & defence-related areas and ESDP (revised version), 23.01.2006

¹⁶ Presseerklärung der EU-Kommission „Führende Vertreter der europäischen Industrie und EU-Politiker fordern Aufstockung der Finanzmittel für Sicherheitsforschung“, 15. März 2004

¹⁷ Vgl. Frank Slijper: The emerging EU Military-Industrial Complex. Arms industry lobbying in Brussels, Transnational Institute 2005/1.

¹⁸ S.a. www.defence-conference.de

¹⁹ Handelsblatt, 18.09.2006

²⁰ Ebd.

²¹ Handelsblatt, 18.09.2006

²² ZEIT, Raumfahrt: EADS will Geld für Ariane-Fortentwicklung, 11.12.2006

²³ Ebd.

PR-Strategien der Bundeswehr in Zeiten von Jugendarbeitslosigkeit und „Hartz IV“

von Heiko Humburg

GASTBEITRAG

Die Bundeswehr (Bw) spannt ein feines Netz über die ganze Gesellschaft. Ihre Strategien zielen auf mehr oder weniger subtile Beeinflussung aller Menschen im militaristischen Geist. Dabei richtet sich die PR-Arbeit der Bundeswehr keineswegs nur, aber schwerpunktmäßig auf Jugendliche, insbesondere die Arbeiterjugend. Die Bundeswehr bedient sich bei ihrer Einflussarbeit professioneller Apparate aus Forschern und PR-Experten, aber auch „unabhängiger Journalisten“, Fernsehstationen, diverser staatlicher und halbstaatlicher Stellen sowie Städten und Kommunen. Dabei geht es allgemein gesprochen um Deutungshoheit über die Auslands- und Kriegseinsätze der Bundeswehr, um ein „normales“, positives Image der Streitkräfte und im Speziellen um Nachwuchswerbung, also um Rekrutierung von Kanonenfutter für aktuelle und künftige Kampfeinsätze in aller Welt.

Im Rahmen dieser Studie werde ich auf folgende Aspekte eingehen:

1. Nachwuchswerbung und Propaganda in den Schulen und der Öffentlichkeit
2. Rolle und Aufgaben der Jugendoffiziere
3. Wo die Daten hingehen... und wozu sie verwendet werden
4. Spezielle Lockangebote für arbeitslose Jugendliche
5. Ausblick: Zwangsverpflichtungen durch die Bundeswehr?
6. Plädoyer für eine stärker antimilitaristische Friedensbewegung

1. Nachwuchswerbung und Propaganda in den Schulen und der Öffentlichkeit

Ein Ort, den die Bundeswehr nutzt, um Jugendliche in ihrem Sinne zu beeinflussen, ist die Schule. Immer stärker ist sie darum bemüht, versteckt oder offen Inhalte und Themen der Armee in den Unterricht einzubringen, z.B. durch kostenloses Unterrichtsmaterial.

Auch Lehrerinnen und Lehrer leiden unter ständig längeren Arbeitszeiten und zunehmendem Stress. Die Bundeswehr bietet offensiv an, ihnen einen Teil der Unterrichtsvorbereitung abzunehmen. Die „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e. V.“ verschickt an Jugendleiter und Pädagogen kostenlose, fertig einsetzbare Unter-

richtsmaterialien. Im Internet bezeichnet sich der Verein als unabhängig und gemeinnützig. „Unsere Partner sind Ministerien, Verbände und Unternehmen.“¹ Einer dieser Partner ist die Bundeswehr. Monatlich gibt der Verein didaktisch gut durchdachte Arbeitsblätter zu aktuellen Themen heraus, die im wachsenden Maße im Politik- und Gesellschafts- oder Sozialkundeunterricht an Schulen eingesetzt werden. Konzipiert sind die Materialien für SchülerInnen ab der 8. Klasse.

Welche Inhalte werden vermittelt? Im Arbeitsblatt „Gefahr durch neue Atom-mächte“ lernen die Schüler dann zum Beispiel wahrheitswidrig, dass die Internationale Atomenergiebehörde bewiesen habe, dass der Iran den Atomwaffensperrvertrag „in vielfältiger Hinsicht missachtet“².

Das Arbeitsblatt „Die Bundeswehr im Auslandseinsatz“³ zeigt eine Weltkarte mit den Einsatzorten der Bundeswehr. Die Schüler sollen dann auf den Bundeswehr-Internetseiten die Hintergründe der Einsätze recherchieren. Überschriften sind die Seiten, auf denen die SchülerInnen „recherchieren“ sollen, mit „Wege zum Frieden“, „Verantwortung tragen“ sowie „Frieden schaffen“. Andere Arbeitsblätter beschäftigen sich mit den Themen „Eine Truppe für Europa“ oder dem Kongo⁴. Ein Arbeitsauftrag unter anderen: „Versetzen Sie sich in die Rolle eines Bundeswehrosoldaten: Darf er schießen, wenn er von einem Kindersoldaten bedroht wird?“ Antwort aus dem Text: Ja, weil es beim Einsatz der Bundeswehr schließlich darum geht, Afrika zu helfen. Das neueste Arbeitsblatt behandelt das „Weißbuch“ der Bundeswehr,⁵ das bekanntlich globale Militäreinsätze zur Sicherung vermeintlich deutscher Interessen vorsieht. Darin haben SchülerInnen dann Multiple-Choice Fragen zu beantworten. Als Kostprobe und zur Wissenüberprüfung hier eine der Fragen: „Das Weißbuch der Bundesregierung heißt Weißbuch, weil

- a) ... die Farbe weiß für den Frieden steht.
- b) ... es einen weißen Umschlag hat.
- c) ... darin viele Weisheiten niedergeschrieben sind.“ Na, hätten Sie es gewusst?

Die Materialien sind aber keineswegs alle plump, ganz im Gegenteil. Ein „Klassiker“

ist die Hochglanz-Broschüre „Frieden und Sicherheit“⁶. Für Lehrer gibt es eine Extra-Ausgabe mit Tipps und Tricks zur Planung und Leitung des Unterrichts mit dem Material. Das Heft nimmt Lehrern alle Schritte der Unterrichtsplanung ab und ist didaktisch sehr professionell gemacht. In den didaktischen und methodischen Hinweisen wird den Lehrern nahe gelegt, den Unterricht komplett nach den Materialien zu strukturieren.

Systematisch wird die emotionale Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen als Ansatzpunkt für die Vermittlung der militaristischen Inhalte genutzt. Militär ist notwendig, um Terror und Angst zu bekämpfen: „Wenn in der Gesellschaft die Angst vor terroristischen Anschlägen zunimmt, dann trifft dies auch Jugendliche. Die Schüler sollten wissen, dass das Verbreiten von Furcht und Schrecken eines der Ziele von Terrorismus ist und dass das ‘Kopf in den Sand stecken’ und Lähmung keine Lösungen sein können.“⁷ Unter der Überschrift „Die allgegenwärtige Gefahr“ wird vor allem mit der Macht der Bilder gearbeitet, in diesem Fall schrecklichen Fotos aus Beslan und dem Irak. Man sieht leidende Kinder und wird systematisch zu dem Schluss geleitet, dass die Verhinderung solcher Bilder den weltweiten Einsatz des deutschen Militärs erfordert.

Im Heft wird angeregt, für weitergehende Fragen einen Vertreter der Bundeswehr in die Schule einzuladen, bzw. mit der Schulklasse einen Besuch in einer Kaserne zu machen. „Insbesondere bei der Einbeziehung eines Jugendoffiziers in die unterrichtliche Gestaltung oder bei einem Truppenbesuch können ganz unterschiedliche Fragen relevant sein, zum Beispiel:

- Chancen der beruflichen Weiterentwicklung bei der Bundeswehr,
- Frauen in der Bundeswehr (Erfahrungsberichte), ...
- Realität von Auslandseinsätzen (wer geht in den Einsatz, wer entscheidet über Einsätze, was bedeutet das konkret?)⁸.

In der Lehrerausgabe des Heftes wird darauf verwiesen, dass das Erreichen der Lernebene des „beurteilen, abwägen, Bereitschaft entwickeln“ leichter durch das eigene Erleben einer Bundeswehreinrichtung oder im Gespräch mit einem Jugendoffizier erreicht werden kann als ohne diese „Angebote“. Was mit „Bereitschaft entwickeln“ gemeint ist, ist klar: Es geht um die Bereitschaft, sich hinter die Bundeswehr zu stellen oder eine Verpflichtung zu den Streitkräften ins Auge zu fassen. Auf der Bundeswehrhomepage finden sich Berichte, wie ein Besuch von Schulklassen in Bw-Einrichtungen aussehen kann, dar-

unter ein Text über den Besuch von Mädchen einer 9. Klasse beim EloKa-Bataillon 932 (Elektronische Kampfführung) im hessischen Frankenberg unter der Überschrift: „Girls' Day 2006 - Soldat (w) gesucht“⁹. Zum „Girls' Day“ am 27. April 2006 öffnete die Bundeswehr an vielen Standorten ihre Tore. Schülerinnen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren waren eingeladen. Im Internet stellt die Bw das so dar: „Ich hätte nicht gedacht, dass die Leute hier so locker sind“ sagt Laura Schauberer (...). An etwa 20 Computerarbeitsplätzen sitzen Soldaten der Ausbildungskompanie und lernen die verschlüsselten Botschaften der Morsezeichen zu übersetzen. 'Das ist am Anfang schwierig, aber man kriegt das schnell hin', sagt der Gefreite Daniel Wittig tröstend zu Alessandra Rauch. Sie hat gerade die Kopfhörer abgenommen und zugegeben, sie habe 'nix' verstanden. 'Aber ich will ja auch zur Marine', sagt die 13-Jährige selbstbewusst.¹⁰ Wir lernen: die Bundeswehr bringt unter anderem auch die Emanzipation junger Frauen voran. Dies ist eine Linie, die auch Alice Schwarzer eingeschlagen hat. Die Bundeswehr hatte zum Girls Day alle Schulen der jeweiligen Region angeschrieben, in vielen Fällen bereits im Vorfeld mit Lehrern und Schülerinnen gesprochen und zeigte sich sehr zufrieden mit dem Erfolg. „So können wir wertvolle Kontakte zum Nachwuchs von Morgen knüpfen“, so ein Jugendoffizier.

2. Rolle und Aufgaben der Jugendoffiziere

In den meisten Bundesländern gibt es kultusministerielle Erlasse und Weisungen, welche die Einbindung von Jugendoffizieren in den Schulunterricht befürworten. Die Bundeswehr arbeitet bei ihren Auftritten in Schulen nach eigener Aussage eng mit der Lehrerschaft zusammen. Die Jugendoffiziere berichten: „In fast allen Betreuungsbereichen gestaltete sich dieses Miteinander vertrauensvoll, kooperativ und effektiv. Die Lehrer, mit denen die Jugendoffiziere in Kontakt stehen oder kommen, sind der Bundeswehr fast ausnahmslos positiv und offen gegenüber eingestellt. Dabei sind erfreulich viele jüngere Pädagoginnen und Pädagogen...“¹¹ Dennoch ist die Bundeswehr mit der Zahl der Einladungen von Jugendoffizieren an Schulen keineswegs zufrieden. Ein Bundeswehr-PR-Experte beklagt, dass die kultusministeriellen Empfehlungen den Lehrern als End-Entscheidern einen so großen Spielraum ließen, dass diese letztendlich selbst festlegen, in welchem Maß die Bundeswehr im Unterricht

behandelt und ob Jugendoffiziere hinzugezogen würden. Für die Zukunft wird angestrebt, dies verbindlicher zu regeln.¹²

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung für Pädagogen und Multiplikatoren bieten die Jugendoffiziere spezielle sicherheitspolitische Seminare an. So informieren sie z.B. Referendare bei mehrtägigen Fahrten nach Berlin, Brüssel oder Straßburg über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die Entwicklungen in der NATO sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In vielen Bundesländern werden diese Veranstaltungen von den Kultusministerien als Lehrerfortbildungseminare anerkannt. So kann der Jugendoffizier in Bad Salzungen (Thüringen) berichten: „Mittlerweile wurde erreicht, dass das Ministerium seine Schulämter ausdrücklich auf die Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren hinweist. Außerdem wurde erreicht, dass die Jugendoffiziere im Thüringer Institut für Lehrerweiterbildung nun als Dozenten aufgeführt und somit vom Ministerium und den Schulämtern anerkannte Weiterbildungen für Lehrer anbieten können.“¹³ Es werden also bereits Lehramtsanwärter „militärisch“ geschult; Offiziere der Bundeswehr unterrichten in Thüringen die künftigen Klassenlehrer aus den Fächergruppen Gemeinschaftskunde, Geschichte und Ethik.

Alle diese Aufgaben werden von den Jugendoffizieren ausgeführt. Obwohl die

Akzeptanz der Bundeswehr nach eigenen Aussagen höher denn je ist, verrichten heute knapp 100 hauptamtliche und weit über 300 nebenamtliche Jugendoffiziere ihren Dienst, der ganz oder teilweise darin besteht, die Jugendlichen von der Außen- und Sicherheitspolitik der BRD zu überzeugen. Allein im Jahr 2005 führten die Jugendoffiziere fast 8.000 Einsätze durch und erreichten knapp 181.000 Menschen. Mit über 160.000 erreichten Schülerinnen und Schülern liegt der Schwerpunkt eindeutig im schulischen Bereich. Im Vergleich zum Jahr 2004 stieg damit die Zahl der Einsätze um über 9,8 % an.¹⁴ Hinzu kommen noch zahlreiche Einsätze auf Großveranstaltungen. 2007 sind ca. 350 dieser Einsätze geplant¹⁵, auf Messen, Volksfesten, an Unis oder Berufsinformationszentren, unter anderem auf der Ostseemesse Rostock, dem NRW-Tag in Paderborn oder dem „Tag der Traumberufe“ in Potsdam. Von Düsseldorf aus steuern 24 hauptamtliche Mitarbeiter alle Einsätze der Bundeswehr auf Großveranstaltungen oder belebten Marktplätzen. Sie koordinieren die Trucks des „KarriereTreffs“ aber auch die jeweils acht Infomobile und Infotrucks sowie die acht Messestände der vier Zentren für Nachwuchsgewinnung, die rein personalwerblich ausgerichtet sind.¹⁶

Im „Handbuch der Jugendoffiziere“, herausgegeben von der Akademie für Information und Kommunikation (AIK), wird als Aufgabe beschrieben, dass Jugendoffiziere in „Kernfragen des militärischen Auftrages keine von den Vorgaben des Bundesministeriums für Verteidigung abweichenden Auffassungen“ vertreten dürfen. Das bedeutet also, dass sie dazu verpflichtet werden, immer streng die Position der Regierung und der Armee wiederzugeben und für sie zu werben. In der Arbeit der Jugendoffiziere geht es um Überzeugungsarbeit, nicht wie so oft betont um Dialog und Information. Diese sind eher Mittel zum Zweck.

Wer hauptamtlicher Jugendoffizier werden will, muss vom Notenschnitt im oberen Drittel seines Jahrgangs gewesen sein, über ein abgeschlossenes Universitätsstudium verfügen, eine Empfehlung der AIK vorweisen können, nach dem Studium ausreichend lang in der Truppe gedient haben und mindestens drei Jahre für diese Rolle zur Verfügung stehen. Alle Soldaten, die Jugendoffiziere werden sollen, absolvieren einen Intensivkurs. Dabei geht es um drei große Bereiche:

- Rhetorik – d. h. es werden Verhaltens- und Argumentationsweisen gelehrt
- Politische Bildung/Sicherheitspolitik

Ausbildung Studium

BIZ

Beratungsgespräche
mit dem Wehrdienstberater
beim Kreiswehrersatzamt Köln
über Laufbahnen und berufliche
Verwendungsmöglichkeiten
in der

Bundeswehr

25.01.2007	26.04.2007
01.03.2007	24.05.2007
29.03.2007	28.06.2007

jeweils ab 12.30 Uhr

im
Berufsinformationszentrum
der Agentur für Arbeit Köln
Luxemburger Str. 121
50939 Köln

ARMY GO RALS
AUS DEM ARBEITSMARKT

Bundesagentur für Arbeit
Agentur für Arbeit Köln

– d. h. inhaltliche Schulung zu strittigen Bundeswehrthemen

- Informationen über die Jugendlichen – d. h. Einstellungen der Jugendlichen, Verhaltensweisen, Interessen usw.

Das Jugendoffiziers-Motto bei ihren öffentlichen Auftritten lautet: „Radikale Gegner beeindrucken, Unentschlossene gewinnen, Befürworter positiv bestärken.“ Wenn sich ein radikaler Gegner dennoch hartnäckig weigert, beeindruckt zu sein, werden rhetorische Tricks aus dem Arsenal der „Psychologischen Kriegsführung“ angewandt (z.B. der „Kommunismusverdacht“). Leider ist dies aber derzeit relativ selten überhaupt nötig, die SchülerInnen hätten in der Mehrzahl eine positive oder neutrale Meinung zu den Streitkräften.¹⁷ Das war zum Beispiel in den 1980er Jahren einmal anders: „Die Reaktion auf den Jugendoffizier reichte (abgesehen von den wenigen positiven Ausnahmen) von Abwesenheit im Unterricht bis zu offener, verfassungsfeindlicher Antihaltung. Dazu einige Lehrerzitate, innerhalb von 8 Tagen Schulbesuch gesammelt: 'Sie sind ja nur hier, um zu agitieren', 'Der Einzelne ist bloßes Objekt des Staates, von Freiheit kann da keine Rede sein', 'Dieser Staat ist nicht verteidigungswürdig'.“¹⁸

Der Etat der Bundeswehr für Nachwuchswerbung und Öffentlichkeitsarbeit steigt stetig. Die Öffentlichkeitsarbeit unter Jugendlichen ist für die Bundeswehr mehr als Nachwuchsgewinnung, es geht auch um erzieherische Wirkung und um Imagepflege der Armee sowie um die Möglichkeit bei Bedarf auch kurzfristig deutlich mehr junge Menschen als Soldaten zu rekrutieren. Die Bundeswehr legt nach Außen großen Wert darauf, dass die Jugendoffiziere selbst nicht direkt in der Personalwerbung aktiv sind. „Sie (die Trennung von „Information“ und Rekrutierung, Anm. H.H.) wird von den Schulbehörden und den Schulen erbeten und erwartet. Vor allem in traditionell der Bundeswehr kritisch gegenüberstehenden Betreuungsbereichen ist es unerlässlich, sich abzusprechen und den entsprechenden Schulen zu garantieren, dass der Vortrag keine Nachwuchswerbung ist.“¹⁹ Diese Trennung wird in der Praxis allerdings kaum aufrecht erhalten. Die Jugendoffiziere sollen den Rekrutierern den Weg bereiten. Auch die Jugendoffiziere geben zu: „Prinzipiell ist die Zusammenarbeit mit der Wehrdienstberatung ... ausgezeichnet. So werden gemeinsame Auftritte vor Schulklassen genauso geplant und durchgeführt wie Besuchsfragen weitergeleitet werden, ... oder es werden Schulanschriften von beiden zusammen ausgestaltet und versandt.“²⁰

Neben ihrer einseitigen Informationsarbeit und der Werbung für den Soldatenberuf betätigen sich Jugendoffiziere auch als Marktforscher für die Bundeswehr. Ihre Ergebnisse und Daten werden im jährlichen Jugendoffiziersbericht zusammengefasst. Ein Ziel dieses Berichts ist die weitere Verbesserung des Werbekonzepts für die Bundeswehr durch noch bessere Anpassung an die Zielgruppe.

3. Wo die Daten hingehen... und wozu sie verwendet werden

AIK

Die Zentrale der Datensammlung und -verarbeitung der Bundeswehr befindet sich in Strausberg bei Berlin. Dort hat jetzt unter anderen die „Akademie für Information- und Kommunikation der Bundeswehr“ (AIK) ihren Sitz, die zuvor in Waldbröl bei Bonn stationiert war. Die AIK ist die Nachfolgeeinrichtung der „Akademie für Psychologische Verteidigung“ (PSV), die nach der Wiederbewaffnung Westdeutschlands mit tatkräftiger konzeptioneller und praktischer Unterstützung vormaliger NS-Propagandisten aufgebaut wurde.²¹

Die AIK hat seit 1990 ein Aufgabenfeld mit drei Kernfunktionen:

- Feststellen und Analysieren der Einstellung der Bürger zur Bundeswehr und darauf basierende Empfehlungen für die Informationsarbeit abzugeben.
- „Begegnungsstätte sicherheitspolitisch aktiver und interessierter“ Multiplikatoren.
- Aus-, Fort- und Weiterbildung des militärischen und zivilen Fachpersonals in Form von Lehrgängen (in erster Linie Presse- und Jugendoffiziere).²²

Neben der Ausbildung von Fachpersonal der Presse- und Informationsarbeit wird in der AIK also im Rahmen von Seminaren ein sicherheitspolitischer Dialog mit „interessierten Bürgern“ geführt. Gemeint sind so genannte Multiplikatoren. Angesprochen werden neben „führende(n) Vertreter(n)“ von „publizistischen Organen mit überregionaler Bedeutung“ auch „leitende Angehörige der Industrie und Wirtschaft“, „führende Vertreter der Arbeitnehmerverbände“, Juristen und Pädagogen des höheren Staatsdienstes, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestages, der Landtage und des Europäischen Parlaments, nach eigenen Aussagen mit wachsendem Erfolg.²³

Ziel dieser Propaganda-Apparate der Bundeswehr ist aktuell beispielsweise die Vorbereitung der Öffentlichkeit auf den Tod deutscher Soldaten „in größerer Zahl“. Die „Gesellschaft in Deutschland“, so der AIK-Kommandeur Oberst Rainer Senger,

müsse darauf „vorbereitet“ werden, dass Bundeswehrangehörige „in größerer Zahl sterben“ und „andere Menschen töten“.²⁴ Diese Stand-by-Propaganda soll unter den Medienvertretern Gewöhnung und Gleichgültigkeit hervorrufen.

Wie es auf einer Fachtagung hieß, basiert die „neue Informations- und Kommunikationsstrategie“ auf den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr. Darin wird bekanntlich behauptet, dass sich „Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen“ lasse und die Aufgabe des deutschen Militärs in der „Gestaltung des internationalen Umfelds in Übereinstimmung mit deutschen Interessen“ bestehe. Der „Bürger“ müsse verstehen, dass die Bundeswehr in Zukunft vermehrt „friedens-erzwingende, also intensive Maßnahmen“ im Ausland durchführen werde und „kein Technisches Hilfswerk in Fleckturn“ sei.²⁵

Eine Aufgabe der AIK ist auch die „Corporate Identity“ der Bundeswehr, also die Vermittlung eines positiven Bildes der Streitkräfte in den Medien. Die erste koordinierte Werbekampagne lief Ende der 1980er mit dem Slogan „Eine starke Truppe“ an. Die Kampagne sollte vor allem der Nachwuchswerbung dienen. „Im Rahmen dieser ersten systematischen Werbekampagne der Streitkräfte warben sie 1987 erstmals im Medium Fernsehen um Nachwuchs. Stark emotionalisierende Werbesequenzen, die mit der Anlehnung an die Schlusszene des damaligen Filmhits 'Top Gun' (amerikanischer Fliegerfilm) oder der Darstellung von Lagerfeuerromantik das 'besondere Abenteuer in der Bundeswehr' im Sinne einer 'Starken Truppe' vermitteln sollte.“²⁶ Unter dem Namen „Dachkonzept Informationsarbeit 2000“ wurde zwischen 1992 und 2000 mit großem finanziellen Aufwand versucht, die gesellschaftliche Akzeptanz der „neuen“ Bundeswehr in der Bevölkerung zu verbessern und zum anderen, die Institution als attraktiven und modernen Arbeitgeber darzustellen. Seitdem startet die Bundeswehr jährliche Werbekampagnen, z.B. die Kampagne „Wir sind da“.

OpInfo

Die Bundeswehr nimmt auf dargestellte Weise gezielt Einfluss auf Massenmedien wie das Fernsehen. Aus der ehemaligen PSV ist auch die „Truppe für Operative Information“ (OpInfo) hervorgegangen. Bezeichnenderweise trägt sie im NATO-Sprachgebrauch weiterhin die Bezeichnung „Psychological Operations“ (PSYOPS). Aus diesem Hause stammt auch der neue Sender „Bundeswehr Television“ (BwTv), der verschlüsselt per Satellit ausgestrahlt

wird, da den Streitkräften eine *direkte* mediale Einflussnahme auf die eigene Bevölkerung verboten ist.²⁷ BwTv wurde 2002 mit Hilfe der PR-Agentur Atkon AG aufgebaut. Wie die Recherchen von Steven Hutchings zum Dokumentarfilm „Die gelenkte Demokratie“ ergaben, wurde eine 100-prozentige Tochterfirma der Atkon AG, die Atkon TV Service GmbH, damit beauftragt, sendefertige Fernsehbeiträge an private und öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten abzugeben.²⁸

In Zusammenarbeit mit der OpInfo entstand auch die TV-Serie „Sonja wird eingezogen“, die 2006 auf RTL ausgestrahlt wurde. Die Moderatorin Sonja Zietlow segelte darin auf der Gorch Fock, sprang Fallschirm und robbte mit Scharfschützen und KSK-Soldaten durch den Schmutz. Der 50. Geburtstag der Bundeswehr war der willkommene Anlass, Schaffen und Wirken der Truppe einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und nebenbei um den dringend benötigten Nachwuchs zu werben. Natürlich spielten Tote und Verletzte so gut wie keine Rolle. Und Krieg ist schlimm, das wissen die Soldaten natürlich - und wurden nicht müde, es vor der Kamera zu wiederholen. Frieden dagegen ist gut. Den zu sichern sei für die Soldaten überhaupt das Wichtigste und darüber hinaus biete die Bundeswehr tolle Jobs und tolle Herausforderungen. Diese Botschaften sollten offenbar zeigen, wie aufgeklärt die Truppe ist. RTL hält sich zur Frage, wer „Sonja wird eingezogen“ finanziert, bedeckt. Weder das Produktionsbudget noch die Aufteilung unter den Kooperationspartnern werden genannt. Fest steht nur, dass die Bundeswehr das Gerät stellte.

In den USA ist die verzerrte Darstellung des Militärs in Filmen und im Fernsehen bereits Standard. Braucht ein Action-Filmer ein paar Panzer, Kampffjets oder vielleicht einen ganzen Flugzeugträger, muss er beim Militär vorstellig werden. Dort prüft man das Drehbuch und wenn es gefällt, dann wird das Kriegswerkzeug bereitgestellt. Wenn nicht, dann nicht. Hier steht uns in Deutschland wohl noch einiges bevor.

SoWi

Fast alle Forschungseinrichtungen, die für die mediale Propagandaaufarbeit des deutschen Militärs relevant sind, wurden mittlerweile in Strausberg konzentriert. Neben der AIK befindet sich hier das „Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr“ (SoWi), das der AIK mittels Meinungsumfragen die Ansatzpunkte für die gezielte Einflussarbeit an Bevölkerung und Truppe liefert.

Eines der Dauer-Forschungsprojekte heißt „Lagebild Jugend heute“. Dazu heißt es auf



der SoWi-Homepage deutlich: „In einem 'Lagebild' werden die vorherrschenden Einstellungen, Orientierungen und sonstigen Verhaltensgrundlagen der heranwachsenden Generation aus der Vielzahl vorhandener Informationsquellen zusammengeführt und für Bedarfsträger der Bundeswehr nutzbar gemacht. Als Anwenderbereiche sind die Aufgabenfelder Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung ins Auge gefasst. Der angestrebte Nutzen zielt auf die Verfügbarkeit entscheidungsrelevanter Informationen, mit denen Bedarfsträger zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr für die Jugend beitragen können.“²⁹ Besonderen Wert legen die Wissenschaftler des SoWi auf die Frage, wie Jugendliche am effektivsten zu einer Verpflichtung bei der Bundeswehr gebracht werden können. Die zentralen Forschungsfragen lauten hier: „Wie groß ist das Interesse Jugendlicher an einer beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr? Was spricht aus Sicht der Jugendlichen für eine Tätigkeit bei der Bundeswehr und was spricht dagegen? Welche Gelegenheiten zur Information über die Bundeswehr werden genutzt? Ziel ist, die Nachwuchswerbung und -gewinnung mit aktuellen Informationen versorgen zu können.“³⁰

4. Spezielle Lockangebote für arbeitslose Jugendliche

Die Ergebnisse oben genannter Studien sind wiederum Grundlage für die Erstellung von Werbematerialien und das Auftreten der Jugendoffiziere und „Wehrdienstberater“ zur Nachwuchsgewinnung. Anfang der 1990er steckte die Bundeswehr gewissermaßen in der Krise, was die Nachwuchswerbung betrifft. Die Umstrukturierung der Streitkräfte auf eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee³¹ und nicht zuletzt die verringerte Präsenz der Bundeswehr in der Fläche durch Aufgabe von Standorten führten zu einem für die Armee Besorgnis erregenden Rückgang der Zahl der Freiwilligen.³² Dies zwang die Nachwuchsgewinnungsorganisation mit der dazugehörigen Wehrdienstberatung ab 1994 zu neuen Wegen und Verfahren. Die Zeitschrift „Informationen für die Truppe“

zeigt sich begeistert: „Sie leiteten einen Wandel von der eher passiven Annahme zu einer Dienstleistungsorganisation ein, die sich aktiv um den Bewerber bemüht und von sich aus der Truppe verstärkt ihre Unterstützung anbietet. Dabei ist es der Wehrdienstberatung auch gelungen, ein neues, zukunftsweisendes Profil zu entwickeln.“³³ Seitdem setzt die Bundeswehr bei der Ansprache von Jugendlichen vor allen anderen Aspekten auf die „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ beim Bund. Dementsprechend liegt der Schwerpunkt der Agitation vor allem auf jugendlichen Arbeitslosen. Angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit von ca. 15% und mehreren Hunderttausenden Jugendlichen ohne einen Ausbildungsplatz ist dies nicht überraschend.

Nach Angaben der Bundeswehr wächst wegen der weit verbreiteten Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen ihre Bedeutung als staatlicher Ausbilder. „Immer stärker rückt die Frage zum 'Arbeitgeber Bundeswehr' in den Vordergrund; dies gilt vor allem für den Bereich der Haupt- und Realschulen.“³⁴ Allerdings geschieht dies bei den Jugendlichen keineswegs aus reiner Begeisterung für den Soldatenberuf, sondern vielmehr aus Alternativlosigkeit. Die zur Verfügung stehenden Ergebnisse des SoWi zeigen, so Jonna Schürkes in einer IMI-Analyse, dass ein großer Teil der Jugendlichen, die sich bei der Bundeswehr verpflichten, dies vor allem aus ökonomischen Gründen tut. Im Jahr 2003 konnten sich ca. 30% der männlichen Jugendlichen eine Verpflichtung bei der Bundeswehr vorstellen, wobei über die Hälfte davon dies nur „unter Umständen“ tun würde. Dies erklärt sich daraus, dass 30% angeben, sie würden sich verpflichten, da sie keine Möglichkeit sehen, einen anderen Ausbildungsplatz zu bekommen. Über 70% der Jugendlichen, die Interesse am Soldatenberuf haben, geben an, sie würden vor allem aufgrund der Arbeitsplatzsicherheit zur Bundeswehr gehen, fast 60% nennen die guten Einkommensmöglichkeiten als Grund.³⁵ Die Jugendoffiziere stellen deshalb mit großem Bedauern fest, dass bei der Entscheidung für die Bundeswehr weniger das „Berufsbild Soldat“ im Vordergrund stehe, sondern nur die Ausbildungs- und Berufschancen gesehen werden. Jugendoffiziere aus Dresden: „[Die] Bundeswehr als Arbeitgeber spielt in Sachsen, wo ca. 20 % Arbeitslosigkeit herrscht, natürlich eine Rolle. Viele verfolgen dabei aber das Motto 'weg von der Straße' oder 'Hauptsache Arbeit', ohne jedoch ernsthaft darüber nachzudenken, was es heißt, Soldat zu sein.“³⁶

Der Stern meldete im Juni 2005 unter dem Titel „Bundeswehr verzeichnet Zulauf

wegen Arbeitslosigkeit“, dass die Zahl der Bewerber kontinuierlich ansteigt.³⁷ Wie die Berliner Zeitung im Januar 2006 meldete, werde die Bundeswehr zu einer „Armee der Arbeitslosen“. ³⁸ Mehr als jeder Dritte einberufene Wehrpflichtige sei zuvor arbeitslos gemeldet gewesen. Ein Bw-Jugendoffizier hat mir gegenüber wörtlich gesagt: „Die rennen uns die Bude ein und wir können auswählen“.

Die Bewerber 2002 (jüngere Daten liegen nicht vor) kommen hauptsächlich von den Haupt- (ca. 40%) und von den Realschulen (ca. 50%), also von Schulen, deren Abgänger bei der Ausbildungsplatzvergabe besonders stark benachteiligt sind. Auch eine regionale Besonderheit ist festzustellen: Es verpflichten sich vor allem Jugendliche aus Ostdeutschland und zwar vor allem aus Gebieten mit extrem hoher Jugendarbeitslosigkeit.³⁹

Die Bundeswehr profitiert also nachweislich direkt von der hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem Ausbildungsplatzmangel. Sie wirbt dabei mit Slogans wie „Du suchst Zukunft? Wir bieten sie“ oder „Die Bundeswehr – jung dynamisch und effektiv – eines der größten Ausbildungsunternehmen Deutschlands“ oder „Berufsgarantie bei der Bundeswehr – Nutzen sie ihre Chance“.

Zwischen 3000 und 4000 Jugendliche pro Jahr werden bei der Bundeswehr in ca. 60 Berufen ausgebildet – das reicht vom Koch bis zum Fluggerätemechaniker, die Tendenz ist zurzeit steigend. Nimmt man andere Angebote der beruflichen Bildung wie Studium an den Bw-Unis oder Fortbildungen hinzu, kommt man auf eine Zahl von über 10.000 Jugendlichen jährlich. Auf die Angebote zum Studium werde ich an dieser Stelle nicht eingehen können. Nur soviel: Die Bw-Hochschulen in München und Hamburg sind von den allgemeinen Studiengebühren ausgenommen.

Die Bundeswehr brüstet sich damit, dass grundsätzlich jede Soldatin und jeder Soldat die Gelegenheit bekommt, sich während der Zeit bei der Bundeswehr beruflich zu qualifizieren. Die Ausbildung findet vor dem offiziellen Eintritt in die Bundeswehr statt und gestaltet sich als duales System, d. h. Ausbildung im „Betrieb Bundeswehr“ und Unterricht an der Berufsschule. Die Bundeswehr besitzt 34 Ausbildungswerkstätten sowie rund 350 Ausbildungsstätten der Streitkräfte und der Bundeswehrverwaltung. Die Ausbildung dauert zwischen 24 und 42 Monaten. Die Ausbildung endet mit einer Abschlussprüfung vor der zuständigen Kammer. Das Ausbildungsentgelt basiert auf dem Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes, das monatliche Ausbildungsent-



gelt beträgt derzeit für Auszubildende im Westen im ersten Ausbildungsjahr 617,34 Euro, im dritten Ausbildungsjahr 710,93 Euro und für Auszubildende im Osten, im ersten Ausbildungsjahr 571,04 Euro, im dritten Ausbildungsjahr 657,61 Euro.

Das alles klingt erstmal ziemlich attraktiv, vor allem für Jugendliche, denen quasi jede andere berufliche Perspektive verbaut wird. Natürlich ist die Bw weder im Ausland noch im Inland eine Wohltätigkeitsorganisation und so verwundert es nicht, dass die Bundeswehr im Gegenzug einiges von den Rekruten verlangt. Und da gibt es einige Pferdefüße in diesem so attraktiv klingenden Angebot.

Zunächst: Ausbildung gibt es natürlich nur als Soldat oder Soldatin, also nicht ohne Teilnahme an der kämpfenden Truppe. Jugendliche, die eine Ausbildung beim Bund beginnen, müssen sich für mindestens 8 Jahre als Soldat verpflichten, für einige Ausbildungsgänge sogar für 12 Jahre.

Entscheidend ist aber, dass sich alle Auszubildenden verpflichten, für mindestens ein Jahr in einen Auslandseinsatz zu gehen. Derzeit kommt fast keiner der Auszubildenden beim Bund um den Auslandseinsatz herum. Die Wahrscheinlichkeit, im Ausland stationiert zu werden, ist extrem hoch und steigt weiter an. Dann bleibt als Rekrut nur zu hoffen, dass man in einen vergleichsweise „sicheren“ Auslandseinsatz kommt und nicht z.B. nach Afghanistan. Wie bereits erwähnt, geht auch die Bundeswehr selbst davon aus, dass die Zahl der im Auslandseinsatz getöteten deutschen Soldaten in den kommenden Jahren drastisch steigen wird. Aber die Bilanz ist auch jetzt schon erschreckend: Bis heute sind offiziell 65 Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen, zahlreiche wurden dabei verletzt und die Bundeswehr klagt über immer mehr durch Auslandseinsätze traumatisierte Soldaten. Insgesamt wurden seit 1996 rund 1600 SoldatInnen nach Auslandseinsätzen wegen psychischen Störungen behandelt,⁴⁰ wesentlich mehr leiden an solchen Beschwerden, die bis hin zu Panik, völliger Hilflosigkeit und Selbsttötungen reichen.

Aber für die Zeitsoldaten im Auslandseinsatz gilt auch in den gefährlichsten Einsatzgebieten: mitgefangen – mitgefangen. Die Disziplin wird auch mit immenssem ökonomischem Druck aufrechterhalten: Steigt jemand frühzeitig aus, verliert er die Abfindung, die den Übergang ins Zivilleben nach der Bundeswehr gewährleisten soll, ebenso den Anspruch auf Berufsförderung zur Wiedereingliederung. Sogar die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden erst rückwirkend eingezahlt. Im Übrigen ist die Ausbildung bei der Bundeswehr oft genug im zivilen Leben nicht oder nur bedingt nutzbar.

All diese Nachteile sind aber den Jugendlichen entweder nicht vollständig bekannt oder aber sie nehmen sie notgedrungen als Mangel an beruflichen Alternativen hin.

Die Rekrutierungen nimmt die Bundeswehr im Übrigen nicht allein vor, sondern in enger Kooperation und mit erheblicher Unterstützung der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Auch die Agentur für Arbeit wirbt intensiv für die Bundeswehr: mit denselben Argumenten wie die Bundeswehr: angebliche Arbeitsplatzsicherheit, hohes Einkommen etc. Die Zusammenarbeit ist bundesweit durch eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), den Zentren für Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr, Wirtschaftsunternehmen und den Arbeitsagenturen geregelt. Ziel ist eine gemeinsame, wechselseitige Nachwuchsgewinnung und -sicherung zwischen Bundeswehr und freier Wirtschaft und die Förderung des Personalkreislaufes Wirtschaft-Bundeswehr-Wirtschaft.⁴¹

Immer wieder gibt es Veranstaltungen zur Anwerbung von - vor allem jugendlichen - Arbeitslosen, bzw. Schulabgängern, die gemeinsam vom Arbeitsamt und der Bundeswehr organisiert werden. Auf den Protest Bremer Arbeitsloser gegen die Anwerbung von Erwerbslosen für Auslandseinsätze im September 2001 reagierte der Vize-Chef des Arbeitsamtes mit Unverständnis. Die Bundeswehr sei eine ganz normale Firma, mit der man zusammenarbeite. Sowohl die Arbeitsagentur als auch die Bundeswehr freuen sich über die „hervorragende Zusammenarbeit“.⁴²

Neben der direkten „Anwerbung“ bieten die Agenturen Raum für Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr z.B. in Berufsinformationszentren. In einigen Städten ist dies bereits fest institutionalisiert: In Essen ist eine Außenstelle des Zentrums für Nachwuchsgewinnung der BW direkt in die Räumlichkeiten der Arbeitsagentur gezogen. Anstelle der flächendeckenden

Präsenz an Bundeswehrstandorten wurden insgesamt 205 solcher Außenberatungsbüros eingerichtet.⁴³ Diese werden der Bundeswehr in der Regel kostenlos von Kommunen und Gemeinden zur Verfügung gestellt.⁴⁴

Mittlerweile gibt es eine Reihe von Modellversuchen, mit dem Ziel, die Rekrutierung für die Bundeswehr durch die Arbeitsagenturen noch weiter zu verbessern. Das „Berliner Modell“ ist, wie das kurz zuvor entstandene „Schaumburger Modell“, Teil der erwähnten Rahmenvereinbarung. Die Agenturen werben Firmen an, die leicht über ihren Bedarf hinaus ausbilden, die Bundeswehr beteiligt sich mit 250 Euro monatlich an den Kosten und bekommt dafür die ausgebildeten Fachkräfte als Zeitsoldaten. Das bedeutet nichts anderes als „Outsourcing“ eines Teils der Ausbildung bei der Bundeswehr und dass sich die Bundeswehr im zivilen Leben hochwertig ausgebildeten Nachwuchs rekrutiert. Auf der Homepage der Bundeswehr (www.bundeswehr.de) wird für diese Kooperation intensiv geworben: „So ein guter Start ins berufliche Leben ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit. Entsprechend gelöst ist die Stimmung unter den Jugendlichen an diesem Tag. (...) Christoph Sieber (...) wusste schon genau, was er wollte: Systemkaufmann werden und danach auf jeden Fall zur Bundeswehr. Doch ein Ausbildungsplatz war nicht leicht zu finden - bis er durch einen Aushang in der Schule vom 'Berliner Modell' erfuhr. 'Das war einfach die ideale Kombination für mich. Wie ein Sechser im Lotto', sagt er freudestrahlend. 'Mit Zusatzzahl' fügt seine Mutter noch hinzu.“⁴⁵

Auch die größten privaten Jobvermittler im Internet kooperieren vielfältig mit der Bundeswehr. So sind z.B. bei www.lehrstellenfuchs.de die Angebote der Bundeswehr auf der Startseite prominent zu finden.

5. Ausblick: Zwangsverpflichtungen durch die Bundeswehr?

Die Sorge der Armee, angesichts einer steigenden Zahl eigener Opfer in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in den kommenden Jahren nicht mehr genug Auswahl an „Freiwilligen“ zu haben, nimmt dennoch zu. Deshalb erscheint es als logische Konsequenz, dass in nicht allzu ferner Zeit auch Zwangsrekrutierungen für die Armee Realität werden könnten. Der Druck, eine Ausbildungs-/Arbeitsstelle zu finden, wurde mit „Hartz IV“ zum Zwang. Heute werden bereits vor allem jugendliche Hartz IV-Empfänger dazu verpflichtet, jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen und so ist es an einigen „Arbeitsgemeinschaften“

(Arge), bereits üblich, arbeitslose Jugendliche im Rahmen so genannter Maßnahmen zur Teilnahme an Bundeswehr-Rekrutierungs-Veranstaltungen zu verpflichten. Warum sollte es in dieser Logik nicht auch bald zumutbar sein, Soldat zu werden und „Deutschland am Hindukusch“ oder sonst wo zu „verteidigen“? In den Think-Tanks der Generalität wird das seit Längerem gefordert⁴⁶ und die Idee hat längst auch die politische Ebene erreicht.

Die Verpflichtung von Arbeitslosen für die Bundeswehr wurde bereits Mitte 2005 vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) ins Spiel gebracht. Um Kosten zu sparen und neue Jobs für einen Teil der Arbeitslosen der Region zu schaffen, sollten Arbeitslose im Rahmen des Trainings der Bundeswehr für Auslandseinsätze als Komparsen eingesetzt werden.⁴⁷ Nach der gewaltigen medialen Aufregung um vermeintlich geplante Terroranschläge in Köln und Koblenz im Sommer 2006 machte ein anderer Sozialdemokrat, der Bundesminister für Verkehr Wolfgang Tiefensee, den Vorschlag, Arbeitslose in U-Bahnen und Zügen zur Terrorabwehr einzusetzen. Auch er stieß zwar zunächst noch auf Ablehnung, aber Verteidigungsminister Franz-Josef Jung sah seine Chance gekommen, vorzuschlagen, Hartz IV-Empfänger per Marschbefehl einzuziehen, in Uniformen zu stecken und im Rahmen der Bundeswehr einzusetzen.⁴⁸ Auch hier scheint nach dem Prinzip „Steter Tropfen höhlt den Stein“ gearbeitet zu werden. Fakt ist zumindest, dass die militaristischen Vordenker in Bundeswehr und Politik seit Längerem eine allgemeine Dienstpflicht durchsetzen wollen - das würde bedeuten, dass alle jungen Frauen und Männer einen Dienst ableisten müssten - bei der Bundeswehr oder in sozialen Pflichtdiensten.⁴⁹

Die Bundeswehr setzt also für die Zukunft auch darauf, durch sozialen, ökonomischen oder staatlichen Zwang Jugendliche in die Armee zu bringen. Antrieb ist hierbei wohl auch die Hoffnung, dass Soldaten, die sich aufgrund fehlender Alternativen oder direktem Zwang verpflichten, gefügiger sein könnten als jene, die freiwillig und nicht mit dem Gefühl der Alternativlosigkeit den Beruf des Soldaten wählen.

Wie Jonna Schürkes überzeugend analysiert, könnte der Trend zu einer „Armee der Arbeitslosen“ für die Bundeswehr auch zum Problem werden: „Obwohl die Bundeswehr von einem gewissen sozialen Druck abhängig ist, um genug Soldaten rekrutieren zu können, die auch 'bereit' sind, an Auslandseinsätzen teilzunehmen, fürchtet sie sich andererseits davor, nur noch Jugendliche aus sozial- und bildungsschwachen

Schichten rekrutieren zu können. In diesem Zusammenhang ist auch das Festhalten an der Wehrpflicht zu sehen.“⁵⁰ Es wird befürchtet, dass eine „Armee der Arbeitslosen“ sich als zunehmend unattraktiv für hoch qualifizierten (Offiziers-)Nachwuchs erweisen könnte. Die Beibehaltung der Wehrpflicht könnte der Bundeswehr zum einen helfen, das Image der Streitkräfte in der Öffentlichkeit positiv zu halten, zum anderen weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchsrekrutierung leisten. Derzeit werden 40% aller Zeit- oder Berufssoldaten während des Wehrdienstes angeworben.

6. Plädoyer für eine stärker antimilitaristische Friedensbewegung

Karl Liebknecht schrieb einmal: „Der Militarismus sucht den militärischen Geist in allen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere der Jugend zu erzeugen und zu fördern.“⁵¹ Wie brandaktuell doch die „Klassiker“ sind. Die militaristische Propaganda legt sich – unterstützt durch staatliche und privatwirtschaftliche Stellen – wie Mehltau über die Gesellschaft.

Die Bundeswehr knüpft mit ihrer Werbung um Jugendliche geschickt an den miesen Perspektiven der Jugendlichen an. Junge Leute, die schon lange vergeblich einen Ausbildungsplatz in ihrem Wunschberuf oder überhaupt einen Ausbildungsplatz suchen, erreichen wir nicht allein durch „moralische“ Argumente, indem wir erzählen, welcher Art die Institution ist, der sie sich anschließen wollen. Deshalb müssen zusätzlich die Informationen über die konkreten „Missstände“ in der Ausbildung bei der Armee agitatorisch genutzt werden. Dies gilt vor allem in Bezug auf die Tatsache, dass der „Job Soldat“ keineswegs so sicher ist, wie die Bundeswehr-PR behauptet, wenn man in Afghanistan seine Gesundheit oder gar sein Leben verliert. Vor allem brauchen wir z.B. eine Ausbildungsplatzumlage, die Betriebe, die nicht ausbilden, zur Kasse bittet, um allen Jugendlichen eine qualifizierte betriebliche Ausbildung zu schaffen, ohne auf eine Verpflichtung beim Bund angewiesen zu sein. Dies ist gleichzeitig eine wichtige Möglichkeit, der Armee das Wasser abzugraben, weil Jugendliche nicht mehr auf eine direkte oder indirekte Karriere beim Bund angewiesen wären. Kurz gesagt: Es geht um die Verknüpfung sozialer, gewerkschaftlicher und antimilitaristischer Kämpfe.

Das allein wird aber sicher nicht reichen: Es ist notwendig, dass sich die Friedensbewegung stärker als bisher mit der Bundeswehr und ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit beschäftigt. Es ist der Militarismus, der die Milliarden verschlingt, die neue Waffensy-

steme kosten und die z.B. für Bildung und Ausbildung fehlen. Es ist der Militarismus, der versucht, die öffentliche Meinung und den Wunsch der Menschen nach Frieden zu manipulieren und nicht zuletzt ist es der Militarismus, der die Gesundheit und das Leben Tausender junger Menschen in Gefahr bringt, indem es sie zum Kanonenfutter für die Interessen derselben Großkonzerne macht, die zugleich die größten Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzvernichter in diesem Land sind.

Die Menschen informieren, den reibungslosen Ablauf der Indoktrination durch die Bundeswehr stören, Jugendoffizieren kein Forum in Schulen bieten, kreative Aktionen vor Jobcentern, in denen die Bundeswehr Frischfleisch sucht... Friedensbewegung und Gewerkschaften müssen der militaristischen Propaganda der Bundeswehr in Schulen, Arbeitsämtern und der Öffentlichkeit entschlossener als bisher entgegen-treten.

Anmerkungen

¹ http://www.jugend-und-bildung.de/webcom/show_article.php/_c-16/_lkm-113/i.html

² http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/72/Arbeitsblatt_Atommaechte.pdf

³ http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/72/Arbeitsblatt_BW_Ausland.pdf

⁴ http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/72/Arbeitsblatt_Kongo.pdf

⁵ http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/72/Arbeitsblatt_Weissbuch.pdf

⁶ http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/134/FS_Schuelerheft.pdf

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ <http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/>

¹⁰ Ebd.

¹¹ BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 8. Der Bericht ist als PDF-Datei im Internet zu finden unter: http://www.bmv.de/portal/PA_1_0_LT/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26R-KJJB812INFODE/BMVg+-+Jahresbericht+Jugendoffiziere+2005.pdf?yw_repository=youatweb

¹² Cassens, Manfred; Die Informationsarbeit der Bundeswehr in erziehungswissenschaftlicher Perspektive. Informationsinhalte und deren didaktische Einbettung; Inauguraldissertation; Universität der Bundeswehr München 2006; S. 80.

¹³ BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 7f.

¹⁴ Ebd; S. 4.

¹⁵ Aktuelle Auflistung im Internet unter: www.bundeswehr-karriere.de

¹⁶ Y-Magazin der Bundeswehr; November 2006; S. 108.

¹⁷ BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 7.

¹⁸ Zitiert in der Doktorarbeit eines ehemaligen Jugendoffiziers: Cassens; Informationsarbeit der Bundeswehr in erziehungswissenschaftlicher Perspektive; Inauguraldissertation; Universität der Bundeswehr München 2006; S. 87.

¹⁹ BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 9.

²⁰ Ebd.; S. 10.

²¹ Zur Geschichte der AIK siehe: Hutchings, Steven; Gesteuerte Demokratie; Diplomarbeit an der Hochschule für Gestaltung, Offenbach am Main, 2006.

²² Cassens; Informationsarbeit der Bundeswehr in erziehungswissenschaftlicher Perspektive; Inauguraldissertation; Universität der Bundeswehr München 2006; S. 98.

²³ Informationsveranstaltungen des Heeres für zivile Führungskräfte 2006; www.zifkras.de.

²⁴ Interview mit Oberst Rainer Senger, Kommandeur der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation; www.bmv.de, 8.9.2005.

²⁵ Ebd.; Auszüge aus Interview und Kommentierung zuerst bei www.german-foreign-policy.com vom 18.9.05.

²⁶ Cassens; Informationsarbeit der Bundeswehr in erziehungswissenschaftlicher Perspektive; Inauguraldissertation; Universität der Bundeswehr München 2006; S. 91.

²⁷ Das Bundesverfassungsgericht entschied zwar 1977 grundsätzlich, dass auch Öffentlichkeitsarbeit staatlicher Institutionen legal ist, die Ausstrahlung eines frei empfangbaren TV-Kanals ist davon aber nicht gedeckt. Vgl. Cassens; Informationsarbeit.

²⁸ http://v2v.cc/v2v/Gesteuerte_Demokratie%3F

²⁹ <http://www.sowi.bundeswehr.de/portal/a/swinstbw>

³⁰ Ebd.

³¹ Zu den Entwicklungen seit 1990 siehe z.B.: Henken, Lühr; Von den Streitkräften zur Landesverteidigung zur „Armee im Einsatz“: Die Bundeswehr verlässt den Boden des Grundgesetzes; IMI-Analyse 2003/022.

³² Die Zahl der Freiwilligen war vor 1990 auch relativ gesehen höher, weil es zum einen als unwahrscheinlich galt, dass man als Rekrut tatsächlich einen Krieg erleben würde, zum anderen weil die Bundeswehrstandorte flächendeckend über die BRD verteilt waren und die Bundeswehr deshalb als „Berufsalternative“ bei Jugendlichen stärker präsent gehalten wurde.

³³ Ehlert, W. / Schmuhl, R.: Sympatisch und kompetent. In: Informationen für die Truppe (IfdT) 11 / 1998; S. 5.

³⁴ BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 13f.

³⁵ Schürkes, Jonna; Armee der Arbeitslosen. Sozialabbau als Rekrutierungshilfe der Bundeswehr; In: AUSDRUCK – das IMI-Magazin; Oktober 2006.

³⁶ BMVg; Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005; S. 14.

³⁷ Bundeswehr verzeichnet Zulauf wegen Arbeitslosigkeit, <http://shortnews.stern.de> vom 10.6.05.

³⁸ Bundeswehr wird zum Heer der

Arbeitslosen, Berliner Zeitung 03.01.06.

³⁹ Schürkes; Armee.

⁴⁰ Psychische Probleme bei Soldaten nehmen zu; Frankfurter Rundschau 17.10.2006.

⁴¹ Rahmenvereinbarung des BMVg mit Unternehmen der Wirtschaft über die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich beruflicher Qualifizierung und Beschäftigung vom 8. Juli 1999; http://bundeswehr-wirtschaft.de/bzbwwi/rav_bmvg.php

⁴² Schürkes; Armee.

⁴³ Cassens; Informationsarbeit; S. 109.

⁴⁴ <http://www.streitkraeftebasis.de/portal/a/streitkraeftebasis>

⁴⁵ www.bundeswehr.de

⁴⁶ Vgl. dazu: Sander, Ulrich; Endlich das Grundgesetz einhalten! Von der Reform der Bundeswehr zur Transformation des Staates; Referat auf dem 12. Friedenspolitischen Ratschlag, Kassel 3./4. Dezember 2005; <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/rat/2005/sander.html>

⁴⁷ Struck; Arbeitslose sollen bei großen Truppenübungen Bundeswehr unterstützen; <http://shortnews.stern.de> vom 8.6.05.

⁴⁸ Neuer Plan der Bundesregierung: Hartz-IV-Empfänger nach Afghanistan; Taz 29.8.06.

⁴⁹ Jung löst Debatte über Dienstpflicht aus; Frankfurter Rundschau 20.10.2005.

⁵⁰ Schürkes; Armee.

⁵¹ Liebknecht, Karl; Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung; Dietz Verlag; Berlin 1957.



Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen

von: Initiative Bundeswehr Wegtreten

U25 und Arbeitslos

Unter 25-Jährige Arbeitslose werden durch eine im Sommer letzten Jahres in Kraft getretene „Nachbesserung“ des Hartz IV Gesetzes massiv benachteiligt. Liegen keine schwerwiegenden Gründe für einen Auszug vor, sind sie verpflichtet, bei den Eltern wohnen zu bleiben. Sie werden mit ihren Eltern zusammen als Bedarfsgemeinschaft definiert und erhalten (wenn überhaupt) nur noch ein abgesenktes Arbeitslosengeld II von 276 (statt 345) Euro. Mit dieser Stallpflicht für junge Erwachsene besteht eine mehr als nur ökonomische Abhängigkeit vom Elternhaus. In einer zweiten Stufe des so genannten Fortentwicklungsgesetzes sind seit Anfang 2007 sogar noch weitere Beschneidungen rechtskräftig geworden. Arbeitslose U25 erhalten schon bei der ersten „Pflichtverletzung“, also z.B. dem Ausschlagen eines Ein-Euro-Jobs, einer anderen (Zwangs-)Maßnahme oder auch nur bei unzureichender Kooperation innerhalb des Profiling, für 3 Monate keinerlei Geldleistung mehr. Sachleistungen können noch gewährt werden. Die U25 unter den Hartz IV- EmpfängerInnen sind damit der schärfsten Sanktionierung zur Durchsetzung des Workfare-Prinzips ausgesetzt: „Nur wer arbeitet, soll auch essen.“ Vielerorts starteten ARGEn und Optionskommunen daraufhin eine „Vermittlungsoffensive“ für U25 mit der Zielsetzung, insbesondere junge Arbeitslose mit unattraktiven „Jobangeboten“ aus dem Leistungsbezug herauszudrängen. Wir beschreiben die aktuelle Regelung derart detailliert, um das Ausmaß der Entrechtung dieser jungen Erwachsenen und deren Schikanierung nachvollziehen zu können. Immerhin ist dies die zentrale Zielgruppe der offensiven Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr.

Rekrutierung am Arbeitsamt

Die Perspektivlosigkeit am Arbeitsmarkt und der zunehmende Druck für Erwerbslose, seit der mehrfach verschärften Hartz IV Gesetzgebung jeden noch so miesen Job und jede noch so unsinnige Maßnahme annehmen zu müssen, wird von der Bundeswehr dazu genutzt, um immer offensiver für den „Job“ der SoldatIn zu werben. Und deren ökonomische Argumente scheinen vielen Jugendlichen durchaus plausibel:

Eine KFz-Lehre verbunden mit insgesamt achtjähriger Dienstverpflichtung bei der Bundeswehr wird immerhin mit 1200 Euro netto entlohnt - vom ersten Monat an. Unerwähnt bleiben hingegen die Verpflichtung zum einjährigen Auslandseinsatz und die damit verbundenen Risiken und Probleme. Die Selbstdarstellung der Bundeswehr erwähnt auch die Belastung bei posttraumatischen Störungen nach Kampfeinsätzen mit keinem Wort. Eine kürzlich veröffentlichte Studie² ergab, dass bei gut einem Drittel der zwischen 2001 und 2005 aus Afghanistan und Irak zurückgekehrten US-Soldaten psychologische oder psycho-soziale Krankheiten diagnostiziert wurden. Beim größten Teil war die psychische Gesundheit nachhaltig gestört. Als besondere Risikogruppe haben die WissenschaftlerInnen die jüngsten SoldatInnen zwischen 18 und 24 Jahren ausgemacht. Im Beratungsgespräch ebenfalls unerwähnt bleiben das an Bedingungen geknüpfte Ausbildungsversprechen und die enormen Schwierigkeiten beim Versuch, vor Ablauf der Verpflichtungsdauer zu „kündigen“.

Die Bundeswehr versucht sich als ganz normaler Arbeitgeber zu präsentieren - mit Erfolg: Der Generalinspekteur der Bundeswehr Schneiderhan äußerte Ende letzten Jahres in der Zeitschrift Wehrtechnik (WT 4/06) zum aktuellen RekrutInnenanschub: „Die derzeitige Bewerberlage ist ausgesprochen erfreulich. Auch die Bedarfsdeckung gelingt uns überdurchschnittlich gut (...) Dessen ungeachtet ist die demografische Entwicklung zweifellos eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Der Rückgang des Potenzials an jungen Berufseinsteigern wird die Streitkräfte und die Bundeswehr insgesamt in einen herausfordernden Wettbewerb mit der Wirtschaft, aber auch mit Nachfragern aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes führen.“

Alarmierend dabei ist, dass die Kooperation zwischen Bundesagentur für Arbeit und Bundeswehr mancherorts noch enger ist, als dies die Ähnlichkeit der schneidigen Namensgebung von Vermittlungsoffensive einerseits und Rekrutierungsoffensive andererseits vermuten lässt: Im Rahmen unserer Arbeitsamtbesuche trafen wir auf vier junge Erwachsene, die über ihre U25-Maßnahme an der ARGE Köln verpflichtet waren, an

der Bundeswehr-Werbeveranstaltung am 25. Januar 2007 teilzunehmen. Die daraufhin in einem offenen Brief befragten externen Maßnahmeträger (die im Auftrag der ARGE Köln verwalten, ausbilden und beschäftigen) weisen diese Praxis weit von sich. Die Arbeitsagentur selbst hat entgegen ihrer vollmundigen Ankündigung nach nunmehr 5 Wochen immer noch nicht auf den Vorwurf reagiert.

Ein praktischer Ansatz: Bundeswehr-Wegtreten

Seit geraumer Zeit stiften AntimilitaristInnen (nicht nur) in Köln Unruhe bei öffentlichen Auftritten der Bundeswehr. Ihr Schwerpunkt sind die mittlerweile monatlich stattfindenden Werbe- und Beratungsveranstaltungen der Bundeswehr an den Arbeitsämtern. Zielsetzung der Initiative Bundeswehr-Wegtreten ist es, die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz verbunden mit ihrer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum zurückzudrängen und sie eben genau dort anzugreifen. Das Motto: Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen!

Angetreten war Bundeswehr-Wegtreten bereits zur 50-Jahrfeier der Bundeswehr im Herbst 2005. Ein öffentliches Gelöbnis mit abendlichem Zapfenstreich vor dem Kölner Dom sollte ein großes Spektakel werden. Hunderte von KriegsgegnerInnen hatten der Luftwaffe mit lautstarken Protesten einen Strich durch die Rechnung gemacht. AktivistInnen störten trotz hoher Sicherheitsvorkehrungen ausgerechnet vom Dom aus das Gelöbnis mit einem großen Banner in luftiger Höhe - die Aufschrift: „Wir geloben zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“. Am Domhotel prangte ein Transparent mit dem Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“. Die Bundeswehr war sichtlich empört und versuchte vier der AktivistInnen mit dem Vorwurf der Volksverhetzung zu kriminalisieren.

Die Angeklagten nutzten den gut besuchten Gerichtstermin im November 2006 unter anderem, um zur „Umgestaltung“ der wenige Tage später stattfindenden Werbeveranstaltung der Bundeswehr an der zentralen Arbeitsagentur in Köln einzuladen. Der offene Aufruf zu diesem Termin unter den rund 100 UnterstützerInnen schien dem Wehrdienstberater genügt zu haben, seine Veranstaltung komplett abzusagen. Diese Schlappe sollte sich nicht wiederholen und so fand der nächste Termin im Januar 2007 abgeschirmt durch bewaffnete Feldjäger im Berufsinformationszentrum der Arbeitsagentur statt.

Doch bevor es drinnen mit Werbeprospekten und Hochglanzperspektiven um

verantwortungsvolle Aufgaben in erlebnisreichen Arbeitsfeldern bei „anständiger“ Bezahlung ging, mussten sich die potenziellen RekrutInnen draußen der Musterung durch zahlreiche AntimilitaristInnen unterziehen. Ein Bewerbungs-Sofortbild posierend mit Knochen und Totenkopf vor einer Bergkulisse in Afghanistan sowie ein Fragebogen gehörten zum antimilitaristischen Vorab-Prozedere. Die KriegsgegnerInnen mussten sich damit begnügen, vor dem Saal mörderischen Lärm zu machen. Die Befragung der Feldjäger und der Leitung des Berufsinformationszentrums ergab, dass die Arbeitsagentur ihr Hausrecht für diese Veranstaltung nicht an die Bundeswehr abgetreten hat und dass es sich hierbei schon gar nicht um einen temporär deklarierten militärischen Bereich handelte, womit der Einsatz bewaffneter Bundeswehr im Inneren (der Arbeitsagentur) damit auf äußerst wackligen Füßen steht. Diese Provokation sorgte für Unmut bei mehreren MitarbeiterInnen der Arbeitsagentur und deren Personalratsvorsitzenden.

Ein offener Brief dazu (verteilt) an alle MitarbeiterInnen der Arbeitsagentur sollte zum nächsten Termin des Wehrdienstberaters am 1. März 2007 die interne Diskussion zünden. Aufhängt am Auftritt der Feldjäger und an dem Skandal, dass zumindest vier jugendliche Arbeitslose im Rahmen ihrer U25-Maßnahme der Arge verpflichtet wurden, am Januar-Termin der Bundeswehrwerbeshow teilzunehmen, waren die MitarbeiterInnen aufgefordert, den Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr generell ein Ende zu bereiten: „Trotz (und gerade in) größter Perspektivlosigkeit darf niemand animiert werden, als Zeitsoldat zum Bund und damit zum mittlerweile verpflichtenden Auslandseinsatz zu gehen.“ Doch bundeswehrkritische MitarbeiterInnen, die durchaus zahlreich vorhanden sind, haben kein leichtes Spiel, eine kritische Diskussion in Gang zu bringen. Leute, die 12 Jahre bei der Bundes-

wehr gedient haben und danach bevorzugt bei Bundesbehörden wie dem Arbeitsamt untergebracht werden, leisten mitunter starke Lobbyarbeit und sorgen für eine enge Kooperation zwischen Arbeitsagentur und Bundeswehr auch unterhalb der Führungsebene.

Am 1. März 2007 sollte die Werbeveranstaltung der Bundeswehr von innen gestört werden. Die Feldjäger (diesmal in zivil) konnten die Gruppe nicht an der Teilnahme und Umgestaltung der Veranstaltung hindern. Nach einstündiger, unnachgiebiger Befragung durch die KriegsgegnerInnen konnten die zur Verstärkung anwesenden Militärs ihre angespannte Souveränität nicht weiter aufrecht halten. Der Wehrdienstberater wurde von seinem Vorgesetzten abgelöst. Doch auch dieser konnte nicht mit zufriedenstellenden Antworten aufwarten.

Mittlerweile hat sich der Kreis der AktivistInnen auf andere Städte ausgedehnt. In Bielefeld griff eine Gruppe „aufrechter StörenfriedInnen“ am 6. März 2007 auf Methoden der Kommunikationsguerilla zurück - mit maximalem Erfolg, denn die Veranstaltung musste vorzeitig beendet werden. Eine Prozession, angeführt von Militärbischof Mixa gefolgt von einer stimmgewaltigen Generalin und ein paar SoldatInnen unbestimmten Ranges, die offenbar gerade eine Skelettgrube geplündert hatten, enternte die laufende Veranstaltung, übte das Salutieren, Marschieren im Stechschritt und dergleichen Unsinn mehr. Nachdem die Gruppe unter Singen und Segnen abgezogen war und der Wehrdienstberater sich neu sortiert hatte, brachten einige Leute aus dem Publikum arg themenfremde Wortmeldungen in die Veranstaltung ein. So behaupteten sie u.a. (singend), daß die Kreidezeit eigentlich eine ganz Schöne gewesen sei, dass es nur einen Rudi Völler gäbe ... Nachdem weitere Kleinstgruppen folgten, packte er entnervt seine Siebensachen und beendete die Veranstaltung.

Weitere Städte bereiten aktuell den Besuch solcher Werbeauftritte am Arbeitsamt vor. Die Termine der WehrdienstberaterInnen liegen/hängen öffentlich in den Berufsinformationszentren (BIZ) für das jeweilige Halbjahr aus und können unter <http://mil.bundeswehrkarriere.de> eingesehen werden.

Die Fokussierung der Rekrutierungsbemühungen auf des Arbeitsamt bedeutet jedoch keinesfalls deren Ausschließlichkeit: An Schulen ködern Jugendoffi-

ziere unvermindert frühzeitig Nachwuchs, u.a. für die Offizierslaufbahn inklusive Studium ohne Studiengebühren bei „anständigem“ Sold. Deswegen halten wir es für lohnend, die Interventionen auf Schulen auszuweiten. Das kann zum einen bedeuten, gemeinsam mit der SchülerInnenvertretung Proteste und direkte Aktionen beim Besuch durch den Wehrdienstberater zu organisieren. Hierzu gibt es eindrucksvolle Erfahrungen des Campus Antiwar Network in den USA. Zum anderen erscheinen uns (Schul-)Veranstaltungen mit Ehemaligen und Aussteigern des Kriegshandwerks als geeignete Möglichkeit. Aimee Allison, die im 2. Golfkrieg verweigerte: „Wir haben herausgefunden, dass die Veteranen die mächtigste Stimme gegen die Rekrutierung sind, die es gibt. Sie können aus ihrer Perspektive sehr glaubwürdig ihre Erfahrungen im Militär und Krieg darlegen...“³ Der US-Kriegsdienstverweigerer Agustín Aguayo, der am 6. März 2007 wegen „Desertion“ und „Verpassen der Verlegung der Einheit“ von einem US-Militärgericht in den Leighton-Barracks in Würzburg zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, wird voraussichtlich im Mai diesen Jahres entlassen werden. Der Münchner Oberstleutnant Jürgen Rose, der vor kurzem anlässlich des bevorstehenden Tornado Einsatzes in Afghanistan beantragte, von allen weiteren Aufträgen im Zusammenhang mit der Operation „Enduring Freedom“ entbunden zu werden, könnte ebenfalls ein interessanter Gesprächspartner für eine solche Veranstaltung sein. Darüberhinaus können sich Interessierte an den Arbeitskreis Darmstädter Signal wenden.

Ein Eingreifen in die derzeit offenbar gut geschmierte Rekrutierungsmaschinerie der Bundeswehr bedeutet mehr als das konkrete Abwerben einzelner potenzieller SoldatInnen. Es geht um das generelle Zurückdrängen einer Bundeswehr, die sich zunehmend unangegriffen im öffentlichen Raum zu Hause fühlen darf. Eine unwidersprochene Alltagspräsenz des Militärs spiegelt nicht nur sondern prägt auch gesamtgesellschaftliches Bewusstsein zugunsten einer fortschreitenden Militarisierung des Außen und Innen.

Anmerkungen

¹ Arbeitsminister Franz Müntefering, Die Zeit, 10.5.2006

² Bringing the War Back Home, Archives of Internal Medicine Vol 167 No. 5, 12.3.2007
Mental Health Disorders Among 103788 US Veterans Returning From Iraq and Afghanistan Seen at Department of Veterans Affairs Facilities

³ Counter Recruitment - graswurzelrevolution 316, Februar 2007



Neuer Kalter Krieg?

von Tobias Pflüger

Am Wochenende war die so genannte 43. „Sicherheitskonferenz“ in München. Der „Privatveranstalter“ Horst Teltchik lies mich trotz meiner Funktionen im Europäischen Parlament im Gegensatz zu Mandatsträgern aller anderen Parteien als Teilnehmer nicht zu. Wie mir erging es Mitgliedern der Linksfraktion im Bundestag. Von einem email-Account von BMW teilte mir Thomas Leeb mit, dass leider keine Kapazitäten mehr frei seien. Andere Personen wurden nach mir noch zugelassen. Die Konferenz wird gleichzeitig mit 850.000 Euro von der Bundesregierung gesponsert. Die Bundeswehr übt das Hausrecht im Bayrischen Hof, dem Tagungsort aus. Trotzdem soll es eine private Veranstaltung sein.

Die bayrische Polizei hat fast erfolgreich die Teilnahme von Teilnehmer/Innen aus Tübingen und Reutlingen an der Gegendemonstration verhindert. Mein Mitarbeiter und 6 andere wurden z.T. brutal unter Vorwänden festgenommen. Hier wurden Grundrechte außer Kraft gesetzt.

Vor der Konferenz meinte der Veranstalter Teltchik zu den Protesten gegen diese Konferenz: „Es ist die Tragik jeder Demokratie, dass bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf und dass man politisch Verantwortliche in einer Demokratie schützen muss. In Diktaturen würde so etwas nicht passieren.“

Nach diesem Demokratie-un-verständnis, bin ich froh, dass ich nicht an der Konferenz teilgenommen habe, stattdessen auf der Gegendemonstration mit über 8.000 Teilnehmern gesprochen habe. Allerdings habe ich dadurch einen historischen Auftritt verpasst, den des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Nach seiner Rede überschlugen sich die Kommentatoren: Der Grundtenor war: „Neuer Kalter Krieg“. Was hat Putin gesagt? Putin kritisierte den Anspruch auf Weltherrschaft des Westens insbesondere der USA. Er prangerte „doppelte Standards“ des Westens an. Es würde weltpolitisch immer mehr Gewalt angewandt: „Wir beobachten aber heute, dass Länder, in denen die Anwendung der Todesstrafe ... verboten ist, ungeachtet dessen an militärischen Aktionen teilnehmen, die schwer-

lich als legitim zu bezeichnen sind. Doch bei diesen Konflikten sterben Menschen - hunderte, tausende friedlicher Menschen.“ Er kritisierte die Verlagerung der Entscheidungen von Anwendung von militärischer Gewalt weg von der UN Richtung NATO oder EU. „Warum muss man jetzt, bei jedem beliebigen Vorkommnis, bombardieren und schießen?“

Putin kritisierte die Aushöhlung des Völkerrechts und internationaler Abrüstungsverträge durch westliche Staaten, die Militarisierung des Weltraums, das neue Raketenabwehrsystem, das die USA derzeit in Polen und Tschechien installieren, die NATO-Erweiterung und neue NATO-Militärbasen in Bulgarien und Rumänien. „Gegen wen richtet sich diese Erweiterung?“

Diese Rede Putins war kein Einläuten eines neuen kalten Krieges sondern - zutreffende - Kritik an der expansiven Politik des Westens. Hier hat Putin einfach Recht. Allerdings ist vieles von dem, was Putin am Westen sehr richtig kritisiert hat, in anderer Form auch zu kritisieren an der Politik Putins.

Die Kritik von Antikriegs- und Friedensbewegung geht weiter als die von Putin: Kein Staat hat das Recht, exzessiv Gewalt - insbesondere militärische anzuwenden. Die Kriege in Afghanistan und im Irak müssen z.B. durch den Abzug der Truppen beendet werden.

Die bayrische Polizei hat fast erfolgreich die Teilnahme von Teilnehmer/Innen aus Tübingen und Reutlingen an der Gegendemonstration verhindert. Mein Mitarbeiter und 6 andere wurden z.T. brutal unter Vorwänden festgenommen. Hier wurden Grundrechte ausser Kraft gesetzt.

Vor der Konferenz meinte der Veranstalter Teltchik zu den Protesten gegen diese Konferenz: „Es ist die Tragik jeder Demokratie, dass bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf und dass man politisch Verantwortliche in einer Demokratie schützen muss. In Diktaturen würde so etwas nicht passieren.“

Nach diesem Demokratie-un-verständnis, bin ich froh, dass ich nicht an der Konferenz teilgenommen habe, stattdessen auf der Gegendemonstration mit über 8.000

Teilnehmern gesprochen habe. Allerdings habe ich dadurch einen historischen Auftritt verpasst, den des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Nach seiner Rede überschlugen sich die Kommentatoren: Der Grundtenor war: „Neuer Kalter Krieg“. Was hat Putin gesagt? Putin kritisierte den Anspruch auf Weltherrschaft des Westens insbesondere der USA. Er prangerte „doppelte Standards“ des Westens an. Es würde weltpolitisch immer mehr Gewalt angewandt: „Wir beobachten aber heute, dass Länder, in denen die Anwendung der Todesstrafe ... verboten ist, ungeachtet dessen an militärischen Aktionen teilnehmen, die schwerlich als legitim zu bezeichnen sind. Doch bei diesen Konflikten sterben Menschen - hunderte, tausende friedlicher Menschen.“ Er kritisierte die Verlagerung der Entscheidungen von Anwendung von militärischer Gewalt weg von der UN Richtung NATO oder EU. „Warum muss man jetzt, bei jedem beliebigen Vorkommnis, bombardieren und schießen?“

Putin kritisierte die Aushöhlung des Völkerrechts und internationaler Abrüstungsverträge durch westliche Staaten, die Militarisierung des Weltraums, das neue Raketenabwehrsystem, das die USA derzeit in Polen und Tschechien installieren, die NATO-Erweiterung und neue NATO-Militärbasen in Bulgarien und Rumänien. „Gegen wen richtet sich diese Erweiterung?“

Diese Rede Putins war kein Einläuten eines neuen kalten Krieges sondern - zutreffende - Kritik an der expansiven Politik des Westens. Hier hat Putin einfach Recht. Allerdings ist vieles von dem, was Putin am Westen sehr richtig kritisiert hat, in anderer Form auch zu kritisieren an der Politik Putins.

Die Kritik von Antikriegs- und Friedensbewegung geht weiter als die von Putin: Kein Staat hat das Recht, exzessiv Gewalt - insbesondere militärische anzuwenden. Die Kriege in Afghanistan und im Irak müssen z.B. durch den Abzug der Truppen beendet werden.



Foto: Antje Wildgrube

Libanon: Von der Gefahr, soziale Konflikte zu konfessionalisieren

von André Bank und Christoph Marischka

Auf dem Weg in den Bürgerkrieg?

Eine Koalition aus Hisbollah und der christlichen Aoun-Allianz versucht, im Libanon die Regierung zu stürzen. Die Hisbollah fordert Neuwahlen, da sie über keine Sperrminorität verfügt und wegen der Anwesenheit der UN-Truppen im Land Angst hat, entwapnet zu werden. Die Aoun-Allianz hingegen hat zwar bei den Wahlen gut abgeschnitten, ist aber nicht in der Regierung vertreten. Die Hisbollah hat am 1. Dezember 2006 zu Protesten aufgerufen, aus denen ein Protestcamp vor dem Regierungssitz wurde, das bis heute existiert und in dem viele der arbeitslosen Jugendlichen aus den Beiruter Vorstädten einen Zeitvertreib bzw. die Möglichkeit gefunden haben, Unmut über die Regierung zu äußern. Im Vorfeld zur internationalen Geberkonferenz Paris III Ende Januar verabschiedete der Premierminister (und frühere Finanzminister) Siniora ein Privatisierungs- und Steuererhöhungsprogramm, um die internationale Zusammenarbeit zu gewährleisten. Daraufhin wurden auch die Gewerkschaften aktiv, veranstalteten ebenfalls Sit-Ins und regelmäßige Demonstrationen.

Am 24. Januar riefen beide Oppositionsgruppen, unterstützt von Gewerkschaftsverbänden, zu einem landesweiten Generalstreik auf, der tatsächlich das Land weit gehend lahm legte.¹ Zwar griffen die Sicherheitskräfte nur bedacht ein, dennoch kam es bei Zusammenstößen zwischen Regierungsanhängern und Streikenden zu mindestens sieben Todesfällen und über zweihundert Verletzten. Hisbollah und Aoun-Allianz riefen daraufhin ihre Anhänger erstaunlich effektiv dazu auf, sich zurückzuziehen. Die Angst vor einem neuen Bürgerkrieg sitzt offensichtlich noch tief. Seit dem hat sich die Lage eher beruhigt, beide Seiten bieten den Dialog an und hoffen auf Vermittlung von außen.

Ansonsten ist es gerade die politische Großwetterlage, die den Konflikt im Libanon so brisant macht.

Komplexe Konstellationen

Die libanesische Regierung wirft der Opposition vor, sie wolle ein Verfahren des

Internationalen Tribunals zum Attentat auf den früheren Premier Rafiq al-Hariri verhindern. Der Anschlag vom 14. Februar 2005 wird allgemein Syrien zugeschrieben, bzw. es wird eine Verwicklung der syrischen Regierung sowie pro-syrischer Kräfte im Libanon angenommen. Diese Anschuldigungen erhob auch der erste UN-Sonderermittler, der deutsche Anwalt Detlev Mehlis, seit Beginn seiner Ermittlungen, ohne je stichhaltige Beweise liefern zu können. Das diskreditierte ihn zunehmend und er gab das Amt zu Beginn 2006 („aus persönlichen Gründen“) an den Belgier Serge Brammertz ab.

Der Anschlag war es auch, der weite Teile der Bevölkerung vollends gegen Syrien aufbrachte und es der heutigen Regierung ermöglichte, ein starkes Bündnis mit großem Rückhalt zu schmieden, das den Rückzug der syrischen Streitkräfte bis April desselben Jahres erzwang und die Neuwahlen im Mai/Juni 2005 zu gewinnen. Für die Hisbollah war dies eine herbe Niederlage.

Den Krieg, den sie am 11. Juli 2006 mit der Entführung zweier israelischer Soldaten vom Zaun brach, auf den sich Israel willfährig einließ und den es mit unangemessener Härte gegen den ganzen Libanon führte, stärkte sie hingegen ungemein. Und dies nicht nur im Libanon selbst, sondern auch in weiten Teilen der arabischen Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten. Während die Regierung Siniora keine Möglichkeiten hatte, außer sich mit hilflosen Appellen an die internationalen Verbündeten und die UN zu richten, leistete die Hisbollah gegen die durchaus als Feind geltenden israelischen Truppen einen als heroisch wahrgenommenen Widerstand, der es Israel unmöglich werden ließ, von einem erfolgreichen Feldzug zu sprechen. Der Krieg wurde im Libanon wie in weiten Teilen der Region als Teil des US-amerikanischen Projektes zur Umgestaltung des Nahen und Mittleren Ostens interpretiert. Die Regierung, die zuvor das seit dem Ta'if-Abkommen von 1989 als „Schutzmacht“ fungierende Syrien aus dem Land jagte, die ein internationales (und dank des Mehlis-Berichts als voreingenommen geltendes) Tribunal mit der Untersuchung

des Hariri-Mordes beauftragen will und tatenlos zusehen muss, wie die Verbündeten ihrer Verbündeten das Land bombardieren, wurde zunehmend als pro-westlich und gegen das eigene Volk arbeitend angesehen. In dieses Bild passte dann auch das neue UN-Mandat für die aufgestockten und zunehmend als parteiisch geltenden UNIFIL-Truppen, nun mit robustem Auftrag, Waffenlieferungen an die Hisbollah zu unterbinden.

Die militärisch geschwächte, aber politisch gestärkte Hisbollah befürchtet nun, dies könnte langfristig zu ihrer Entwaffnung führen.^{2w} Offiziell gilt sie als einzige seit dem Bürgerkriegsende 1990 bewaffnete Miliz, auch wenn etwa die christlichen Falangisten um Samir Geagea ihrerseits auch aktuell immer wieder mit den Säbeln rasseln. Zwar ist unwahrscheinlich, dass die Regierung der Entwaffnung je zustimmen würde (formal müsste sie sogar den UN-Truppen den entsprechenden Auftrag erteilen) doch um dies mit Sicherheit auszuschließen, will die Hisbollah nun Neuwahlen und durch diese zumindest eine Sperrminorität erreichen, um ein entsprechendes Votum zu verhindern.³

Stilisierung als Stellvertreterkrieg

Schon der Krieg Israels gegen Libanon im Juli/August 2006 wurde als Nebenschauplatz und Vorläufer des Konflikts zwischen den USA und Iran interpretiert. Zweifellos lieferten Iran und Syrien Waffen an die Hisbollah. Auf der anderen Seite zitierte die Washington Post bereits im April 2006 einen Pentagonberater, der die Hisbollah als Verbündeten des Iran und damit Hindernis für den geplanten Angriffskrieg der USA beschreibt. Während des Krieges zwischen Israel und Libanon machte die US-Administration klar, dass eine nachhaltige Vernichtung oder Schwächung der Hisbollah durchaus in ihrem Sinne wäre.⁴ Nach dem Krieg stellte der US-amerikanische Journalist Seymour Hersh im Magazin „The New Yorker“ prominent die These auf, bei dem Libanon-Krieg hätte es sich in enger Abstimmung mit den USA um einen Vor- und Testlauf für den Krieg gegen Iran gehandelt.⁵

Dadurch wird der gegenwärtige Konflikt, der in erster Linie innenpolitischer Natur ist - wie schon der „Sommerkrieg“ 2006 - von Beobachtern und Politikern als eine Art Stellvertreterkrieg zwischen den USA auf der einen und Iran auf der anderen Seite gesehen. Das für internationale Konflikte typische Freund-Feind-Denken verstellt somit den Blick für die komplexen Interessenlagen der vielfältigen libanesischen Akteure und vermengt diese in



Zerstörungen in Beirut, Foto: UN/ Mark Garten

unangebrachter Weise: Wer aktuell gegen die Regierung agitiert, wird automatisch in die Nähe der Hisbollah gerückt und als pro-syrisch eingeordnet, während die Regierung zunehmend in der Rolle eines Stellvertreters westlicher Interessen wahrgenommen wird, was ihre Legitimität auch bei gemäßigten Kräften untergräbt. Noch schlimmer sind jedoch die - analog zu ethnischen Kategorien funktionierenden - konfessionellen Zuordnungen, die damit einhergehen. So werden die Regierungsgegner oft pauschal in das schiitische Lager eingeordnet, die Regierung - trotz der Beteiligung maronitischer Christen und der Druzen um Walid Junblatt - als Sunniten. Da die USA wie insgesamt die „internationale Gemeinschaft“ gegenwärtig besser mit sunnitisch geprägten Regimen (vor allem Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien) kooperieren, während sie dem „schiitischen“ Iran mit Krieg drohen, werden zunehmend Sunniten als Verbündete und Schiiten als Feinde und Terroristen behandelt. In diesem Zuge werden auch Hamas und die syrische Regierung „schiitisiert“. In diesem Zusammenhang taucht immer wieder das kulturalistische und hier vor allem konfessionalisierende Bild des „schiitischen Halbmondes“ auf, der sich - je nach Interpretation - von Libanon über Syrien, den Irak und den Iran bisweilen bis nach Pakistan und Indien erstreckt.⁶ Besonders auf den Iran wird in diesem Szenario - quasi als „pan-schiitische Zentrale“ - das Hauptaugenmerk gerichtet, gegen den sich die USA und ihre Verbündeten zu engagieren hätten.

Klassen und Konfessionen

Die Wahrheit sieht natürlich anders aus. Die libanesisch Hisbollah ist keineswegs vom Iran aus ferngesteuert und hat in ihrer Geschichte schon heftige Konflikte sowohl mit der Regierung in Teheran als auch in Damaskus ausgetragen.⁷ Ebenso handeln Israel und die USA nur bedingt

in Abstimmung auf einander. Es ist auch nicht richtig, dass sich die Hisbollah als Stellvertreter Syriens einer internationalen Untersuchung des Hariri-Attentats komplett verweigern würde. Ihre Vertreter in der Regierung traten im November 2006 lediglich zurück, da sie mehr Zeit zur Prüfung des Statuts des internationalen Tribunals und ein Festhalten am ansonsten üblichen Konsensprinzip in der per Verfassung grundsätzlich multiethnischen Regierung forderten. Derzeit wichtigster (innenpolitischer) Verbündeter der Hisbollah ist die während der Anwesenheit syrischer Truppen verfolgte Allianz des Generals Aoun, eines christlichen Milizenführers, der erst im Mai 2005 aus dem französischen Exil zurückkehrte. Noch im März 2006 fanden konstruktive Gespräche zwischen allen beteiligten Parteien statt, in denen sie sich auf die Forderung nach der Entwaffnung der palästinensischen Milizen und dem Rückzug Israels von den Shebaa-Farmen einigen konnten.

Der Libanon hat eine lange und - abgesehen vom Bürgerkrieg 1975-90 - weitgehend friedlich-kooperative Tradition des Zusammenlebens verschiedener kultureller, religiöser und konfessioneller Gruppen, die per Verfassung gemeinsam eine Regierung bilden und Entscheidungen zuletzt per Abmachung im Konsens trafen. Die gemeinsame Opposition von pro-syrischer Hisbollah und anti-syrischer Aoun-Allianz, die sich beide in der Regierung unzureichend repräsentiert fühlen, weist auf den innenpolitischen Charakter dieses Konfliktes hin, ebenso die Aktionsformen (weitgehend friedliche Demonstrationen, Sit-Ins, ein Protestcamp, zuletzt der Generalstreik). Internationale Beobachter tendieren jedoch dazu, die innerlibanesischen Auseinandersetzungen zu konfessionalisieren und der Konflikt zwischen USA und Iran sorgt dafür, dass die Risse tatsächlich tiefer werden: Der Iran unterstützt die Hisbollah, die USA und UN die Regierung im Gegenzug zu einem härteren Kurs gegen Hisbollah und Syrien. Vor einem guten halben Jahr wurde das Land bombardiert. Die Bevölkerung befürchtet zunehmend den Kontrollverlust an internationale Akteure. Da die Souveränitätsabgabe parallel zu Liberalisierungsprogrammen verläuft, lässt

sie sich von der sozialrevolutionären Rhetorik der Opposition zunehmend einnehmen: Die bürgerliche Regierung gegen die (schiitischen) Subalterne.⁸ Die Demonstrationen der Gewerkschaftsbewegung blieben von den bislang geschilderten politischen Konflikten zunächst getrennt und deshalb eher marginal. Mit entschlossener Unterstützung der Hisbollah wären sie beeindruckend geworden. Die Ausrufung eines „Generalstreiks“ als traditionellem Mittel der ArbeiterInnenbewegung, könnte diesbezüglich ein Umdenken der Hisbollah andeuten. Das gestiegene Gewaltpotential in der internationalen Politik wie vor allem im regionalen Umfeld des Nahen Ostens (Irak, Israel-Palästina), die vielfältigen Formen externer Intervention und die de facto Durchsetzung „teilbarer“ staatlicher Souveränität drohen auch im Libanon, soziale Konflikte zu konfessionalisieren, ethnisieren und somit zu eskalieren.

Anmerkungen

¹ Quilty, Jim 2007: Winter of Lebanon's Discontents, Middle East Report Online, <http://www.merip.org/mero/mero012607.html>

² Dingel, Eva 2007: Libanon - Dramatische Zuspitzung der Regierungskrise, SWP-Aktuell 7, Februar 2007, http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3720

³ Saad-Ghorayeb, Amal / Ottaway, Marina 2007: Hizbollah and Its Changing Identities, Carnegie Endowment for International Peace, http://www.carnegieendowment.org/files/ottaway_ghorayeb_final.pdf

⁴ Wagner, Jürgen 2006: Kongo und Iran: Prototypen deutscher Kriegseinsätze, IMI-Standpunkt 2006/068.

⁵ Hersh, Seymour 2006: Watching Lebanon - Washington's interests in Israel's war, in: The New Yorker, 21.08.2006.

⁶ Nasr, Vali 2006: The Shia Revival - How Conflicts Within Islam Will Shape the Future, New York: Norton.

⁷ Ibrahim, Ferhad: Iran und die arabische Welt, in: APuZ 9/2004.

⁸ Diese Sichtweise, wird z.B. in der jungen Welt vom 24.1. vertreten: „Im Gegensatz zu den Darstellungen vieler westlicher Medien definiert sich die politische Zugehörigkeit nicht über ethnische oder religiöse Gruppen, sondern überwiegend über die Klassen. Denn sowohl Sinioras Regierungskoalition als auch die Opposition umfasst muslimische, christliche und drusische Parteien. Allerdings mit dem Unterschied, daß auf Regierungsseite die alte christliche und sunnitische Oberschicht des Landes vertreten ist, während sich die Opposition hauptsächlich aus Parteien der Arbeiterschaft zusammensetzt, aus Schiiten. So wird der von Hisbollah-Chef Hassan Nasralla ausgerufene Generalstreik von den libanesischen Gewerkschaften unterstützt, während die Verbände der libanesischen Banken und Industriellen sich hinter den Aufruf von Ministerpräsident Siniora gestellt haben, den Generalstreik zu ignorieren.“

„Das wäre ein großartiger Beitrag“

Deutschlands Tornado-Einsatz in Afghanistan

von Jürgen Wagner

Ursprünglich plante die Bundesregierung die Verlegung deutscher Tornado-Aufklärungsflugzeuge, die insbesondere zur Unterstützung von Kampfeinsätzen im schwer umkämpften Süden Afghanistans dienen sollen, ganz ohne Parlamentsbeschluss durchzuführen. Nachdem sie aber selbst aus den eigenen Reihen starken Gegenwind erhielt, ruderte sie zurück und räumte dem Bundestag die Möglichkeit ein, den ohnehin gefällten Beschluss wenigstens formal abzunicken. Während das Bundeskabinett den Einsatz am 7. Februar beschlossen hatte, war also am 9. März der Bundestag an der Reihe, die Entsendung der Tornados durchzuwinken. Allerdings verlief die ganze Angelegenheit keineswegs so reibungslos, wie sich das die Bundesregierung vorgestellt hatte: immerhin 157 Parlamentarier, davon allein 69 aus der SPD und fünf aus der Union, lehnten den Antrag ab - mit gutem Grund, wie hier dargelegt werden soll.

Geht es nach den Plänen der Bundesregierung, sollen bis Mitte April sechs mit Kamerasystemen zur Luftaufklärung ausgestattete „Rece-Tornados“ an den Hindukusch geschickt und in Mazar-i-Scharif stationiert werden, ihr Einsatzgebiet umfasst aber das ganze Land. Zudem sollen im Rahmen des €35 Mio teuren Einsatzes zusätzlich bis zu 500 weitere Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan entsandt werden können. Hierdurch wird aber die vom Bundestag Ende letzten Jahres auf 3000 Bundeswehrsoldaten festgesetzte Obergrenze für den ISAF-Einsatz in Afghanistan überschritten. Da gegenwärtig (Stand 24. Januar) dieses Kontingent mit 2916 Mann nahezu vollständig ausgeschöpft ist, war schon allein deshalb ein neues Mandat erforderlich.

Das eigentlich Problematische dabei ist aber, dass Deutschland hiermit endgültig und dauerhaft in den amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ eingebunden wird und sich somit zum Komplizen des US-Amoklaufs macht. Hierbei handelt es sich um den Schritt über den Rubikon, denn bislang hält sich Deutschland - abgesehen von Einsätzen des Kommando Spezialkräfte - zumindest offiziell aus dem US-Einsatz zur „Terrorbekämpfung“ in Afghanistan heraus, der zumindest auf dem Papier strikt vom ISAF-Mandat der NATO getrennt ist.

OEF und ISAF - Zwei Truppen, derselbe Krieg

In Afghanistan operieren derzeit zwei unterschiedliche Kriegseinsätze neben- und zunehmend auch miteinander: einmal die US-geführte Operation Enduring Freedom (OEF) im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“, auf der anderen Seite die ISAF-Mission der NATO, die sich im Gegensatz zur OEF gern als „Friedenseinsatz“ und „Stabilisierungsmission“, eine Art „bewaffnete Sozialarbeit“ zur Entwicklungshilfe tarnt. So äußerte sich etwa der CDU-Abgeordnete Ruprecht Polenz während der Bundestags-Debatte am 19. Januar: „Wir führen in Afghanistan keinen Krieg, sondern wir sind von der afghanischen Regierung eingeladen worden und arbeiten auf der Basis eines UN-Mandates.“ Dabei handelt es sich allerdings um pure Rhetorik, wie SPD-Fraktionschef Peter Struck verdeutlicht: „Es ist ohnehin ein Kampfeinsatz.“ Aus diesem Grund stelle sich die Frage, ob die Entsendung der Tornados eine neue Qualität darstelle, überhaupt nicht: „Wir sind in Afghanistan, um die Regierung Karsai im Kampf gegen die Taliban zu unterstützen.“ Dies erfordere auch den Schutz von Nato-Soldaten vor Taliban-Angriffen - „auch mit deutscher Luftaufklärung.“ (tagesschau.de 2.7.2007)

Allerdings betont die Bundesregierung weiterhin: „die operative und die Mandatstrennung zwischen ISAF und OEF bestehen unverändert fort.“ (Drucksache 16/2380) Angesichts der Realitäten vor Ort, dürfte diese Aussage aber wohl eher ein Lippenbekenntnis darstellen. Denn während die „Terrorismusbekämpfung“ offiziell ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der OEF fällt, schließt das ISAF-Mandat „Aufstandsbekämpfung“ explizit ein. „Wir waren dort nie neutral. Wir haben uns auch im Isaf-Mandat über das Ausmaß des Brunnenbauens hinaus engagiert. Dieses Mandat umfasst explizit die Bekämpfung von Aufständischen“, erklärt der CDU-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg. (Spiegel Online, 31.1.07) Nachdem aber die NATO ihre Zuständigkeit, die anfangs noch strikt auf Kabul begrenzt war, bis zum Herbst 2006

sukzessive auf das ganze Land ausgedehnt hat, verwischt die Trennung beider Einsätze bis zur Unkenntlichkeit. Dies trifft vor allem für den umkämpften Süden zu, wo „Aufständische“ von „Terroristen“ schlicht nicht zu unterscheiden sind und sowohl OEF als ISAF in immer heftigere Kampfhandlungen verstrickt werden.

Deutschland als Komplize von Washingtons „Krieg gegen den Terror“

Im Wesentlichen entbrannte die Debatte um die Entsendung der Tornados darüber, ob die gesammelten Aufklärungsdaten, auf deren Grundlage anschließende Bombardements erfolgen werden, ausschließlich der NATO-ISAF-Mission oder eben auch der OEF zur Verfügung gestellt werden und inwieweit dies mit der formalen Trennung beider Missionen zu vereinbaren sei.

Der Bundestags-Antrag (Drucksache 16/4298) ließt sich diesbezüglich extrem schwammig: „Der ISAF-Operationsplan sieht eine restriktive Übermittlung von Aufklärungsergebnissen an OEF vor. Die Übermittlung erfolgt nur, wenn dies zur erfolgreichen Durchführung der ISAF-Operation oder für die Sicherheit von ISAF-Kräften erforderlich ist.“ Diese Formulierung lässt genügend Spielraum, um sich hierdurch aktiv am US-geführten OEF-Einsatz zu beteiligen. Und tatsächlich zeigen die Aussagen von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung, wie „restriktiv“ diese Informationsübermittlung in der Praxis gehandhabt werden dürfte. Auf die Frage, ob er ausschließen könne, „dass die Informationen, die die Aufklärungsflüge der Tornados bringen, auch zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen im Rahmen der ‚Operation Enduring Freedom‘ herangezogen werden?“ antwortete er: „Ich kann das nicht ausschließen, und ich will es auch nicht ausschließen. Eines muss klar sein: Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein zentraler Aspekt.“ (Die Welt, 4.2.2007)

Der Tornado-Einsatz dient also direkt der Unterstützung von Bombenangriffen, und zwar nicht nur zur Aufstandsbekämpfung im Rahmen des ISAF-Mandats, sondern auch für den US-Terrorkrieg unter OEF-Flagge, wie der Chef der US-Truppen in Afghanistan, General Karl Eikenberry, verdeutlicht. Er bestätigt den regen Informationsaustausch zwischen den beiden Missionen und fügt danach hinzu: „Dieser Austausch führt dann aber nicht notwendigerweise zu Militäraktionen.“ (HNA 30.01.2007) Kein Wunder also, dass Eikenberry die Entsendung der deutschen Tornados als einen „sehr großen Beitrag“ zur Unterstützung des US-Terrorkrieges lobt.

Da vorgesehen ist, das bis zum 13. Oktober befristete Tornado-Mandat anschließend mit dem ISAF-Mandat zu verschmelzen, dessen Verlängerung im Bundestag zu diesem Zeitpunkt ansteht, wird sich Deutschland so zu einem permanenten Komplizen des US-amerikanischen „Kriegs gegen den Terror“ machen, wie der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz unmissverständlich klar macht: „Das ist ein Dauerprojekt, da wird man Bestandteil des militärischen Kampfes gegen die Terroristen wie Taliban und al-Qaida.“ (Spiegel Online, 27.1.07)

Zehn Jahre Aufstandsbekämpfung

Während schon die ISAF-Mission auf starken, teils auch gewalttätigen Widerstand stößt, gilt dies umso mehr für den OEF-Terrorkrieg, in dessen Dienst sich die Bundesregierung mit der Entsendung der Tornados nun auch offen stellt. Es handelt sich hierbei also um einen Beschluss von erheblicher Tragweite, der aber mehr den formalen Abschluss einer sich schon länger abzeichnenden Entwicklung darstellt, wie Die Welt (17.1.07) verdeutlicht: „Bei der aktuellen Debatte geht um mehr als um die Entsendung von ein paar Flugzeugen. Wenn entschieden wird, dass die Tornados zum Einsatz kommen, wird Deutschland damit zur Kriegspartei. [...] Bislang wird der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch oft als erweiterte Form der Entwicklungshilfe dargestellt. Die Deutschen sitzen relativ sicher im Norden, bohren Brunnen, bauen Straßen und decken Schuldächer. Im Süden sterben kanadische Soldaten. Das Bild ist schon jetzt falsch, was auch die zunehmenden Angriffe auf die Bundeswehr im vergangenen Jahr zeigten.“

Die „zunehmenden Angriffe“ hängen dabei elementar damit zusammen, dass immer mehr Afghanen klar wird, dass sie es mit Okkupanten, nicht mit Wohltätern

zu tun haben. Denn während sich westliche Konzerne schamlos in die eigenen Taschen wirtschaften, hat sich die humanitäre Situation im Land in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Aus diesem Grund wächst der Widerstand gegen die westlichen Besatzungstruppen dramatisch an, egal ob diese unter ISAF oder OEF-Flagge operieren. Da beide Missionen dasselbe Ziel verfolgen, Afghanistan zu einem „Pilotprojekt“ westlicher Besatzungspolitik zu machen, ist die zunehmende Verschmelzung beider Einsätze in sich ebenso logisch, wie die Tatsache, dass man sich auf einen lang andauernden Kriegseinsatz einstellt. SPD-Fraktionschef Struck gab an, die westlichen Truppen müssten mindestens zehn Jahre im Land bleiben.

Bei den zunehmenden Auseinandersetzungen - das Wort „Aufstand“ wird in NATO-Kreisen immer offener verwendet - steigen auch die Opferzahlen. Allein im Jahr 2006 kamen Human Rights Watch zu Folge mehr als 4400 Afghanen im Rahmen von ISAF- und OEF-Einsätzen ums Leben. (Die Welt 31.1.07) Dabei kommt es auch immer häufiger zu Opfern unter der Zivilbevölkerung, woran künftig auch die deutschen Tornados einen massiven Anteil haben werden.

Unterstützung von Kriegsverbrechen

Dass die USA im Rahmen der OEF - wobei sich in jüngster Zeit auch Berichte über zivile Opfer nach ISAF-Angriffen häufen - schon einmal Fünf gerade sein lassen, wenn es um den Schutz der Zivilbevölkerung geht, ist mehr als bekannt, auf der Terroristenjagd wird schon einmal eine Hochzeitsgesellschaft bombardiert. Mit der Entsendung der Tornados macht sich Deutschland hierbei unweigerlich zum Mitäter, wie Walter Jertz, General a.D und bis vor kurzem war er Chef des Luftwaffenführungskommandos, bestätigt, der jedoch die

Bundesregierung lediglich dazu auffordert diesbezüglich Klartext zu reden: „Es muss der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass zwar die Aufklärungstornados nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt werden, aber das Liefern von Fotos der Aufklärungstornados kann im Süden von Afghanistan dazu führen, dass Kampfhandlungen durchgeführt werden. Und das kann auch bedeuteten, dass Zivilisten zu Schaden kommen und dieses wollen wir natürlich letztlich auch offen aussprechen, dieses müssen wir auch offen aussprechen.“ (Kontraste, 15.2.2007)

Bundeswehrverbandeschef Gertz sieht hierin immerhin ein Problem: „Was die Verbündeten gemacht haben, ist nicht hinnehmbar. Da wurden mit Bomben aus der Luft angebliche Ziele bekämpft und in nicht tolerablen Ausmaß Unschuldige getroffen.“ (tagesschau.de 20.1.2007) Wenn Deutschland hierfür mit den Tornado-Aufklärungsflügen Zuarbeit leistet, handelt es sich hierbei um ein Kriegsverbrechen. Das von Deutschland unterzeichnete Statut des Internationalen Gerichtshofes (Artikel 8,2b,iv) verbietet eindeutig ein „vorsätzliches Führen eines Angriffs in der Kenntnis, dass dieser auch Verluste an Menschenleben, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder weit reichende, langfristige und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen wird, die eindeutig in keinem Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.“

Der frühere parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium und CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer jedenfalls sieht diesen Tatbestand mehr als erfüllt: „Die deutschen Piloten, die mit diesen Flugzeugen die Dörfer ausfindig machen, die anschließend von den Amerikanern zerstört werden, sind damit auf dem direkten Flug nach Den Haag. Wenn man - im Sinne der vielzitierten Kollateralschäden - Menschen aus der Luft bekämpft, fliegt jeder Pilot direkt in die Kriegsverbrechen hinein.“ (Spiegel Online 27.1.07)

Die Bundeswehr-Kampfeinsätze werden darüber hinaus nicht nur von der Mehrheit der Afghanen abgelehnt. Ende letzten Jahres ermittelte emnid (N24, 28.11.06), dass 87% der Bevölkerung jedweden Kampfeinsatz deutscher Soldaten in Afghanistan ablehnen. Da die gesamte ISAF-Mission aber nichts anderes als ein groß angelegter Kampfeinsatz ist, sollten die Bundestagsabgeordneten diese Meinung respektieren und nicht nur die Tornados, sondern sämtliche deutschen Truppen sofort zurückpfeifen.



Aufklärungstornado, Bild: Wikipedia

Nach den Wahlen: Aufstandsbekämpfung

Anhaltende Gewalt in der DRC

von *Christoph Marischka*

2006 fanden unter militärischer EU-Aufsicht Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Demokratischen Republik Congo (DRC) statt, zuletzt siegte der von der „internationalen Gemeinschaft“ favorisierte Joseph Kabila in einer Stichwahl gegen Jean-Pierre Bemba, der nun die Opposition führt. Am 27. Januar wählten die neuen Provinzparlamente ihre jeweiligen Gouverneure. Der deutliche Sieg des Kabila-Lagers auch bei diesen Abstimmungen verursachte Anfang Februar Unruhen im Westen des Landes, bei denen über hundert Menschen umkamen. Auch die im Land stationierten UN-Soldaten kamen dabei zum Einsatz gegen Demonstranten.

Überraschenderweise wurden in sechs der elf kongolesischen Provinzen, inklusive der Bemba-Hochburg Kinshasa, die Kandidaten des Kabila-Bündnisses zum Gouverneur gewählt, jedenfalls gab die „Unabhängige Wahlkommission“ (CEI) entsprechende Ergebnisse am 28. Januar bekannt. In den beiden Kasai-Provinzen im Zentrum des Landes wurde die Wahl auf den 10. Februar verschoben, da dort zwei Tage vor dem Wahltermin die aussichtsreichen Kandidaten der Partei Bembas von der CEI ausgeschlossen wurden. Zur Begründung hieß es, sie hätten neben der kongolesischen noch eine belgischen Staatsbürgerschaft erworben, was nach der Verfassung nicht erlaubt ist. Unabhängig davon hat das Kabila-Bündnis AMP die Oberhand in allen Institutionen der neuen kongolesischen Verfassung errungen: neben der Mehrheit in der Nationalversammlung und den Provinzparlamenten haben Letztere auch mehrheitlich Senatoren und Gouverneure der AMP nach Kinshasa entsandt, wobei einige Bestechungsfälle öffentlich wurden. Kabila selbst kann aufgrund einer Ausnahmeregelung Präsident werden, laut Verfassung ist er eigentlich zu jung.

Damit hat die EU ihr Ziel erreicht, im vermeintlich gescheiterten Staat eine neue politische Führung zu installieren, bzw. die alte durch Wahlen und Institutionen nach westlichem Muster zu legitimieren. Dass es bei den Wahlen zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten und Toten kam, Kandidaten ohne eigene Milizen und Millioneneta-

für den Wahlkampf weit gehend chancenlos blieben und die größte zivile Partei, die UDPS, sowie zeitweise auch die katholische Kirche zum Boykott aufriefen, wird von den EU-Offiziellen gerne unter den Teppich gekehrt, um den Einsatz von Soldaten im Vorfeld und während der Wahlen als erfolgreiche Friedensmission darzustellen. Dennoch kann von Frieden in der DRC nach wie vor keine Rede sein.

Anhaltender Krieg

Weiterhin sind 16.500 Soldaten - hauptsächlich aus Indien, Pakistan und Bangladesch - unter deutsch-französischer Führung mit der UN-Truppe MONUC im Land aktiv. War es zunächst Aufgabe der MONUC, den Waffenstillstand zwischen den Bürgerkriegsparteien und Milizen durchzusetzen, ist sie mittlerweile im Rahmen der Sicherheitssektorreform hauptsächlich mit der „Entwaffnung“ und Wiedereingliederung der Milizionäre in die neue, offizielle Armee FARDC beschäftigt. Dies beinhaltet ein robustes Vorgehen gemeinsam mit der FARDC gegenüber den Einheiten, die sich der Wiedereingliederung widersetzen. In der Provinz Nord-Kivu kommt es immer wieder zu Gefechten zwischen der FARDC und den Truppen des abtrünnigen Generals Nkunda, dem aber gute Kontakte zur MONUC nachgesagt werden und der nun einige Einheiten an die FARDC übergab. In Süd-Kivu unterstützt die MONUC die Truppen bei Kämpfen gegen General Rukunda und Partisanen der so genannten Moramvia-Gruppe. Deutliche Warnungen äußerte der militärische Sprecher der MONUC außerdem gegenüber der FNI des Warlords Peter Karim, was auf eine anstehende militärische Kampagne der MONUC hindeutet. Bei gemeinsamen Einsätzen von MONUC und FARDC kommt es immer wieder zu anschließenden Plünderungen und Brandschatzungen durch die neue nationale Armee, die mit Hilfe der EU und Belgiens ausgebildet und ausgerüstet wird. Kein Wunder, denn sie setzt sich fast ausschließlich aus ehemaligen Milizionären zusammen, die irgendwann gefangen genommen wurden oder sich freiwillig in so genannte Entwaffnungscamps begaben.

Dort warten sie oft Monate auf ihre neue Ausrüstung und es kommt immer wieder zu Aufständen und Massenausbrüchen in diesen Lagern, zuletzt am 23. Januar in Kabinda (Kasai-Oriental). Wenn sie dann Teil der Armee sind, erhalten sie kaum Sold und leben weiter von Plünderungen. In weiten Teilen des Landes wird die FARDC von der Bevölkerung als größte Bedrohung wahrgenommen. In Bunia (Ituri) meuterten Einheiten der FARDC im Januar, verlangten die Auszahlung einer Neujahrsprämie, lieferten sich eine Schießerei mit der Polizei und plünderten anschließend Geschäfte.

Oft melden sich ganze Brigaden der Milizen nach Verhandlungen ihres Führers mit der MONUC und werden dann wiederum als eigenständige Einheiten in die FARDC eingegliedert. Dies erleichtert es den Soldaten, innerhalb der FARDC quasi weiterhin als eigenständige Miliz zu agieren oder sich mit der neuen Ausrüstung wieder ihren alten Führern anzuschließen. Unidentifizierte Soldaten überfielen im letzten Monat in Kasai-Occidental einen Diamantenhändler und erschossen in Kinshasa einen Studenten, der sich weigerte, ihnen Geld zu geben.

Sicherheitssektorreform statt Armutsbekämpfung

Die EU begleitet den Aufbau der neuen Armee mit einer eigenständigen ESVP-Mission (EUSEC DR CONGO), in deren Rahmen EU-Militärs unter französischer Führung bereits im Juni 2005 als Berater in die Führungsebene der FARDC entsandt wurden.

Das Scheitern bei der Erzwungung eines Gewaltmonopols ist dem nebenher von extremem Reichtum und Massenarmut geschuldet. So ist in den letzten Wochen in mehreren Landesteilen und Vierteln der Hauptstadt der Strom ausgefallen oder aus Protest abgestellt worden, da die Angestellten keinen Lohn erhalten. Immer wieder wird gegen Armut und Misswirtschaft gestreikt und demonstriert. In Kisangani haben die MitarbeiterInnen des Wasserwerks nach 37 Monaten ohne Löhne das Trinkwasser abgedreht. Die „internationale Gemeinschaft“ stellt der politischen Klasse, die lediglich an ihrer Bereicherung interessiert ist, im Gegenzug zu Schürf- und Handelsabkommen bewaffnete Einheiten zur Bekämpfung der Bevölkerung zur Verfügung. Während sich die australischen, kanadischen und europäischen Firmen auf die aus der „neuen Stabilität“ erwachsenden Investitionsmöglichkeiten freuen, bildet Frankreich in der DRC Einheiten zur Aufstandsbekämpfung aus. Die EU ist parallel dazu ebenfalls seit 2005 mit einer

Polizeimission (EUPOL KINSHASA) dabei, integrierte Polizeieinheiten (Integrated Police Units, IPUs) aufzustellen, deren Aufgabe ursprünglich der Schutz der Übergangsregierung war und die nun die öffentliche Ordnung in Kinshasa herstellen sollen. Kurz nach deren Indienststellung kam es am 30. Juli 2005 zu Protesten gegen die Übergangsregierung, bei denen mehrere Menschen von der Polizei erschossen wurden. Der EU-nahe Thinktank „International Crisis Group“ bezeichnete die von der EU mit Entwicklungshilfegeldern aufgebauten Einheiten schon vor der Wahl als Kabila-treu und sie waren es auch, die sich im Vorfeld der Stichwahlen Scharmützel mit Bembas Truppen lieferten, die letztlich zur Eskalation vor Bembas Residenz und damit zum ersten Einsatz der EUFOR Truppen, welche die Wahlen absichern sollten, führten.

Über 100 Tote bei Protesten gegen die Wahl

Nachdem es nach den Wahlen zunächst verhältnismäßig ruhig geblieben war, breitet sich die Gewalt nun wieder aus und dringt bis in den äußersten Westen vor. Der Sieg von Kabilas Parteienbündnis in Kinshasa und der westlich gelegenen Provinz Bas-Congo schürte Vermutungen über Bestechungen, da hier Bemba über große Unterstützung verfügt. Eine politisch-religiöse Gruppierung in Matadi rief für den ersten Februar 2007 zu einem Generalstreik gegen das Wahlergebnis auf, woraufhin ihr Büro von der Polizei überfallen und 12 Anhänger getötet wurden. In

der gesamten Provinz brachen noch in der selben Nacht Unruhen aus, die zwei Tage andauerten und bei denen nach Angaben der MONUC über hundert Menschen von Polizei und Soldaten erschossen wurden. Dabei kamen auch angolansische Soldaten zum Einsatz - traditionelle Verbündete Kabilas, deren Anwesenheit auf dem Territorium der DRC er aber stets geleugnet hat. Nachdem die Demonstranten gezielt Fahrzeuge der MONUC attackiert hätten, seien auch UN-Soldaten gegen die sie vorgegangen.

Nun steigt auch in Kinshasa die Angst vor neuen Unruhen, jugendliche Bewohner der Armenviertel veranstalten am Sonntag öffentliche Wehrsportübungen. Der Militärgouverneur Kinshasas, General Liwanga, sprach deutliche Drohungen gegen Bemba aus, man werde ihn zur Verantwortung ziehen, wenn es zu gewalttätigen Protesten kommt. Auch in den zentral gelegenen Kasai-Provinzen wurde zu Streiks gegen die neue Regierung aufgerufen.

Regierung gebildet

Zehn Wochen nach der Bestätigung seines Wahlsiegs konnte Kabila am Abend des 5. Februar das neue Kabinett vorstellen, in dem er die wichtigsten Positionen, insbesondere im Bereich Sicherheit und Wirtschaft, mit Verbündeten besetzt hat. Mit Denis Kalume Numbi wird ein enger Vertrauter Kabilas Innenminister. Die neue Regierung besteht aus 59 Mitgliedern: 6 Staatsminister, 33 Minister und 20 Stellvertreter. Viele Ministerposten wurden bereits zuvor vergeben, um die Unterstützung von

Kandidaten aus dem ersten Wahlgang in der Stichwahl für Kabila zu sichern. Außenminister wurde der frühere Milizenführer Mbusa Nyamwisi, der Sohn des früheren Diktators Mobutu ist nun Landwirtschaftsminister. Bereits kurz nach der Wahl wurde der Polit-Veteran Gizenga, der bereits in den 1960ern nach den ersten freien Wahlen unter Lumumba mitregierte, als Premierminister benannt. Dies war bereits die größte Überraschung, da angenommen wird, dass ihm die Kooperation mit Kabila schwer fallen dürfte.

Die Opposition kritisiert diese Regierungsbildung. Tatsächlich dürfte sie in dem durch die Präsidentschaftswahl tief gespaltenen Land zu neuen Konflikten führen. Bei der Wahl sprach sich die Bevölkerung in den jeweiligen Regionen meist mit überwältigender Mehrheit für einen der Kandidaten (Bemba oder Kabila) aus. Im Osten, wo der Bürgerkrieg latent weiter geht, wurde überwiegend Kabila gewählt, da er aufgrund seiner guten Kontakte zum Ausland als Friedensgarant wahrgenommen wurde. Bemba konnte vor allem im Westen und dort insbesondere in den Armenvierteln Kabila den Ausverkauf der kongole-sischen Reichtümer vorwerfen und damit Stimmen sammeln.

Unter den 54 Ministern und Stellvertretern sind nur neun Frauen. Das Parlament hat am 26. Januar schon einmal mit 458 gegen 42 Stimmen verfügt, dass weibliche Abgeordnete ihr Rederecht verlieren, wenn sie Hosen statt Röcken tragen.

Ein Erfolg für die Militärmacht EU? EU-FOR Congo Evaluation

Der parlamentarische Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Thomas Kosendey, präsentierte den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses am 28. Februar 2007 eine erste Evaluation des Kongo-Einsatzes. Dieser Bericht verstärkt den Eindruck, dass es bei dem Kongo-Einsatz nicht in erster Linie um Förderung von Demokratie und Verbesserung der Situation der Menschen in Kongo ging, sondern um die Etablierung der Europäischen Union als global agierende Militärmacht. Wörtlich heißt es in dem Dokument: „Mit der Operation EUFOR RD CONGO hat die EU ihre Handlungsfähigkeit als globaler Sicherheitsakteur unter Beweis gestellt. ... EUFOR RD CONGO ist ein Meilenstein in der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

(ESVP)“. Der Frage, ob der Militäreinsatz die Lebenssituation der Menschen im Kongo verbessert hat, wird an keiner Stelle des zweiseitigen Dokumentes nachgegangen. Stattdessen geht es im vorliegenden Bericht um die Unterbringung der Soldaten, um deren Versorgung, Betreuung und Fürsorge sowie um deren Ausrüstung. Bis auf kleinere Probleme ist die Bundeswehr mit diesen Bereichen zufrieden. Ebenfalls stolz ist der Bericht darauf, dass das Konzept der Multinationalität der Einsätze funktioniert habe und das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte in Ulm seine Aufgaben erfüllt habe.

Unzufrieden ist der Bericht jedoch damit, dass es schwer war, genügend Länder zu finden, die Truppen für den Einsatz zur Verfügung stellten. Nun wird nach einer

Lösung gesucht, um bei zukünftigen EU-Einsätzen schnell genügend Truppen zur Verfügung zu haben. Es ist zu befürchten, dass hier einem weiteren Ausbau der europäischen Schlachttruppen (Battle Groups) das Wort geredet wird. Schnell einsetzbare integrierte EU-Truppen sind unter militärischen Gesichtspunkten nur sinnvoll, wenn diese mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch eingesetzt werden können. Nationale Vorbehalte würden die Einsatzfähigen von Battle Groups nur stören. Deswegen ist eher kurz- als mittelfristig damit zu rechnen, dass die Rechte des Parlaments bei der Kontrolle von Auslandseinsätzen weiter beschnitten werden. Entsprechende Vorstöße aus den Reihen der Regierungskoalition gibt es bereits.

Claudia Haydt

AFRICOM

Stuttgart wird wichtigste US-Basis im Wettlauf um Afrikas Öl

von Thomas Mitsch

„In einer sich verändernden Welt kommt Afrika eine neue Bedeutung hinsichtlich für Amerika relevanter Fragen wie Energie, Terrorismus und Handel zu“, so der ehemalige US-Botschafter in Nigeria, Princeton Lyman.¹

Das neue Oberkommando Afrika

Afrika ist gegenwärtig innerhalb der US-Kommandostruktur zwischen dem European Command (EUCOM) und dem Central Command (CENTCOM) aufgeteilt. Mit der AFRICOM-Zentrale, die zunächst in den Kelly-Barracks in Stuttgart-Möhringen agieren wird, errichtet das US-Verteidigungsministerium ein eigenes Einsatzführungskommando für den afrikanischen Kontinent. Das Afrika-Kommando (AFRICOM) wird damit die sechste US-Kommandozentrale für eine bestimmte Region, der ein Vier-Sterne-General vorsteht.

Mit AFRICOM (zukünftig der größte Teil Afrikas) und den bereits bestehenden 5 US-Kommandozentralen, NORTHCOM (Nordamerika), SOUTHCOM (Mittel- und Südamerika), EUCOM (Europa, Russland und bislang der größte Teil Afrikas), CENTCOM (Nahe und Mittlerer Osten einschließlich Afghanistans und der zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken sowie Nordostafrika) und PACOM (Pazifik, einschließlich China), verfügen die amerikanischen Streitkräfte nunmehr über insgesamt sechs Regionalkommandos.

Die baden-württembergische Landeshauptstadt steigt damit zu einem der weltweit wichtigsten Militärstandorte der USA auf. Dass Stuttgart als Basis für das AFRICOM ausgesucht wurde lag nahe, da schon bisher der größte Teil der Afrika-Angelegenheiten der amerikanischen Streitkräfte über Stuttgart, bzw. über das Hauptquartier EUCOM in Stuttgart-Vaihingen, koordiniert wurde. Stuttgart beherbergt damit als einer von nur zwei Standorten weltweit zwei Oberkommandos und ist der einzige Standort mit zwei Oberkommandos außerhalb der USA. Von hier erfolgt die Koordination von Truppenbewegungen in 91 Staaten in Europa und Teilen Afrikas, sowie Übungen und Einsätze von 120.000

Soldaten. Ausgenommen davon waren die Staaten Ägypten, Djibouti, Somalia und Kenia, für die das CENTCOM zuständig war. Die Seychellen, Madagaskar und Teile des Indischen Ozeans fielen bislang in den Aufgabenbereich des Pazifik-Kommandos.

Als wichtiger militärischer Stützpunkt bedeutet das AFRICOM neben einer eventuell tatsächlich steigenden Terrorgefahr auch eine erhöhte geheimdienstliche Tätigkeit im Umkreis der Basis und dem Umfeld der zivilen Angestellten. Die Region Stuttgart wird so weiter militarisiert. Wenn zudem amerikanische Strukturen in Deutschland als Durchgang für den Transport von Gefangenen zu Gefängnissen außerhalb der Vereinigten Staaten und Europas genutzt werden, würde die Bundesregierung in Erklärungsnot geraten, da sie diese Gefangenenlager deutlich kritisiert hat.

Für eine „leistungsfähigere Herangehensweise“...

„Das Africa Command wird unsere Bemühungen verstärken, den Menschen in Afrika Frieden und Sicherheit zu bringen und unsere gemeinsamen Ziele von Entwicklung, Gesundheit, Bildung, Demokratie und wirtschaftlichen Fortschritt in Afrika voranzutreiben“, erklärte US-Präsident George Bush am 06.02.2007 in Washington.²

Um militärische Einsätze auf dem Kontinent besser koordinieren zu können und in Hinblick auf das befürchtete Erstarken des Terrornetzwerks Al-Kaida in Afrika, wollen die USA ein neues Einsatzführungskommando einrichten. Das neue Kommando, so Bush, werde die Sicherheitszusammenarbeit verbessern und neue Möglichkeiten zur Stärkung der afrikanischen Partner bieten. Die neue Befehlsstelle soll zum „Schutz nichtmilitärischer Missionen und, sofern es nötig ist, auch für militärische Operationen zur Verfügung stehen“, so US-Verteidigungsminister Robert Gates.³

Vor dem Streitkräfteausschuss im Senat meinte Gates, das neue Einsatzführungskommando werde eine „leistungsfähigere Herangehensweise“ erlauben als die derzeitige Regelung, bei der die Zuständigkeit

für Afrika zwischen dem Europa-Kommando und dem vor allem für den Nahen und Mittleren Osten zuständigen Zentralkommando (CENTCOM) der US-Armee aufgeteilt wurde. Dies sei „eine überholte Einrichtung, die noch aus dem Kalten Krieg übrig ist“. Künftig wird also die komplette Zuständigkeit für Afrika (mit Ausnahme von Ägypten, das weiterhin beim CENTCOM verbleiben wird), dem AFRICOM übertragen.

Ökonomisch gesehen ist Afrika für die USA sehr bedeutend, da es trotz Armut über großen Rohstoffreichtum verfügt. Außerdem gilt es als großer Absatzmarkt für die kommenden Jahrzehnte und in solchen Fällen haben sich gesicherte Verhältnisse für hegemoniale Mächte schon immer als äußerst lohnenswert erwiesen.

... im Wettlauf um Afrika

Diplomatisch fragwürdig war die Ankündigung vor allem wegen des zeitgleichen Besuchs des chinesischen Regierungschefs Hu Jintao in acht afrikanischen Ländern. China hat die Beziehung zu vielen afrikanischen Staaten in den letzten Jahren erheblich erweitert. Es geht um Erdöl und Gas. Das Handelsvolumen zwischen China und Afrika wird auf 50 Milliarden Dollar jährlich geschätzt. Selbst Konsumgüter wird der ehemals kommunistische Staat hier los. China zahlt darüber hinaus große Summen an Entwicklungshilfe. Daneben schlossen chinesische Firmen schon bei dem China-Afrika-Gipfel in Peking im November 2006 Investitionsabkommen mit elf afrikanischen Staaten in Höhe von knapp zwei Milliarden Dollar ab. Damals sagte der äthiopische Regierungschef Meles Zenawi zu den neuen Verhältnissen: „China hat heute mehr Mittel zur Hand, um Afrika bei der Überwindung seiner ökonomischen Schwierigkeiten zu helfen und hat bereits einen spürbaren Einfluss auf Afrikas wirtschaftliche Zukunft.“⁴ Langfristig droht Afrika jedoch die Gefahr, in der Rohstofffalle gefangen zu werden. Die Rohstoffe eigenständig zu verarbeiten wird immer schwieriger. Das sehen inzwischen auch afrikanische Kritiker so. Auf dem Weltsozialgipfel in Nairobi 2007 fragte der kenianische Sozialwissenschaftler Isaac Mbeche daher kritisch: „Will die chinesische Regierung eine ernsthafte Partnerschaft mit den Ländern Afrikas, oder will sie nur Afrikas Rohstoffe ausbeuten?“⁵

Für die sicherheitsrelevanten Probleme der Globalisierung ist diese Konfliktkonstellation prädestiniert, künftig den frühzeitigen Einsatz amerikanischer Truppen zu erfordern. Dies zeigen die gegenwärtigen Bemühungen der US-Administration, die

neoliberale Globalisierung mit der Globalisierung des amerikanischen Interventionismus zu koppeln und zu diesem Zweck die US-Streitkräfte entschieden umzustrukturieren - wie nicht nur der Krieg im Irak, sondern auch und gerade das Beispiel Afrikas zeigt.

Neuere Schätzungen über die gesicherten Ölvorkommen in Afrika belaufen sich auf 112 Mrd. Barrel⁶, so viel wie im Irak, womit der Region inzwischen eine erhebliche Bedeutung zukommt. So gab der Nationale Geheimdienststrat der USA das strategische Ziel aus, im Jahr 2015 rund 25 statt der gegenwärtigen 16 Prozent des US-amerikanischen Öl-Bedarfs durch Importe aus Afrika zu decken.⁷ Auch die unter Aufsicht von Vizepräsident Dick Cheney verfasste „Nationale Energiepolitik“ geht davon aus, dass „Westafrika eine der am schnellsten wachsenden Öl- und Gasquellen für den amerikanischen Markt darstellen wird.“⁸ Die der Bush-Regierung nahe stehende neokonservative „Heritage Foundation“ betont deshalb in einem Plädoyer für die Errichtung des neuen Afrika-Kommandos: „In einer globalisierten Welt kann es sich die USA nicht erlauben, Afrika zu ignorieren oder ihm eine drittklassige Priorität einzuräumen. Afrika ist eine lebenswichtige Quelle an Energie und anderen mineralischen Rohstoffen.“⁹

Diesem wirtschaftlich-strategischen Interesse durch amerikanische Truppen vor Ort Nachdruck zu verleihen, liegt nahe - zumal hierdurch ein wichtiger Beitrag zur Schwächung der OPEC geleistet werden soll, da viele der afrikanischen Ölländer keine Mitglieder des Kartell sind. Die „Heritage Foundation“ zumindest fordert die US-

Regierung explizit dazu auf, „neue Ölproduzenten dazu zu überreden, nicht der OPEC beizutreten.“¹⁰

Dies wiederum würde auch zur Reduzierung der amerikanischen Abhängigkeit vom Persischen Golf führen, was spätestens seit den Anschlägen des 11. September 2001 ganz oben auf Washingtons Prioritätenlisten steht. Afrikanisches Öl soll somit helfen, den Ölpreis dauerhaft zu senken, was auf einer Konferenz des US-Außenministeriums offen ausgesprochen wurde: „Westafrika ist die aussteuernde Produktionsregion, die es den Ölfirmen erlaubt, ihre Produktionskapazitäten anzuheben, um die weltweit fluktuierende Nachfrage zu befriedigen.“¹¹

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf New York und Washington hat die US-Regierung ihre militärische Präsenz in Afrika, besonders in Ländern der Sahelzone, am Horn von Afrika und in etwas geringerem Umfang auch in den westafrikanischen Ländern mit großen Erdöl- und Erdgasvorkommen ausgebaut. In der Sahelregion wurden im Rahmen der so genannten Trans-Sahara-Initiative zur Terrorbekämpfung (TSCI) mit Washington sympathisierende Regierungen vom EUCOM aus mit Dutzenden von US-Ausbildern und mit Millionen US-Dollar für den Kauf von Waffen und anderem militärischem Gerät bedacht. Der Kongress hat dem Programm für die nächsten sechs Jahre rund 500 Millionen Dollar zugebilligt. Es konzentriert sich auf mutmaßliche Operationsbasen von Al-Kaida-Mitgliedern in Algerien, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Nigeria, dem Tschad und Senegal. Der gegenwärtige Hauptmilitärstandort

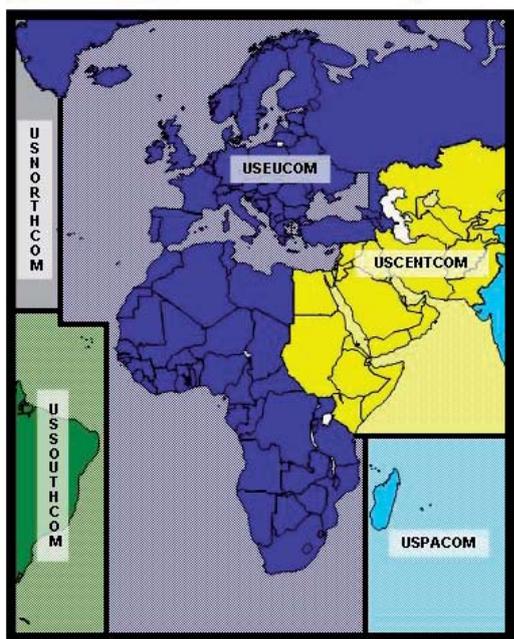
der US-Armee in Afrika wurde 2002 in Djibouti, am Horn von Afrika, gegründet. Von hier aus können die USA eine strategische Kontrolle über das Seefahrtgebiet, durch das ein Viertel der Weltölproduktion gelangt, ausüben. Djibouti liegt außerdem in der Nähe der sudanesischen Ölpipeline.

Washington zeigt also eine immer größere Bereitschaft zur militärischen Durchsetzung seiner Interessen in Afrika, allein seit dem Jahr 2000 wurden zehn Militäroperationen durchgeführt. Die Einrichtung des AFRICOM ist deshalb ein deutliches Zeichen dafür, dass sich dieser Trend künftig wohl noch weiter verschärfen wird.

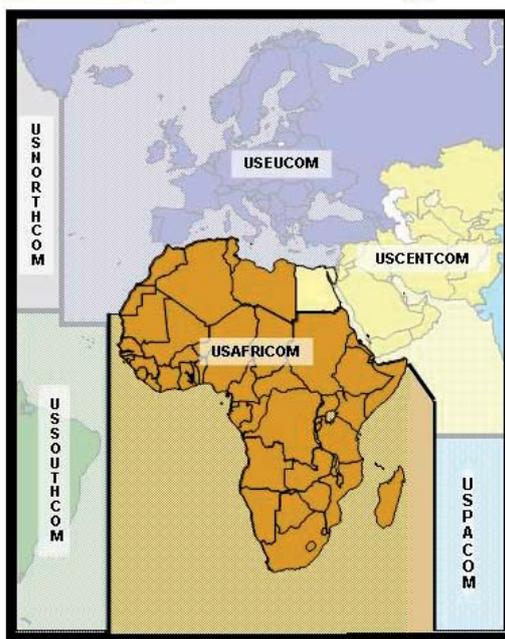
Anmerkungen

- ¹ Africa is rising on US foreign policy horizon, in: „Alexander's Oil and Gas Connections, News & Trends: North America“, 23/2003.
- ² SF Schweizer Fernsehen Tagesschau, 7.2.2007.
- ³ AfricaHelp.org (<http://africahelp.org/blog/>).
- ⁴ Deutsche Welle, 30.1.2007 (<http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2331283,00.html>).
- ⁵ Ebd.
- ⁶ BP Global: Putting Energy in the Spotlight: BP Statistical Review of World Energy 2005, June 2005.
- ⁷ Johannes Dieterich: George W. Bush - Fünf Tage im Herz der Finsternis, in: FTD, 8.7.2003, sowie: Suraya Dadoo: When Uncle Sam Comes Calling in Africa, in: Media Review, 30.4.2003.
- ⁸ Report of the National Energy Policy Development Group, May 2001, S. 8-11.
- ⁹ Brett D. Schaefer: Creating an Africa Command: Bush Administration Makes the Right Call, Heritage Foundation, WebMemo #1349, February 7, 2007.
- ¹⁰ Brett D. Schaefer: America's Growing Reliance on African Energy Resources, Backgrounder #1944, June 20, 2006.
- ¹¹ Jürgen Wagner: Afrika im Fadenkreuz (<http://www.imi-online.de/2004.php3?id=984>).

Today



Full Operational Capability (Draft)



AU wird mobilisiert

UN planen Militäreinsätze der AU in Somalia, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik

von Christoph Marischka

Zwei neue Einsätze stehen den Truppen der Afrikanischen Union (AU) bevor. Am 20. Februar beschloss der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1744, dass die AU die von Äthiopien gewaltsam an die Macht gebrachte neue Regierung in Somalia absichern soll. Zugleich legte der neue UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zwei Vorschläge zur Stationierung internationaler Truppen in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik an der Grenze zu Dafur vor. Der Sudan-Einsatz wird vom Generalsekretär als hybrid bezeichnet, da er eine Mischung aus AU- und Blauhelmeinsatz darstelle.

Die Afrikanische Union

Die Afrikanische Union ist eine Regionalorganisation, der alle Staaten Afrikas außer Marokko angehören. Ihre Gründung 2002 löste gleichzeitig die Organisation Afrikanische Einheit (OAU) auf, die noch auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die Inneren Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten beruhte. Ursprüngliches Ziel war es, durch Kooperation ein größeres Gewicht Afrikas in internationalen Organisationen und bei der Gestaltung der Globalisierung, die oft zulasten afrikanischer Gesellschaften geht, zu erlangen. In Ansätzen gelang dies: Das relativ einheitliche Auftreten der afrikanischen Staaten brachte sowohl die so genannte „Doha-Runde“ der WTO zur weiteren Liberalisierung des Welthandels als auch die Erweiterung des UN-Sicherheitsrates zum Erliegen, hier hatte die AU zwei ständige Sitze mit Vetorecht für afrikanische Staaten gefordert. Stefan Mair, Afrikaex-

perte der Stiftung Wissenschaft und Politik stellte deshalb in Frage, ob sich Afrika überhaupt als Akteur der Weltpolitik eigne, jedenfalls bestehe „Nachholbedarf“, wie er anhand der Blockadehaltung der AU bei Liberalisierung und UN-Reform feststellte: „An beiden Fällen wurde [...] deutlich, dass Afrika bisher sein Gewicht in multilateralen Institutionen und bei der Gestaltung der Globalisierung vor allem nutzt, um Prozesse, die seinen Interessen zuwider laufen, zu be- oder verhindern, kaum aber, um diese aktiv voranzubringen.“ Bessere Voraussetzungen für eine Partnerschaft bestünden hingegen im Bereich der Stabilisierung von Konflikten, da Europa hier handfeste Interessen habe und die afrikanischen Staaten etwas zu bieten, denn Afrika entwickle sich ähnlich wie Afghanistan. Da auch dort bekanntlich Deutschlands Sicherheit verteidigt wird, stellt Mair die Frage: „...kann Europa wirklich erwarten, dass sich die Effekte afrikanischer Anomie wirklich auf die Region selbst beschränken lassen?“¹

Entsprechend beginnt die EU-Afrikastrategie, ihrem Titel nach „Wegbereiter für einen Europa-Afrika-Pakt zur Beschleunigung der Entwicklung Afrikas“, mit der Feststellung, dass Sicherheit eine Vorbedingung für Entwicklung sei und die EU „deshalb in allen Konfliktphasen ihre Bemühungen zur Förderung von Frieden und Sicherheit verstärken [sollte] – von der Konfliktprävention, über Konfliktmanagement und -lösung bis hin zu Wiederaufbaumaßnahmen nach Beendigung eines Konflikts.“² Die AU wird in dieser Afrikastrategie kaum als politischer Akteur anerkannt, sondern in erster Linie auf ihre Mittler-Funktion bei Militäreinsätzen reduziert.

Hilfstruppen des Empire

Diese Mittlerfunktion wird mit entwicklungspolitischem Jargon als „ownership-Prinzip“ verkauft. Dieses bedeutet, dass Menschen, Regionen oder Staaten, denen geholfen wird, über Art und Verwendung der Hilfe mitbestimmen und für die Ergebnisse Verantwortung übernehmen sollen. Auf die Truppenkonstellationen des Empire angewandt heißt dies, dass „Friedenseinsätze“ in Afrika von afrikanischen Soldaten getragen werden sollen, vor allem, wenn sie als wenig Erfolg versprechend

oder verlustreich eingeschätzt werden, wie etwa in Somalia. Hierfür wurde 2003 von der EU ein Budget von 250 Mio. Euro mit dem Namen „African Peace Facility“ allein für Militäreinsätze und deren Evaluierung eingerichtet. Die Hälfte des Betrages wird direkt aus dem Europäischen Entwicklungsfond bereitgestellt, die andere Hälfte müssen die afrikanischen Staaten anteilig von ihren Geldern, die sie im Rahmen des Cotonou-Abkommens aus demselben Topf erhalten, beisteuern. Dies ist als pädagogische Maßnahme zu verstehen, welche die Solidarität unter den afrikanischen Staaten fördern soll.³

Will die AU jedoch eine Mission durchführen und diese Mittel abrufen, muss sie eine entsprechende Anfrage an die Europäische Kommission stellen, die daraufhin die EU-Mitgliedsstaaten einlädt, Einfluss auf die operationelle Planung zu nehmen. Wenn die EU die Pläne unterstützt, bemüht sie sich, im UN-Sicherheitsrat ein Mandat für den Einsatz zu erreichen. Bislang muss ein solches Mandat außerdem den Einsatz von Kräften aus Drittstaaten umfassen, da die AU selbst über keine ausreichende Logistik verfügt. So besteht die erste AU-Mission AMIS in Dafur zwar aus über 6000 Soldaten aus Gambia, Kenia, Nigeria, Ruanda, Senegal und Südafrika, diese werden jedoch mit Flugzeugen der deutschen, niederländischen, britischen und US-amerikanischen Streitkräfte versorgt und transportiert.

Dass UN und EU nun verstärkt auf die AU zurückgreifen, ermöglicht mehr, billigere und riskantere UN-mandatierte Kampfeinsätze und dokumentiert die Ratlosigkeit der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit Konflikten. Die militaristische „Lösung“, einfach und überall hin Truppen zu entsenden, die immer schlechter ausgerüstet und ausgebildet sind, vergebend Mittel, die der Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen könnten. Mit der „African Peace Facility“ droht die EU die AU auf eine reine Söldnerorganisation zu reduzieren und ihres politischen Charakters zu berauben.

Anmerkungen

¹ Alle Zitate von Stefan Mair sind aus Mair 2005: Partnerschaft mit Afrika, Diskussionspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2618&PHPSESSID=6042ecae3f282e0cf6c875e2e40bd610

² Europäische Kommission 2005 (KOM(2005) 489 endgültig): Eine Strategie der Europäischen Union für Afrika - Wegbereiter für einen Europa-Afrika-Pakt zur Beschleunigung der Entwicklung Afrikas

³ Europäische Kommission 2004 (DE125): Securing Peace and Stability for Africa



Moammar Gadhafi, Mitbegründer der Afrikanischen Union, Foto: Toronto Globe

Merkel und ihre Sherpas

Zur Strategie der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, den EU-Verfassungsvertrag oder seine Substanz doch noch durchzusetzen

von Martin Hantke und Tobias Pflüger

„Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 will die Bundesregierung als 'ehrlicher Makler' zur Wiederbelebung des Verfassungsprozesses beitragen“, so die Pressemeldungen im Vorfeld der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft. Begleitet wurden diese von Meldungen über die Ergebnisse einer neuen Umfrage der EU-Kommission. Das „Handelsblatt“ jubelt unter dem Titel „Vertrauen in EU-Verfassung wächst“ am 19. Dezember 2006: „Unmittelbar vor Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft wächst in der Europäischen Union die Zustimmung zur EU-Verfassung. Dies belegen die Zahlen der 'Eurobarometer'-Herbstumfrage, die die EU-Kommission am Montag vorlegte.“

Die Befürworter des EU-Verfassungsvertrags schienen wieder in Fahrt zu kommen. Das bestätigt auch die „Financial Times Deutschland“ (FTD), die am 18. Dezember unter der Überschrift „Initiative für Verfassung spaltet EU“ über Pläne für ein Sondertreffen auf spanisch-luxemburgische Initiative hin berichtete, das die Staaten, in denen die Ratifizierung an der Mehrheit der Bevölkerung gescheitert ist, unter Druck setzen will.

„Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte bei einem Besuch in Kopenhagen das Verfassungsprojekt zu einer zentralen Herausforderung“, heißt es ebenfalls am 18.12. in „Mercur Online“. Das ist ernst zu nehmen. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird im ersten Halbjahr 2007 alles versuchen, um die weitere Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags voranzutreiben.

Wie bei der Auswertung der Eurobarometerumfrage der EU-Kommission wird jedoch von Anfang an getrickst, dass sich die Balken biegen. Da wird das, was nicht ins Bild passt, einfach verschweigen. So heißt es etwa in der Vorabveröffentlichung der Umfrage: „Die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist etwas niedriger als im Frühjahr 2006. Im Durchschnitt glauben jetzt 53% der EU-Bürger, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eine gute Sache ist (-2 Punkte). 16% der Befragten finden dagegen, dass dies eine schlechte Sache ist

(+3 Punkte).“

Oder auch: „Der Anteil der Bürger, die finden, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln, ist um 6 Punkte gesunken. Ein gleich hoher Anteil von Bürgern meint jetzt, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die falsche Richtung entwickeln (33%; +6 Punkte).“

„Grundsätzlich sind fast drei Viertel der Bevölkerung für eine EU-Verfassung. EU-weit sind 63 Prozent der Befragten für eine Verfassung. Auch in den Niederlanden und Frankreich, die sich in Volksabstimmungen gegen den Verfassungstext ausgesprochen hatten, gibt es Mehrheiten für eine europäische Konstitution. In Deutschland ist aber eine Mehrheit von 51 Prozent für einen neuen Anlauf bei Verhandlungen über den EU-Verfassungsvertrag. In Frankreich und den Niederlanden wünschen sich sogar rund zwei Drittel der Befragten Neuverhandlungen. Im EU-Durchschnitt sind 48 Prozent für einen Neuanfang.“ So stellt es FTD am 19.12. dar.

Die Bundesregierung ficht dies nicht an. Ihr Programm für die EU-Ratspräsidentschaft setzt ganz und gar auf einen Fahrplan, um den EU-Verfassungsvertrag doch noch durchsetzen zu können. Grundlage ist dabei das „Achtzehnmonatsprogramm der drei Präsidentschaften Deutschland, Portugal und Slowenien“. Zudem baut man auf die Vorarbeiten des finnischen Ratsvorsitzes und auf das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2007 auf. Ein eigener EU-Gipfel am 21. und 22. Juni soll sich mit der »Zukunft des EU-Verfassungsvertrages« befassen.

Im deutschen Präsidentschaftsprogramm erstehen alle Mythen und Legenden der EU-Verfassungsvertragsbefürworter neu. Der EU-Verfassungsvertrag sehe „wichtige Fortschritte für ein wert-orientiertes und sozial gerechtes Europa vor, für mehr Bürgerrechte, für eine Verstärkung der Zusammenarbeit Justiz und Inneres, für eine bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Union und den Mitgliedstaaten, für eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente und für eine stärkere Außen- und Sicherheitspolitik.“

Der Fahrplan

Der neue EU-Vertrag mache die EU „demokratischer, handlungsfähiger und transparenter“. Der Ratifizierungsprozess aber sei „ins Stocken“ geraten, deshalb habe man von den Staats- und Regierungschefs den Auftrag erhalten, „mit den EU-Mitgliedstaaten ausführliche Konsultationen zu führen und anschließend dem Europäischen Rat einen Bericht vorzulegen.“ Dieser Bericht soll dann „künftige Entwicklungen aufzeigen und als Grundlage für Beschlüsse dienen“, durch die der Verfassungsvertrag doch noch ratifiziert werden kann.

Bis 2009 will Bundeskanzlerin Merkel den EU-Verfassungsvertrag trotz aller Widerstände unter Dach und Fach bringen. Dafür bleibt ihr nicht mehr viel Zeit. Vor diesem Hintergrund ist wohl auch die Entscheidung zu sehen, eine de facto neue Regierungskonferenz einzuberufen, um zu retten, was zu retten ist.

Auf dem EU-Gipfel in Brüssel am 14. und 15. Dezember hat Merkel deshalb die anderen Staats- und Regierungschefs gebeten, persönliche Beauftragte für den Verfassungsvertrag zu benennen. Die FTD berichtet am 18.12.: „Diese Sherpas sollen über Prokura verfügen, im Namen ihrer Chefs zu verhandeln.“ Die Beauftragten sollen während der deutschen Ratspräsidentschaft nach Berlin reisen, um mit „Merkels eigenen Sherpas“ zu sprechen. Dieses Verfahren wird auch „Beichtstuhlverfahren“ genannt und wurde auf EU-Gipfeln schon mehrfach angewandt, um Sackgassen durch die Anbahnung neuer Tauschgeschäfte aufzulösen.

Erstes Ziel ist die Vorbereitung der so genannten Berliner Erklärung, „die am 25. März den 50. Jahrestag der europäischen Gründungsverträge von Rom würdigt“. Parallel soll ein Bericht erstellt werden, der feststellt, „welche Elemente des gescheiterten Verfassungsentwurfs in den neuen Text übernommen werden können“. Ziel der Bundesregierung ist es, so die FTD, „daß die Europajuristen aus dem Bericht den neuen Vertrag machen, den die 27 EU-Regierungen dann unter portugiesischem Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2007 formell beschließen würden“. Nur wenn dies gelänge, wäre der Zeitplan der Ratifizierung bis 2009 einzuhalten, sodass alle EU-Mitgliedstaaten per Parlamentsentscheid oder Referendum dem neuen EU-Vertrag zustimmen könnten.

Als Begeleitstrategie haben die Befürworter des EU-Verfassungsvertrags eine neue Propagandakampagne aus der Taufe gehoben. Teil dieser Kampagne ist auf der einen Seite, die „positiven Wirkungen der EU-Politik“ herauszustellen, auf der ande-

ren Seite soll mit dem Madrider Treffen der 18 Ratifizierestaaten Druck ausgeübt werden, um die bisherigen Nein-Sager zu beeindrucken.

Begeleitet wird dies auch noch durch eine Kommunikationsstrategie, laut der es ohne vorherige Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages keine weiteren Beitritte zur EU geben soll. Damit soll offensichtlich gerade auf „die Position von Erweiterunganhängern wie Großbritannien“ Druck ausgeübt werden, meint die FTD.

Flankiert wurde diese Strategie durch die Annahme zweier Berichte im Dezemberplenium des EU-Parlaments. Zum einen werden im „Bericht Stubb“ vom 13. Dezember 2006, wenn auch verklausuliert, weitere Erweiterungen an eine Verabschiedung eines neuen EU-Vertrags gebunden. Im Bericht heißt es, dass das EU-Parlament die Auffassung vertritt, „dass die Union mit Blick auf die Sicherstellung ihrer Integrationsfähigkeit eine Entscheidung bezüglich des Umfangs und des Inhalts der Reformen treffen muss, deren Umsetzung notwendig ist, bevor es zu künftigen Erweiterungen kommt“.

Im „Bericht Brok“, den das EU-Parlament am gleichen Tag mit großer Mehrheit verabschiedete, werden die Staats- und Regierungschefs aufgefordert, „den Verfassungsprozess bis Ende 2008 abzuschließen, wie auf dem Europäischen Rat von Brüssel im Juni 2006 angegeben, um die Union in die Lage zu versetzen, effizienter, transparenter und demokratischer zu arbeiten, was

eine unabdingbare Voraussetzung für künftige Erweiterungen ist“. Der Bericht „erinnert die Staats- und Regierungschefs an ihre Pflicht, diesen Prozess vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament zum Abschluss zu bringen, um eine Verzögerung der laufenden Beitrittsverhandlungen zu vermeiden“.

Pokern um die Substanz

Als weitaus wichtigere Waffe, um die EU-Verfassung doch noch durchzubringen, könnten sich jedoch die finanziellen Drohgebärden der Bundesregierung hinter den Kulissen erweisen: „Wer sich gegen die Verfassung stelle, lautet die Drohung, stelle die finanzielle Solidarität in Europa infrage“, schreibt FTD am 18.12. Das soll offensichtlich helfen, gerade ärmere EU-Mitgliedstaaten, die zu den Nettoempfängerländern aus dem EU-Haushalt gehören, gefügig machen.

Ziel ist in jedem Fall, mehr als einen „Minivertrag zur Institutionenmechanik“ herauszuholen, heißt es im FTD-Artikel. Dann müsse der neue Text auch nicht mehr mit dem Nimbus einer Verfassung versehen werden und könne wie die vormaligen EU-Verträge den Namen der Stadt tragen, in der er unterzeichnet wurde, so wie die Römischen Verträge, die von Amsterdam, Maastricht und Nizza. Es gehe Merkel letztendlich darum „die Substanz des Entwurfs zu retten“.

Dazu gehören die neue Machtgewichtung im EU-Rat, die sich vor allem zugunsten

Deutschlands verschiebt, die EU-Grundrechtecharta mit dem Ausschluss eines grenzüberschreitenden oder EU-weiten Streikrechts, die militärischen Teile des Verfassungsvertrags, in denen sich die vertragliche Absicherung der Aufrüstungsverpflichtung für die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Rüstungsagentur finden, wie auch die Festschreibung der neoliberalen Festlegung von Wirtschafts-, Währungs- und Beschäftigungspolitik auf den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“.

Bei dem Spiel, den EU-Verfassungsvertrag oder seine Substanz doch noch durchzubringen, reizt die Bundesregierung ihr Blatt bis zum Anschlag aus, doch das Unternehmen wird auch von Befürwortern des EU-Verfassungsvertrags kritisch gesehen, insbesondere, weil der Einsatz besonders hoch scheint und möglicherweise die Existenz der Europäischen Union selbst gefährden könnte. „Pokerspieler wissen: Verlieren sie im Endspiel bei hohem Einsatz, folgt ihm der Ruin“, so der Kommentar in der FTD zur Strategie der deutschen Bundesregierung.

Deshalb braucht es jetzt gerade während der deutschen Ratspräsidentschaft Druck, damit der EU-Verfassungsvertrag oder seine Substanz nicht doch noch trickreich über die Bühne gebracht werden kann. Kanzlerin Merkel und ihre Sherpas dürfen nicht durchkommen mit ihrer neoliberalen und friedensgefährdenden EU-Verfassung.



EU Kommissionspräsident Barroso mit Angela Merkel bei ihrer Amtseinführung als EU-Ratspräsidentin, Quelle: Rat der EU

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Mars und Minerva

Am 27.2. sprach Herfried Münkler, Politik-Professor an der Berliner Humboldt-Universität und Protagonist der Theorie der „Neuen Kriege“, beim „parlamentarischen Gesprächskreis Mars und Minerva“ vor. Dort theoretisierte er von der „post-heroischen“ Gesellschaft, in der wir lebten und in der es immer schwerer sei, ausreichend und genügend motivierte Soldaten auch für riskante Einsätze zu gewinnen. Bedingt sei dies auch durch den demographischen Wandel, wer schicke denn schon gern den einzigen Sohn in den Krieg. Die Namensgebung des Gesprächskreises lehnt sich nach Angaben des vorsitzenden MdB Bernd Siebert (CDU Schwalm-Eder) „einerseits an den römischen Gott Mars, andererseits an Minerva, Schützerin des Handwerks und der gewerblichen Kunstfertigkeit sowie Erfinderin des Wagens“ an. „So sollen Mars und Minerva symbolhaft für die Landstreitkräfte der Bundeswehr und die industrielle Wehrtechnik stehen.“ Der Gesprächskreis organisiert beispielsweise auch Kurzwehriübungen von Abgeordneten bei der Bundeswehr, MdB Kristina Köhler (CDU) weist davon zu berichten: „Ich war bei der Bundeswehr! Habe an einer Wehriübung teilgenommen!! Vier Tage lang Uniform tragen, in der Kaserne übernachten, militärisch grüßen, mit G36 zu schießen versuchen (ging sogar ganz gut) und mit MG3 (ging gar nicht)...“

Ausnahmezustand in Guinea

Ausgedehnte Demonstrationen und Streiks brachten in Guinea die Bauxitförderung zum Erliegen. Die Gewerkschaften forderten neben besseren Löhnen und höheren Steuern für internationale Konzerne auch die Ernennung eines Premierministers, der einen Teil der Macht vom ungeliebten Präsidenten Conté für den Rest seiner Amtszeit übernehmen solle. Conté rief daraufhin das Kriegsrecht aus, das allerdings völlig außer Kontrolle geriet. Die Militärs plünderten und vergewaltigten, ermordeten innerhalb weniger Tage über hundert Menschen. Eine Einheit rebellierte und lief auf die Seite der Gewerkschaften über. Die Abgeordneten des Parlaments beendeten daraufhin den Ausnahmezustand. Frankreich hatte zuvor ein Kriegsschiff entsandt und seine Truppen in Senegal und Elfenbeinküste aktiviert, aber auch mit den Gewerkschaften Kontakt aufgenommen. Diese konnten in

einem Kompromiss die Kandidaten für das Amt des Premierministers benennen.

Neues von Günzel

Der wegen antisemitischer Äußerungen entlassene frühere KSK-Chef Reinhard Günzel hat mit dem Gründer der GSG-9 und „Held von Mogadischu“, Ulrich Wegener, ein Buch mit dem Titel „Geheime Krieger - Drei deutsche Kommandoverbände im Bild“ herausgegeben. Neben dem KSK und der GSG-9 geht es in dem Buch um die Wehrmacht-Spezialeinheit „Brandenburger“, aus deren Reihen der dritte Herausgeber Wilhelm Walter stammt. Das Buch erschien bei dem als rechtsextrem eingestuftem Verlag „Pour le Mérite“ und bezeichnet die NS-Truppe als Vorbild für die heutigen Spezialeinheiten der Bundeswehr und der Bundespolizei. Auch die Soldaten wüsten, wo ihre Wurzeln liegen, heißt es in dem Buch, die Einsätze der Brandenburger gälten bei ihnen heute noch als „legendär“.

Proteste in Pakistan

Nachdem Musharraf, der sich 1999 in Pakistan zum Präsidenten putschte, den obersten Richter des Landes, Iftikhar Muhammad Chaudhry, angeblich wegen Amtsmissbrauch entließ, regte sich Widerstand. In mehreren Städten kam es zu Demonstrationen, worauf die Regierung am 15.3. mit der Inhaftierung von etwa 100 Oppositionspolitikern reagierte und die Ausstrahlung einer Fernsehdebatte zu diesem Thema verbot. Dies ließ die Proteste weiter anschwellen. Polizei und Paramilitärs setzten Gummigeschosse und Tränengas gegen die äußerst heterogenen Demonstrationen ein. Musharraf ist seit seinem Putsch gleichzeitig Präsident und Oberbefehlshaber der Armee, was laut pakistanischer Verfassung nicht möglich ist. Chaudhry hatte dies vor seiner Amtsenthebung mehrfach kritisiert und angekündigt, dies in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr zu dulden.

Während der Proteste besuchte die österreichische Außenministerin Pakistan und unterstrich die Bedeutung des Landes im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Voll ausgeschöpft

Die Bundesregierung bestätigte auf eine kleine Anfrage der Linksfraction hin, dass sie im Jahr 2006 die vertraglich zugesich-

terten und bezahlten 750 Flugstunden des privaten Unternehmens SALIS (Strategic Airlift Interim Solution) GMBH für den Transport von Bundeswehr-Materialien vom Flughafen Halle/Leipzig aus in Anspruch nahm. Für die Truppenverlegungen in und aus der DR Congo seien täglich mehrere Maschinen im Einsatz gewesen, außerdem sei die SALIS im Auftrag der Bundeswehr 2006 nach Südafrika, Norwegen, Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan, Gabun, Kap Verde, Djibouti und

Zypern geflogen. Zudem bestätigte die Bundesregierung, dass US-Soldaten aus Afghanistan und dem Irak über den „Flughafen für Mitteldeutschland“ in den Heimaturlaub und zurück an die Front transportiert würden.

Demowochenende

Vier Jahre nach Beginn des Irakkrieges gab es am 17. und 18.3. erneut Demonstrationen auf dem halben Erdball.

In den USA fanden sich in mehreren Städten über zehntausend Menschen zusammen, um den Druck für einen Rückzug aus dem Irak zu erhöhen, etwa 30.000 Menschen zogen in Washington in bewusster Anspielung auf das Jahr 1967 vor das Verteidigungsministerium. Damals führte der Marsch aufs Pentagon zu stundenlangen Auseinandersetzungen mit der Polizei und wurde zu einem moralischen Wendepunkt in der Vietnam-Politik.

In Madrid forderten rund 100.000 Menschen ein Ende von Krieg und Besatzung. Auch in Rom, Athen, Tokio, Istanbul und Kuala Lumpur fanden Kundgebungen mit fast identischen Forderungen statt. Die meisten Menschen versammelten sich Samstag in Vicenza, Italien, um gegen den Ausbau der dortigen US-Militärbasis zu demonstrieren. Diesem hatte die Regierung Prodi zusammen mit einem weiteren Engagement in Afghanistan zugestimmt und deshalb ihre Mitglieder auch angewiesen, sich auf der Demo nicht blicken zu lassen.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154